Hans-Joachim Föller

Lügensäcke

Die Stasi, ihre Helfer und ihre Opfer beim Wasunger Karneval

ISBN 3–932677–10–2

Impressum:

Herausgeber: Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V.
Friedrich-König-Straße 27
98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/723171
November 1999

Autor: Hans-Joachim Föller

Fotos: Heinrich Wey, Ralf Ströder

Herstellung: Karrer Druck, Zella-Mehlis

Das Bürgerkomitee dankt dem Ministerium für Soziales und Gesundheit, ohne dessen Förderung die Veröffentlichung der vorliegenden Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Titelfotos: Verleihung des Lügenordens der Wasunger Karnevalisten in der Mitte der 80er Jahre

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort von Karl Wilhelm Fricke.....4

Vorwort.....5

Witzkultur im Wüstenklima.....6

Jugend im Visier der Stasi..... 25

Zeitzeugen erinnern sich.....33

Abkürzungsverzeichnis.....53

Ausgewählte Paragraphen aus dem DDR-Strafgesetzbuch.....56

Angaben zum Autor.....59

Dokumente….....60

Geleitwort

„Was gibt es für politische Witze in der DDR?“ – lautet eine Scherzfrage einst in jenen wunderbaren Jahren. Und die Antwort: „Mindestens zwei Jahre“ . Das Lachen darüber gefriert beim Lesen der vorliegenden Schrift. Was Hans-Joachim Föller über den „Sicherungsbereich Karneval“ zur Kenntnis bringt, die Überwachung der Narren in Wasungen, der Hochburg des thüringischen Karnevals, das ist alles andere als lustig. Seine Erinnerung daran, wie bierernst das Ministerium für Staatssicherheit – ganz „Ideologiepolizei“ – selbst den Karneval unter Kuratel gestellt hat, mag heute grotesk wirken, auf eigene Weise komisch, aber sie lehrt, wie sehr die Herrschenden im Staat der SED selbst den politischen Witz gefürchtet haben müssen. Jede komische Pointe eine „konterrevolutionäre Provokation“ – das liest sich wie Realsatire. Tatsächlich wurde der Wasunger Carneval Club, wie auf den folgenden Seiten eindringlich beschrieben wird, von der Staatssicherheit „operativ bearbeitet“, weil Büttenreden, Gesangstexte und Karnevalszüge alljährlich gegen „feindlich-negative Einflüsse“ abzuschirmen waren. Die „spezifischen Mittel und Methoden“ reichten von der Vorzensur bis zur Durchdringung der närrischen Szene mit Inoffiziellen Mitarbeitern, um im Karneval sicherzustellen, „daß die Linie der Partei durchgesetzt wird“ – wie einer der früheren Ideologiewächter nach dem Umbruch `89 zu Protokoll gegeben hat. Das könnte rückblickend erheiternd wirken, wären da nicht Folgen gewesen, die einen aufmüpfigen Karnevalisten treffen konnten – Auftrittsverbote, gesellschaftliche Ausgrenzung, peinliche Vernehmungen zum Beispiel. Die Erinnerung daran ist nicht schön, sie trübt die nostalgische Verklärung des Sozialismus in den Farben der DDR, die Methode geworden ist – und sie wird zum Ärgernis, wenn die Dunkelmänner der Vergangenheit in der Gegenwart wieder oder noch immer pädagogisch wirken dürfen. Deshalb ist die Erinnerung daran notwendig – und wer, wenn nicht ein Bürgerkomitee, wäre mehr dazu legitimiert, die Dinge zur Sprache zu bringen? Die einst in der DDR Herrschenden waren humorlos, weil sie um die „befreiende“ Wirkung der politischen Pointe wußten – auch und gerade im Karneval. „In einem Lande leben“, heißt es bei Bertolt Brecht, „wo es keinen Humor gibt, ist unerträglich, aber noch unerträglicher ist es in einem Land, wo man Humor braucht.“ In der DDR, das ist ein empirischer Befund, brauchten die Menschen viel Humor.

Ich wünsche dieser Schrift viele Leserinnen und Leser – nicht nur aus Anlaß des Karnevals.

Köln, im November 1999

Karl Wilhelm Fricke

Vorwort

In ihrem Allmachtsanspruch machte die SED selbst vor solch harmlosen Freizeitvergnügungen wie dem Karneval nicht halt. Doch war sie bei der Durchsetzung ihrer kulturpolitischen Ziele auf geheimpolizeiliche Mittel angewiesen. Der vorliegende Dokumentarbericht zeigt aus der alltagsgeschichtlichen Perspektive am Beispiel des Wasunger Karnevals wie das Ministerium für Staatssicherheit in der Zeit vom Ende der 70er Jahre bis 1989 dabei vorging. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Hauptbeteiligten vor Ort: die wichtigsten inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter und ihre Befehlsgeber, Karnevalisten, die der Staatsmacht unangenehm auffielen und sich aus Furcht vor Repressalien zurückzogen, und Jugendliche, die wegen ihrer langen Haare und Parkas nicht ins offizielle sozialistische Bild paßten. Als wichtigste Quelle nutzt der Bericht Dokumente, die in der Suhler Außenstelle der Gauck-Behörde lagern und deren Inhalt der Öffentlichkeit hier zum ersten Mal mitgeteilt wird. Ergänzend dazu kommen Zeitzeugen in Gesprächen zu Wort. Darüber hinaus kann sich der Leser anhand von kopierten Stasi-Akten selbst ein Bild von der konspirativen Seite des SED-Staates machen. Der Dokumentarbericht richtet sich nicht an historisch speziell vorgebildete, akademische Leser, sondern an an das Volk, das diese Geschichte erlitten hat und immer noch unter ihr leidet. Auf Fußnoten wurde verzichtet.

Für Unterstützung und Beratung bei der Sichtung der Akten dankt der Autor den Mitarbeitern der Suhler Außenstelle der Gauck-Behörde Doris Günther und Rainer Jahn, für das Lesen der Korrekturfahnen René Hübner und Ursula Hein vom Bürgerkomitee des Landes Thüringen. Ein ganz besonderer Dank gilt dem Vorstandsmitglied des Bürgerkomitees, Dieter Möller, der die Idee zur Aufarbeitung dieses Teils der Südthüringer Regionalgeschichte hatte.

Meiningen, im November 1999 Hans-Joachim Föller

Witzkultur im Wüstenklima

Die Präsidenten als Diener zweier Herrn

Die DDR verfügte über eine reiche politische Witzkultur. Die blühte jedoch nur im Verborgenen. Im strengen Wüstenklima der offiziellen SED-Kulturpolitik verdorrte auch beim Wasunger Karneval der veröffentlichte Humor bis auf jenes Maß, das der Obrigkeit als ungefährlich galt. Denn hinter den närrischen Kulissen hatte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR heimlich die Regie übernommen. Ein ausgeklügeltes System von Zensur und Lenkung steuerte den veröffentlichten Witz. Der Druck der organisierten Bevormundung und des leisen Terrors ließ auch bei den kritischen Karnevalisten Widerstand als wenig aussichtsreich erscheinen. Büttenredner, Liedertexter und Wagenbauer fügten sich, wurden gefügig gemacht oder ferngehalten.

Für die Vollstreckung dieser Politik waren auch unter den Wasunger Karnevalisten willfährige und überzeugte Helfer zur Stelle. Unter diesen nahmen die Präsidenten Kuno Hofmann und Hartwig Köhler in den 70er und 80er Jahren eine Schlüsselstellung ein: beide dienten nicht nur König Karneval, sondern auch dem Ministerium von Erich Mielke als inoffizielle Mitarbeiter. Und beide waren Überzeugungstäter, die wie alle IM auf Anweisung handelten. Die örtliche Befehlsgewalt über ihr heimliches, der Öffentlichkeit unbekanntes Dasein hatte ein Mann, der den Betrachter auf einem alten Paßbild mit dem starren Blick eines Menschen anschaut, der eine klare Vorstellung vom Feind hat und nach ihr lebt.

Der Steuermann

Es war im Jahr 1954. Die DDR existierte nun schon fast fünf lange Jahre. Doch aus irgendeinem unbekannten Grund gedieh sie nicht so wie von den angeblichen Gesetzen der Geschichte vorgesehen. In dieser Zeit machte Winfried Bohn eine böse Entdeckung. Am 18. März desselben Jahres zog der damals 18jährige Wasunger seine Konsequenzen daraus: (Originalorthographie) „Es ist mir bekannt, das die Westlichen Spionageorganisationen in Verbindung mit dem amerikanischen Imperialismus alles versuchen unseren Aufbau in der DDR zu hemmen und unsere Staatsmacht zu schwächen.“ Da ließ sich Jung-Winfried nicht lange bitten und erklärte: „Ich bin deshalb bereit, das St. f. St.“ (das Staatssekretariat für Staatssicherheit) „in der Erfüllung seiner Aufgaben zu

unterstützen. Ich verpflichte mich deshalb, alle mir zur Kenntnis gelangenden Anzeigen“ (gemeint sind vermutlich Anzeichen) „über geplanten Verbrechen alle Gerüchte sowie alle Angriffe gegen die DDR dem Offizier des St. f. St. schriftlichen Bericht zu erstatten. Ich verpflichte mich ferner, gegenüber jeder Mann auch gegenüber meiner nächsten Angehörigen und Vorgesetzten über die Zusammenarbeit mit dem St. f. St. strengstes Stillschweigen zu wahren. ... Meine Berichte unterschreibe ich mit dem Decknamen `Finkler` Bohn Wi.“

Damit begann die Schnüffelkarriere des in den 70er und 80er Jahren wichtigsten Stasimannes von Wasungen. Seit 1962 übte er die Funktion des FIM (Führungs-IM, ein IM, der andere IM bzw. GM anleitet und steuert) aus. 1970 schied er aus den Reihen der DVP aus. In der Polizei hatte „Finkler“ seit 1953 seinem Staat gedient. „1971 wurde er durch die KD Meiningen“ (MfS-Kreisdienststelle) „zum hauptamtlichen FIM. Der FIM steuert ein umfangreiches Netz“, heißt es in einer nichtdatierten Beurteilung. „Der FIM zeigt in der Zusammenarbeit eine hohe Einsatzbereitschaft und Disziplin, ist ehrlich und zuverlässig.“ Und: „Der FIM ist in der Lage mit operativen Legenden und Kombinationen zu arbeiten. Er ist kontaktfreudig und kann die jeweilige Lage operativ richtig einschätzen. Durch seine Tätigkeit kann auf bestimmten Gebieten eine umfangreiche Lageeinschätzung vorgenommen werden.“ In einer Berurteilung vom März 1989 hielt MfS-Major Schmidt fest: Er „steuert 30 IM und GMS, vorrangig des Referates 4/Territoriale Sicherheit.“ Auch von der hauptamtlichen Stasi-Tätigkeit „Finklers“ wußte seine Umgebung offiziell nichts. „Zur Abdeckung seiner Tätigkeit wurden in Verbindung mit der BV Suhl und der HA I Voraussetzungen geschaffen, daß er in der Öffentlichkeit als Zivilangestellter des Militärbezirkes III Leipzig bzw. des Wehrbezirkskommandos Suhl tätig ist. Entsprechende Legitimationen wurden dem FIM übergeben.“ Im Klartext: In den Augen der Wasunger ist Bohn so erschienen, als würde er einer normalen Tätigkeit nachgehen.

Parallell zu seiner Stasilaufbahn engagierte sich Bohn als Einheitssozialist: Mitglied der SED wurde er 1955 und rund zwanzig Jahre später, ab 1976, war er stellvertretender Sekretär der SED-Ortsleitung von Wasungen.

„Finkler“ und Genossen hatten viele Feinde. Deshalb mußten sie das ganze Jahr über vorbeugen – sozusagen aus Notwehr. Um den nimmermüden vom Klassenfeind ferngelenkten Gegner nicht dem Zufall zu überlassen, wurde dessen Abwehr genau vorbereitet. In seinem Jahresarbeitsplan von 1983 hielt „Finkler“ folgende – wie es im militaristischen Stasi-Jargon hieß – „Zielstellung“ fest:

„1. Sicherung der Staatsgrenze zur BRD. 2. Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit, der PID“ (politisch-ideologischen Diversion) „der

Kontakttätigkeit und der staatsfeindlichen Hetze. 3. Sicherung des Einreiseverkehrs aus der BRD, WB sowie dem übrigen NSA“ (nichtsozialistischen Ausland). 4. Sicherung jugendlicher Personenkreise. 5. Sicherung der Bereiche Volksbildung sowie Fachschulen. 6. Sicherung Teilbereich Volkswirtschaft. 7. Sicherung Teilbereiche staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen. Ausgehend von diesen Kriterien wird die Arbeit schwerpunktmäßig auf die einzelnen IM konzentriert.“ Der Wasunger Karneval war darin inbegriffen.

Narr mit Tarnkappe

Im Jahr 1975 hatte die Stasi heimlich ein Auge auf Kuno Hofmann, Präsident des Wasunger Carneval Clubs, geworfen: „Bei der Suche und Auswahl eines geeigneten GMS-Kandidaten“ (GMS bedeutet Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit, mehr dazu siehe Abkürzungen) „unter den Mitgliedern des Elferrates kam Kuno Hofmann durch inoffizielle Hinweise ins Blickfeld des MfS“, hält Stasi-Unterleutnant Schmidt von der MfS-Kreisdienststelle Meiningen in der Kaderakte im November 1976 fest. Denn als Präsident habe der 1938 geborene Hofmann einen „guten Überblick über alle Geschehnisse und Vorbereitungshandlungen“. Und genau den wollte auch das MfS. Auch sonst war der Kandidat genau nach dem Wunschbild der Stasi geraten. Wie die Durchleuchter festhielten, stammte der gelernte Lokschlosser aus der Arbeiterklasse und gehörte als Betriebsdirektor der Tierkörperverwertung Schwallungen der SED an. 1966 bis 1968 bildete er sich als Mitglied der SED-Kreisleitung in Meiningen weiter. „Hofmann besitzt eine gut fundiertes Grundwissen auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und wendet es in der Praxis an.“ Zum Beispiel beim Karneval. „Bei allen Entscheidungen, die den Ablauf und den Inhalt von Veranstaltungen des WCC betreffen, hat der Kandidat maßgeblichen Anteil. Er ist befugt, bei auftretenden ideologischen Problemen eine Abänderung beziehungsweise Neufassung von Texten, Plakaten und Schriften zu fordern“, analysierte Schmidt. „Bei Sendungen des Rundfunks und Fernsehens, insbesondere auch des BRD-Fernsehens sowie von Interviews mit akkreditierten Journalisten aus dem kapitalistischen Ausland ist der Kandidat anwesend, trifft selbst Absprachen mit deren Verantwortlichen und entscheidet, wer zu Interviews eingesetzt wird.“ Damit waren so ziemlich alle Fragen beantwortet, bis auf eine: „Wie soll die Berufung erfolgen?“ Die Antwort steht in den Akten der Suhler Gauck-Behörde: „Auf Grundlage der Überzeugung.“

Die Stasi wurde nicht enttäuscht. Schon beim Werbegespräch zeigte sich Hofmann als eifriger Berichterstatter mit einem starkem Hang zu

vorauseilendem Gehorsam. Mit Blick auf die „Büttenreden führte er an, daß es nach wie vor Personen gibt, die ihre Beiträge bis zum letzten Tag hinauszögern, um sie so keiner Zensur zu unterziehen.“ Wie MfS-Unterleutnant Schmidt zufrieden notierte, hatte der Elferrat nach Darstellung von Hofmann für dieses Problem bereits eine Lösung gefunden. Denn wenn die Veranstaltung für Rentner einige Tage vor dem 11.11. als Generalprobe genützt würde, „kann man einschätzen, ob sich bei bestimmten Personen, die Büttenreden halten, politisch-ideologische Unklarheiten zeigen und danach Veränderungen durchführen“. Diese Lösung habe sich bisher bewährt. Mit diesen operativ-interessanten Informationen hat Hofmann MfS-Unterleutnant Schmidt und Genosse Schneider offenbar so beeindruckt, daß diese ihn vom Fleck weg für den Kampf an der unsichtbaren Front engagierten. „Er unterschrieb die Berufung ohne Widerspruch“ und wurde anschließend beglückwünscht. Dabei muß er vor Glück geradezu gestrahlt haben. „Er erweckte einen guten Eindruck, was man an seinem Gesichtsausdruck erkennen konnte.“

Wichtigste Waffe gegen den Feind

Für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) war der Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern das wichtigste Mittel, um Informationen zu erlangen. Nur so ein vielfältig einsetzbares Instrument wie ein entsprechend instruierter Mensch konnte Nähe zu anderen Menschen herstellen, in ihre persönliche Sphäre eindringen, ihr Denken, Fühlen und Handeln ausspionieren. „Die Inoffiziellen Mitarbeiter sind und bleiben unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen den Feind, sie sind und bleiben entscheidend für die Realisierung der unserem Ministerium übertragenen spezifischen Verantwortung“, erklärte Erich Mielke auf einer zentralen Dienstkonferenz des MfS im Oktober 1988. Und weiter: „Die Kreisdienststellen führen mehr als die Hälfte aller IM des Ministeriums. Wenn es uns gelingt, diese gewaltige Potenz im Kampf gegen den Feind zur Lösung aller uns übertragenen Aufgaben immer qualifizierter einzusetzen, wird davon die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und unseres gesamten Ministeriums maßgeblich bestimmt.“

Im Mittelpunkt jeder Spitzelei stand die Frage: „Wer ist wer?“ Noch entscheidender war jedoch, daß das MfS und damit die SED nur mit Hilfe seiner IM Einfluß auf Entscheidungen oder den Verlauf von Prozessen nehmen konnte. Ob in Sportorganisationen, akademischen Zirkeln oder zum Beispiel beim Karneval: Jedesmal waren die Inoffiziellen Mitarbeiter sozusagen unter der Tarnkappe mit von der Partie. Zu ihrer Funktion, die bislang wenig beachtet wurde, gehörte es, im Sinne des MfS oder der SED etwas zu erreichen. Das Hinterlistige dabei war: Es sollte nicht erkennbar sein, in wessen Auftrag diese

Spitzel eigentlich handelten. Mielke hat diese doppelte Aufgabe, Informationsbeschaffung und Einflußnahme, in vielen Reden betont. Kuno Hofmann war dafür eine ideale Besetzung.

Im Januar 1977 berichtete GMS Hofmann mündlich an MfS-Unterleutnant Schmidt: „Um zu verhindern, daß Personen mit staatsverleumderischen Losungen, Texten, Bildmaterial im Umzug erscheinen, ist vorgesehen, daß durch die Mitglieder des Elferrates vor Beginn des Umzuges auf den Stellplätzen Kontrollen durchgeführt werden, um oben genannten Erscheinungen vorzubeugen und zu verhindern, daß solche Personen am Umzug teilnehmen.“ In diesem vorbeugenden Vorbereitungsgespräch wies er auf den Karnevalisten X hin, dazu gehörten Geburtsdatum und –ort sowie die Wohnanschrift. Dieser sei der Verfasser der Karnevalszeitung und habe darin Äußerungen gemacht, „die einer Änderung bedurften und auch neu verfaßt wurden“. Mit eindeutigem Bezug auf den Einfluß „staatlicher Einrichtungen“ habe der Mann in der Zeitung unbotmäßige Überschriften zur Kommentierung der Motivgestaltung der Wagen verfaßt wie zum Beispiel: „Wer den Karneval kastriert, kann keinen Humor erzeugen.“ Und: Der X „zog dann noch Aussprüche von Wallenstein heran, die dem GMS nicht mehr wörtlich bekannt waren“. Und die Zensur ging weiter. „Ein großer Teil der Zeitung war auf den Leitungswechsel im Metallwerk ausgerichtet, was auch geändert wurde. Mit dem Leitungswechsel verwies er auf den Elferrat in Wasungen, bei dem es hätte auch so gehen können.“ Allerdings handele der X nach „Einschätzung des GMS nicht aus politischen Motiven, sondern ganz einfach aus politisch-ideologischen Unklarheiten heraus“. Zum Glück könne der X auf andere keinen negativen Einfluß ausüben. „Nach Meinung des GMS hätte man ihn, schon längst seiner Funktion entbunden, aber zur Zeit gibt es keinen, der in der Zusammenstellung der Zeitung gleiche Qualitäten und Interessen aufweist.“

Im Zuge der Vorbereitung des Wasunger Karnevals empfing „Kuno“ einen Führungsoffizier in seinem Dienstzimmer. Unterleutnant Schmidt hielt das Treffen vom 9. Februar 1977 zwischen 14.30 und 16.30 Uhr akribisch wie immer fest: „Der GMS hatte den Auftrag erfüllt. Er übergab die geforderten Materialien und übermittelte einen Bericht über negative Erscheinungen in Vorbereitung des Festumzuges.“ Sodann erhielt „Kuno“ einen neuen Auftrag. Unter anderem: „Ermittlung Jugendlicher, die versuchen, negativ in Erscheinung zu treten. Durchführung von Kontrollen von einigen Gruppierungen, um negativen Erscheinungen vorzubeugen.“

Beim Karneval von 1977 hatte der orwellsche Große Bruder das Netz von Kontrolle, Lenkung und Zensur enger gezogen. Wie MfS-Unterleutnant Schmidt am 10. Februar nach einem Treffen mit „Kuno“ notierte, wurden alle Teilnehmer am Umzug „erstmals namentlich erfaßt und das Thema ihrer Darstellung registriert“. Darüber hinaus seien Pläne für die jeweiligen

Saalverantwortlichen und Ordnungsdienstverantwortlichen zu den einzelnen Veranstaltungen erarbeitet. Soweit hatte die Staatsmacht alles vorbeugend im Griff. Doch erwartete „Kuno“, daß einige Betriebe dem Elferrat bei der Gestaltung der Wagen Schwierigkeiten bereiten würden. Und zu diesem Problem gab der linientreue Sozialist auch gleich eine Einschätzung. „Dem VEB Uhrenfabrik Wasungen wurde die Auflage erteilt, ein betriebsgebundenes Thema während des Festumzuges darzustellen. Es sollen Pappuhren gefertigt werden, wo Modelle der Zukunft gezeigt werden, und auf der Rückseite der Uhren sollte man bestimmte örtliche Probleme anbringen, zum Beispiel Schwimmbad, mit der Bemerkung, die Uhr für den Bau läuft schon.“ Von seiten der Betriebs- und Parteileitung sei jedoch anders entschieden worden, was in politisch-ideologischer Hinsicht nicht vertretbar gewesen sei. Angehörige bzw. Arbeiterinnen der Uhrenfabrik wollten sich nach Darstellung von „Kuno“ in Säcke verhüllen mit der Aufschrift „Wir sind die Wasunger Lügensäcke“. Nach der Deutung von „Kuno“ sollte damit „ausgedrückt werden, daß viele Vorhaben und Versprechungen der Rates der Stadt nicht verwirklicht wurden, speziell der Schwimmbadbau.“ Und weiter: „Außerdem wollte man auf Flugblättern die beiden Versprechungen vom Rat der Stadt drucken lassen und diese Flugblätter während des Festumzuges verteilen.“ Wie „Kuno“ melden konnte, sind größere ideologische Havarien gerade noch rechtzeitig abgewendet worden. „Von seiten des Elferrates und des Umzugsverantwortlichen Köhler Hartwig (Elferratsmitglied) wurde dieses Vorhaben vereitelt.“ Doch hatten sie noch mehr zu tun. Probleme gab es auch mit dem VEB Metallwerk. Die Vorzensur vor der Vorzensur hatte nicht geklappt. Die Partei- und Betriebsleitung habe zu wenig Einfluß auf die Wagengestalter und deren Verantwortlichen genommen. „Unter dem Thema zentrale Wohnungsvermittlung sollten solche Aufschriften erscheinen wie ´Die Wasunger haben die größten Wohnungsprobleme und wenn „Freunde“ (gemeint sind wohl die Russen) kommen, die erhalten gleich eine Wohnung. Man will hier konkret gegen die neue staatliche Leitung anspielen und vorgehen“, diagnostizierte „Kuno“, um sogleich die Lösung des Problems zu präsentieren. „Von seiten des Elferrates wurde eine Abänderung angewiesen. Die entsprechenden Kontrollen wurden durchgeführt.“

Den Büttenreden widmete sich der Zensor besonders intensiv. Einen „Großteil“ habe er persönlich gelesen und keine Beanstandungen gefunden. Die Möglichkeit „bestimmte Veränderungen durchzuführen, was besonders den Inhalt der Programme betrifft, besteht bei der Generalprobe vor den Rentnern“. Schwierigkeiten gebe es nur bei einem Redner, und bei diesem sei es angebracht „Überprüfungen durchzuführen“, wie der loyale SED-Spitzel „Kuno“ empfahl. Als Thema habe der X „Geschichten aus Tausendundeine Nacht gewählt“. Der Inhalt drehe sich darum, daß eine Prinzessin einen Ölscheich zu der Veranstaltung trage, begleitet von einem Eunuchen und Haremsdamen. Und dieser Scheich „soll angeblich bei der Lösung kommunaler Probleme helfen“. Offenbar war diese Kontrolle noch nicht sicher genug. Deshalb erhielt 1977

erstmals jeder Wagen bzw. jede Gruppe eine Nummer. „Kuno“ freut sich: „Man weiß zum ersten Mal bereits vor dem Umzug, wo wer zu finden ist und wer die einzelnen Teilnehmer sind.“ Die positiven Konsequenzen schildert der Spitzel so: „Auf dem Stellplatz der Teilnehmer können durch Mitglieder die durch den Elferrat eingesetzt wurden, Personen bzw. Wagen, die nicht entsprechend den Festlegungen ausgestaltet sind, herausgenommen werden.“

Nach der Generalprobe, der Veranstaltung für die Rentner, berichtet „Kuno“ seinem Führungsoffizier. Die Auswertung sei durch Mitglieder der örtlichen Parteileitung, Vertretern des Elferrats und der Abteilung Kultur vom Rat des Kreises vorgenommen worden. Mit dabei waren POS-Direktor Ewald Bohn, Winfried Bohn (der Führungs-IM mit dem Decknamen „Finkler“), Genossin Silke Förster und Mitglieder des Elferrates, die er namentlich nicht aufführte. Bei der Zusammenkunft sei vorgeschlagen worden, die Büttenrede der Person X, „wohnhaft in Wasungen, zu ändern“. Die Karnevalistin habe in der Büttenrede angesprochen, „daß im letzten Jahr Mitarbeiter der Zeitung `Junge Welt` Aufnahmen zum Karneval machten, sehr dem Alkohol zusprachen und in der Jugendzeitung keine Zeile über den Karneval erschien. In diesem Zusammenhang habe die Büttenrednerin die Redewendung „blauer Dunst“ gebraucht, womit – so erläuterte der Spitzel – gemeint sei, daß die DDR-Zeitungen „blauen Dunst schreiben“ würden. An der anschließenden Unterhaltung habe die Rednerin – vermutlich aus Enttäuschung – nicht mehr teilgenommen. Dagegen habe ihr Bruder, ein im Holzhandel tätiges Elferratsmitglied, den Anwesenden erklärt, sie hätten „keine Ahnung, welchen Aufwand solch eine Bütt macht. Er betrachte die ganze Sache als Zensur. Wenn das so ist, dann würde die Bütt ganz ausfallen. Er mußte erst beruhigt werden und es wurde zugesichert, daß die Bütt stattfinden kann“. Eine andere Büttenrede fand dagegen keine Fürsprecher und wurde „ganz verworfen“.

Mitte Februar 1977 kam es zwischen „Kuno“ und seinem Führungsoffizier zu vier Sondertreffs in einem Pkw in Wasungen. „Die Treffs wurden entsprechen den Veranstaltungen und Situationen während des Wasunger Karnevals durchgeführt. Der GMS zeigte eine hohe Einsatzbereitschaft und Treffdisziplin. Die ihm übergebenen Aufgaben setzte er mit viel Konsequenzen und Eigeninitiative durch. Durch seine Tätigkeit konnte er dazu beigetragen, daß es zu keinen Störungen und Provokationen kam.“

Ende März erhielt der GMS von Schmidt unter anderem den Auftrag, „Einschätzungen über“ (sechs namentlich genannte) Mitglieder „des Elferrates Wasungen nach folgenden Gesichtspunkten zu erarbeiten: politische Zuverlässigkeit, Einstellung zur DDR, gesellschaftliche Tätigkeit, Verbindung in die BRD“ und anderes mehr. Daneben sollte er noch die Situation im Betrieb einschätzen.

Regelmäßig lieferte der WCC-Präsident auch seine Berichte über die Auswertung des Karnevals ab. Auch wenn er die Narrenzunft mit „Werte Karnevalsfreunde!“ ansprach, las die Stasi immer mit. Die entsprechenden Redemanuskripte finden sich über die Jahre alle wieder in den Akten. Zum Beispiel der Bericht über die Auswertung des 442. Karnevals, zu dem „Kuno“ den „Vorsitzenden des Rates des Kreises, unseren Freund und Genossen Höhlein sowie die Genossin Förster, Leiterin der Abteilung Kultur beim Rat des Kreises“ begrüßte. Die Finanzierung des Abends hatte der Ratsvorsitzende freundlicherweise übernommen.

Offenbar waren bei dieser Versammlung nur ausgesuchte Gäste anwesend. Denn Hofmann richtete seine Ansprache an die „Werten Freunde und Genossen!“ So besprach man damals zunächst im politisch zuverlässigen Kreis die anliegenden „Grundsatzprobleme“. Mit dem Programm und dem Ablauf der Veranstaltungen zeigte sich „Kuno“ zufrieden, zumal sie nicht nur vom „Publikum positive Kritiken erhielten“. Allerdings hätten die WCC-Leitung und die verantwortlichen Fachminister ihren „Einfluß auf die einzelnen Mitwirkenden dahingehend geltend machen müssen, daß neben den Kritiken an typischen Wasunger Unzulänglichkeiten auch in stärkerem Maße Probleme des Klassenkampfes im Sinne unseres Klassenstandpunktes im Programm Eingang finden. Dabei ist in keiner Weise daran gedacht, aus den karnevalistischen Veranstaltungen politische Veranstaltungen zu produzieren. Vielmehr geht es darum, diese Art von Massenveranstaltungen unter Ausnutzung des echten Wasunger Witzes politisch in unserem Sinne zu nutzen.“ Damit bewegte sich Genosse Hofmann auf der Ideallinie der SED. Denn in der DDR war die Kultur, und dazu zählte auch der Karneval, in die Aufgabenpalette der sozialistischen Erziehung und Bewußtseinsbildung eingegliedert. Sie diente als „Waffe im Klassenkampf“. Kurzum: „Kuno“ kündigte an, die Waffe Karneval noch stärker für politische Zwecke im SED-Staat zu instrumentalisieren. Und das hieß noch bessere Kontrolle. Fortschritte seien schon zu beobachten. „Hier zahlte sich die frühzeitigere und intensivere Vorbereitung des verantwortlichen Fachministers aus.“ Und: „Erstmals konnte erreicht werden, daß alle Gestaltungsgruppen personell vordem erfaßt wurden und welche Themen gestaltet werden. Somit konnte ebenfalls erstmalig eine Konzeption des Umzuges aufgestellt werden, welche nicht unwesentlich die bessere Qualität beeinflußte.“ Dabei regte Genosse Hofmann an, „daß neben der Erfassung der Personen und Gestaltungsthemen eine genauere vorherige Kontrolle über die Art der Gestaltung erreicht wird, damit zum Beispiel solche Erscheinungen wie sie im Zusammenhang mit dem Bürger“ X „hervorgerufen wurden, im voraus vermieden werden können.“

Zur Sprache kamen auch Probleme der „Ordnung und Sicherheit“. Offensichtlich existierte auch im Elferrat des WCC eine Art politischer Klassengesellschaft, die unterschieden war nach den politisch eher zuverlässigen Mitgliedern und den für die politischen Ziele der SED eher unbrauchbaren. Denn „Kuno“ erläutert: „Aus bestimmten Gründen konnten solche Fragen im Detail nicht mit allen Elferratsmitgliedern abgesprochen bzw. abgestimmt werden.“ Nach Darstellung von „Kuno“ gaben die Sicherheitsorgane den Karnevalisten Hinweise für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, unter anderem für die Vollsperrung der Ortsdurchgangsstraße während des Umzugs, den Ordnungsdienst der Kassierer und der Saalverantwortlichen durch die Leitungs- und Elferratsmitglieder. In Zukunft sollte jedoch der Ordnungsdienst auf die gesamte Strecke erweitert werden. Wünschenswert wäre der Einsatz von VP-Helfern als Ordnungsdienst in den Sälen. „Die Übernachtungsmöglichkeiten der in großer Zahl anwesenden auswärtigen Jugendlichen an zentralen Stellen unter entsprechender Kontrolle und Aufsicht war aus Sicherheitsgründen notwendig und richtig“, rechtfertigte Genosse Hofmann. Dabei sprach er die Befürchtung aus, daß die organisierten Schlafplätze als Einladung mißverstanden werden könnten und in den „nächsten Jahren noch mehr ungebetene Gäste, die dem Karneval ein negatives Gepräge geben“ nach Wasungen kommen. Dazu formuliert er knapp: „Dieses Problem ist vor Beginn des nächsten Karnevals in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen zu lösen.“ Später werden sich unter anderem der Rat der Stadt und der Rat des Kreises, die Staatssicherheit, die Transport- und die Volkspolizei um eine Lösung bemühen. Denn viele hundert Jugendliche aus allen Teilen der Republik nutzen den Wasunger Karneval, um dem grauen realsozialistischen Alltag zu entfliehen. Ein großer Teil von den jungen Leuten wird jedoch von den Organen auf vielfältige Weise an der Anreise gehindert und in Wasungen schikaniert.
Abschließend hält „Kuno“ fest: „Durch das effektive Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte in der Stadt Wasungen wird es nicht nur möglich sein, den Wasunger Karneval mit zunehmendem Niveau alljährlich durchzuführen, sondern darüber hinaus vorhandene Potenzen so zu entwickeln, daß die anstehenden kulturpolitischen Gesamtprobleme des Ortes schneller und besser verwirklicht werden können. Das zu verwirklichen sind wir gerne bereit mitzuwirken und wir sind dessen sicher, daß uns diesbezüglich die Hilfe und Unterstützung durch den Rat des Kreises zuteil wird.“

Ende April 1977 holt „Kuno“ noch einmal im Auftrag seines Führungsoffiziers Erkundigungen ein. Während eines Treffens von Karnevalisten, bei dem die Umzugsteilnehmer Orden erhielten, wurde das Motto für die Kampagne 1978 bekannt gegeben. Es erfüllte die politischen Maßstäbe des SED-Staates vorzüglich und lautete: „Mie maches richtig“. Das politisch mehrdeutige und gleichwohl harmlose Motto „Hüt klappts“ war zuvor durchgefallen. Einige

Ein Meister der Verstellungskunst

Aus seinem festen Klassenstandpunkt hat der gelernte Schlosser Kurt Patze (Jahrgang 1936) nie einen Hehl gemacht. So war die handschriftliche Verpflichtung zur inoffiziellen Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit am 23. September 1970 wohl eher eine Formsache. „Ich bin informiert, daß ich über die Zusammenarbeit mit dem MfS niemand einweihen darf, selbst meine nächsten Verwandten nicht. Für die Zusammenarbeit wähle ich mir das Pseudonym: Werrathal.“ Diesem heimatverbundenen Decknamen hielt der 1974 zum Leiter des Kreiskulturkabinetts Meiningen beförderte Patze die Treue. Auf seinen Mann konnte sich MfS-Oberleutnant Siegel stets verlassen. Zufrieden stellte er fast anderthalb Jahrzehnte später 1984 fest: „Der IMS wird zur Bearbeitung des kulturellen Bereiches im Kreis eingesetzt. Er zeigt bisher in jeder Situation eine hohe Einsatzbereitschaft, Disziplin und Verantwortungsbewußtsein.“

Nicht nur bei Künstlern und anderen Kulturschaffenden, sondern auch beim Wasunger Karneval machte sich Kurt Patze für das MfS nützlich.
Zum Beispiel Mitte Februar 1979. Damals informierte „Werrathal“ über einen Anruf aus Leipzig, den der Rat der Stadt Wasungen von einen Jugendlichen, der zum Karneval reisen wollte, erhalten hatte. „Bei dem Anrufer handelte es ich um einen Jugendlichen mit dem Namen“ X „ ,der sich nach Übernachtungsmöglichkeiten während des Wasunger Karnevals erkundigte.“ X habe bereits gewußt, „daß seitens des Rates der Stadt die Schule als Quartier für anreisende Jugendiche vorgesehen sei“.

Auch über Stimmungen und Meinungen im Wasunger Betriebsteil des Sportgerätewerks Schmalkalden zeigte sich „Werrathal“ informiert: „Unter der Belegschaft gibt es die Meinung, daß man ja zum Karneval jetzt keine Kritik mehr anbringen dürfe und demzufolge hätte auch keiner mehr Lust, etwas für den Karneval zu tun.“

Etwa eine Woche später meldete IM „Werrathal“ auch im Metallwerk Wasungen Probleme. Durch den Kollegen X „erfuhr ich, daß unter den Betriebsangehörigen die Meinung herrscht, daß niemand mehr beim Karneval mitmacht, weil die Partei alles umwirft, zensiert und nur noch politische Probleme dargestellt haben will“. Durch Aushorchen eines anderen Kollegen erfuhr der Spitzel, „daß bis jetzt noch nicht klar ist, ob überhaupt Betriebsangehörige auf dem Wagen des Metallwerks am Festumzug teilnehmen“. In einem Gespräch mit einem weiteren Mitarbeiter des Metallwerkes, einem Besitzer zweier Ponys, brachte er in Erfahrung, daß der Mann die Tiere als Esel und als Kamel dekorieren wolle. „Den Wagen, den die beiden Ponys dann ziehen, schmückt er nur mit einem Schild aus, auf dem dann

steht – ´Meine Betriebsleitung`. Erst wollte er auf das Schild `Mein Rat der Stadt` schreiben. Doch er verwarf dann wieder diese Version“.

Der Führungsoffizier war mit „Werrathal“ sehr zufrieden. In einer Einschätzung notierte Bohn am 7. Juli 1977. „Der IM ist in der Lage operativ interessante Informationen zu erarbeiten und das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen. Er versteht es mit operativen Legenden zu arbeiten bzw. diese dann in der Praxis anzuwenden.“ Das heißt, Patze ist einer Meister der Verstellungskunst, der es beherrscht, sich das Vertrauen von anderen zu erschleichen, um diese dann auszuhorchen. „Von Vorteil hierbei sind seine Kontaktfreudigkeit und sein guter Leumund im Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereich.“ Der IM berichte sowohl mündlich als auch schriftlich. „Er belastet Personen und faßt die Berichte entsprechend den acht goldenen `W´ ab.“ Darüber hinaus „ist einzuschätzen, daß es sich um einen bewußten Genossen handelt, der stets bemüht ist, die Belange unserer Partei und Regierung auf künstlerischem Gebiet durchzusetzen. Der IM besitzt ein gutes politisches Wissen. Seine Einstellung zur DDR ist von hohem Klassenbewußtsein geprägt.“ Doch ist niemand völlig perfekt. Bei der „Anerziehung von Fähigkeiten noch besserer Durchsetzung der konspirativen Verhaltensweisen“ hielt Führungsoffizier Bohn „Schulungen zu diesem Problem“ für notwendig.

Eingesetzt war IM „Werrathal“ ganz besonders zur „Feststellung und Aufklärung von Hinweisen auf Erscheinungsformen und Auswirkungen der PID (Politisch-ideologische Diversion), der feindlichen Kontaktpolitik und -tätigkeit im Sicherungsbereich Kultur, insbesondere des Kreiskabinetts für Kulturarbeit, der Disko- und Jugendtanzveranstaltungen und des Clubs am Donnerstag.“ Dabei hatte der IM „laufend Personen festzustellen, die eine negative-ideologische Haltung einnehmen“ und ihre „Pläne, Absichten und Verbindungen“ aufzuklären.

IM „Werrathal“ berichtete nicht nur über Brände und Havarien, sondern auch über Verwandte und Bekannte aus der BRD, über eingereiste Journalisten und über die Vorbereitungen und den Verlauf des Karnevals in Wasungen. Später wurde die Spitzenkraft sogar im „Operationsgebiet“ (in der Bundesrepublik Deutschland) eingesetzt, hatte also direkte Feindberührung.

In einem Situationsbericht vom 24. Februar 1979 ist nach einem Treffen mit Patze alias „Werrathal“ um 21 Uhr festgehalten: Café und Saal in der Gaststätte Hirsch „sind von Jugendlichen und Jungerwachsenen stark überfüllt“. Im Gespräch mit ihnen erfuhr er, daß sie aus Karl-Marx-Stadt angereist seien. „Einen ganzen Tag mußten sie bis Wasungen fahren, um sich nicht erwischen zu lassen.“ Auffallend sei, „daß sich alle Räume in der Gaststätte in einem

unsauberen Zustand befinden. Zwischen Café und Saal ist eine 30 bis 35jährige männliche Person mit Gitarre und singt dort Blues-Lieder. Dadurch zieht er eine große Anzahl Jugendlicher auf sich, die eventuell Stimmung machen könnten“. Die allgemeine Stimmung sei jedoch normal.

Ende Januar 1979 informierte „Werrathal“ seinen Führungsoffizier: „Wie ich durch den Genossen“ X vom Rat der Stadt „erfuhr, kamen in letzter Zeit öfters Jugendliche aus Wasungen zu ihm und baten, daß sie auf Einladungen, die sie an Jugendliche, Freunde usw. verschicken wollten, einen Stempel des Wasunger Carneval-Clubs (WCC) bekommen. Durch diese Einladungen mit Stempel des WCC wollten sie erreichen, daß die anreisenden Jugendlichen ohne Schwierigkeiten während des Karnevals nach Wasungen reisen können.“ Aber genau das war nicht erwünscht. „Durch den Rat der Stadt Wasungen wurde jedoch der Bitte nicht stattgegeben.“

1979 arbeitete „Werrathal“ Führungsoffizier Bohn zum 444. Wasunger Karneval folgende „Einschätzung“ zu: „Die Büttenprogramme hatten ein gutes Niveau. Es war eine weitere Steigerung zu den Vorjahren. Vom Inhalt fehlte leider nach wie vor eine echte politische Bütt, die einmal dem Klassenfeind aber auch unsere Erfolge gekonnt karnevalistisch zum Ziel nimmt. Die Haltung des Elferrates während des Programms ist mir noch zu inaktiv.“ Und: „Es fehlt ein echter und breiter Nachwuchs bei den Büttenrednern. (Was wird wenn die `Ricke` nicht mehr auftritt?)“ Dazu sollte es erst ein paar Jahre später kommen.

Überzeugt und skrupellos

Wenn er auf oppositionelles Verhalten traf, kannte der 1979 zum IMS umregistrierte „Kuno“ keine Skrupel. Zum Beispiel im Jahr 1981. Damals beugte er der WCC-Präsident wieder einmal staatsfeindlichen Witzen vor. So informierte er über einen Büttenredner der hartnäckig fragte, „wer die Streichungen, die keinerlei negative politische Aussage enthalten, veranlaßt hat“. Darauf antwortete der IM mit erweiterter Berichterstattung über den „feindlichen personellen Stützpunkt“ (Stasi-Diktion). „Kuno“ steckte der Stasi, daß der Mann beim Karneval in zwei Rhöndörfern aufgetreten sei, und das, obwohl es ihm „vor Jahren durch eine Weisung der Leitung des Volkspolizeikreisamtes Meiningen untersagt“ worden sei. „Kunos“ Führungsoffizier zog daraus den Schluß, die Information mit den „entsprechenden Stellen auszuwerten“.

Ob dies für den kritischen Büttenredner Folgen hatte, geht aus den Stasi-Akten der Suhler Gauck-Behörde nicht hervor. Möglich waren in der Diktatur der

„Lüge und der Angst“ (Joachim Walther) aber auch unangehme sogenannte Aussprachen mit Vorgesetzten und Behörden, berufliche Nachteile oder Ermittlungen wegen sogenannter staatsfeindlicher Hetze mit mehrjährigen Haftstrafen als Folge.

Nein, zurückhaltend war „Kuno“ nicht. Laut „Finklers“ Jahresplan von 1983 hatte er Informationen über einen Wasunger Bürger in der Meininger Straße sowie über einen Bürger im Hohlweg „über deren Verhalten im Freizeitbereich zu erarbeiten“. Und: „Ferner hat der IM“ (gemeint ist „Kuno“) „umfangreiches Beweismaterial gemäß §§ 106 bzw. 220 StGB“ (Staatsfeindliche Hetze und Öffentliche Herabwürdigung, für beides konnten Freiheitsstrafen verhängt werden) „zu erarbeiten.“

Nach einigen Jahren hatte Hofmann aus unbekannten Gründen vom Präsidentenamt genug. 1985 trat er überraschend zurück, doch brachte das die Stasi nicht in Verlegenheit. Zügig war seine Funktion wieder besetzt worden. An der Spitze der mit seiner fast 500jährigen Geschichte bedeutendsten närrischen Vereinigung der DDR stand nun Hartwig Köhler.

Kandidat gesucht und gefunden

Von einer weiteren Kandidatur wußte Kandidat Köhler zunächst nichts. An seiner besonderen Eignung ließen die entscheidenden Personen keinen Zweifel. In einer inoffiziellen Einschätzung hielt der Führungs-Offizier mit dem Decknamen „Finkler“ im Dezember 1985 fest, daß die „gesellschaftspolitische Entwicklung“ des Werkzeugmachers, Lehrers und SED-Genossen Hartwig Köhler „positiv“ verlaufen sei. Köhler hatte nach dem freiwilligen Dienst bei den „bewaffneten Organen der DDR“ unter anderem die Funktion des Parteisekretärs an der POS Wasungen ausgeübt, darüber hinaus gehörte er der Arbeitsgruppe Karneval beim Ministerium für Kultur an. Linientreu war auch er stets. Nach „Finklers“ ausführlichen Schilderungen des Charakters des Kandidaten, seiner Familien-, Vermögens- und Wohnverhältnisse sowie seines Leumunds waren alle wesentlichen Fragen für den Kaderteil im sogenannten IM-Vorlauf beantwortet.

Ergänzend dazu wies IM „Kuno“, der frühere Karnevalspräsident, darauf hin, daß Köhler als Mitglied des Leitungsgremiums des Wasunger Carneval Clubs die „Durchsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung“ regelmäßig unterstütze, was sich „positiv in der clubinternen Arbeit gegenüber den anderen Mitgliedern der Leitung des WCC und des Elferrates auswirkt“.

So war denn bei der Werbung für den Kampf an der „unsichtbaren Front“ ein Einspruch des ideologisch gefestigten Kandidaten nicht zu erwarten. Ende Dezember 1985 verpflichtete sich Hartwig Köhler die Organe der Staatssicherheit bei ihrem Kampf gegen die westdeutschen „Imperialisten und Militaristen“ und für den „Aufbau des Sozialismus“ als Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (GMS) zu unterstützen.

Ende Januar 1986 traf sich der zum IMS umregistrierte „Harty“ nachmittags zwischen 13 und 15 Uhr in einem Klassenraum der Polytechnik mit seinem Führungsoffizier. Wie MfS-Major Sauer von der Stasi-Kreisdienststelle unter dem Stichwort „Ausspracheinformation“ festhielt, wurde „der vorher festgelegte Treff ohne Störungen durchgeführt“.

Ziel der Zusammenkunft war „die weitere Qualifizierung des IMS, speziell zur Informationsgewinnung und Abschöpfung von Personen sowie, daß er unter der Leitung des WCC eine entsprechende Einflußnahme ausübt, damit undurchsichtige bzw. feindselige Wesenszüge aus dem Büttenreden und Gesangstexten sowie der Umzugsgestaltung vorbeugend verhindert werden“. Zu dieser Themenstellung gab „Harty“ einen mündlichen Bericht, der auf Tonband aufgenommen und später schriftlich festgehalten wurde. Darüber hinaus übergab er laut Akte „die Büttenreden schriftlich, die Gesangstexte der Gesangsgruppen schriftlich sowie die Konzeption der Umzugsgestaltung. Für´s nächste Mal erhielt der Spitzel den Auftrag, „allen mit dem Karneval in Zusammenhang stehenden Probleme zu erfassen“ und Sauer „darüber Mitteilung zu machen“.

Auch in einem „vorbereiteten Zimmer“ beim Rat der Stadt konnte sich die Stasi „konspirativ und ohne Störungen“ mit „Harty“ unterhalten – zum Beispiel am 8. Februar zwischen 17 und 18.30 Uhr. Der IMS berichtete über den Aufenthalt der BRD-Journalisten, soweit er „selbst dazu aussagefähig war und als Interview-Partner aufgetreten ist“. Dabei erläuterte er die Fragen, die die Journalisten des Klassenfeindes an ihn und seinen Partner stellten. „Er schätzt ein, daß die Antworten richtig gegeben worden sind, auch die von seinem Kollegen“ X.
Der neue Auftrag lautete danach: „Kontrolle und Überwachung der noch anwesenden Journalisten. Insbesondere Feststellung treffen, welche Bürger drängen sich zu Interviews vor und welche Fragestellungen treten dort auf.“ Außerdem sollte der Spitzel „Meinungen und Stimmungen von Wasunger Bürgern zu den sogenannten Gästen sowie zu den eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen der VP und des MfS“ festhalten. Einen Tag später informierte der IMS wieder in einem Zimmer beim Rat der Stadt Wasungen: über ein japanisches Fernsehteam, das in der Gaststätte Hirsch Aufnahmen machte. „Er schätzte ein, daß diese Aufnahmen keinen besonderen politischen Wert besitzen bzw. nicht als öffentlichkeitswirksam ausgewertet werden können. Dort waren an diesem Abend nur Gäste im Saal, die vorbestellte Karten hatten.“ Und: „Die sogenannten Gäste konnten sich an diesem Abend im Saal der HO-Gaststätte `Zum Hirsch´ nicht aufhalten.“

Ende April 1986 traf sich der IMS wieder mal im Polytechnischen Kabinett der Oberschule Wasungen mit seinem Führungsoffizier. Damals plauderte er über „Meinungen und Diskussionen im Zusammenhang mit der Durchführung des XI. Parteitages, insbesondere aus dem Kollektiv der Lehrer sowie den Führungsgremien des WCC.“ Ein Tonband zeichnete das Gespräch auf.
Unter dem Stichwort „neuer Auftrag“ hielt MfS-Major Sauer fest: „Der IMS wurde beauftragt, zielgerichtete Informationen über die Reaktion der Bevölkerung speziell aus den Kreisen der Lehrer und Erzieher der POS Wasungen und des Karnevalclubs zu erarbeiten. Des weiteren wurde er darauf hingewiesen, vorbeugend Probleme in Erfahrung zu bringen, die sich eventuell mit Störungen gegen den 1. und 8. Mai richten könnten.

Am 23. April 1986 erstattete „Harty“ wie befohlen Bericht, unter anderem zu Diskussionen in Auswertung des IX. Parteitages. Dabei drückt er sich recht allgemein aus. Namen werden nicht genannt: „An unserer Arbeitsstelle im Polytechnischen Kabinett wurde natürlich auch darüber diskutiert und gesprochen. Das liegt einmal daran, daß wir ja die Ergebnisse, die Inhalte des Parteitages auch im Unterricht umsetzen müssen und umsetzen wollen. Für uns kommen in Frage die ökonomischen Aspekte, da wir ja die wirtschaftliche Entwicklung im Unterricht selbst mit betrachten. Dabei wurden natürlich auch solche Diskussionen mit geäußert, daß es eventuell doch günstiger oder schöner gewesen wäre, wenn einige Vergünstigungen für die älteren Bürger oder älteren Menschen gleich zum Zeitpunkt des Parteitages realisiert worden wären und vielleicht, daß auch einige Aspekte bei der Vergünstigung oder Umfang der Vergünstigungen für die jüngere Generation erst heraus genommen worden wären. Überhaupt negative Diskussionen zum Parteitag wurden nicht geführt. Positiv wurde als Beispiel auch die echt humorvolle Interpretation des Genossen Gorbatschow wie in der UdSSR der Begriff DDR interpretiert wird. Darüber wurde natürlich Spaß gemacht, das gehört dazu.“

So harmlos plauderte „Harty“ nicht immer. Am 3. Dezember 1986 notierte MfS-Major Sauer mündlliche Informationen des Karnevalspräsidenten Köhler. Hintergrund sind Konflikte zwischen Karnevalisten und Staatsmacht. Einige Narren hatten zu Jahresbeginn aus Protest gegen Zensur und Bevormundung ihre Ämter niedergelegt. Dazu IMS „Harty“: In der Leitung des Clubs der Werktätigen (Karneval) und in der Bevölkerung sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, weil „durch verschiedenartige Gründe der X seine Mitarbeit als Büttenredner aufgesagt hat. Ihm schloß sich der“ Y „an,“ der im Betrieb Z in Wasungen arbeitet, „des weiteren“ die Frau V (mit genauer Bezeichnung ihrer Funktion im Karneval). Als sozialistischer Überzeugungstäter lieferte „Harty“ der Stasi gleich Material, das diese gerne für Erpressungsversuche oder anderen Terror nutzte. Denn der Spitzel fuhr fort: Dieser Kollege und die Frau „sollen

ein intimes Verhältnis unterhalten und sollen jeweils diese Karnevalsberatungen dazu genutzt haben. Die Lage ist gegenwärtig so, daß eventuell noch andere aktive Gestalter aus dem Kreis ausscheiden.“ Und es gab noch weiteren Unmut. Zum Beispiel darüber, „daß zum Karnevalsauftakt am 11.11.1986 ein Büttenredner aus Zella-Mehlis mit dem Namen“ X „nicht auftreten durfte und damit die drei oben Genannten ihren Beschluß erneut bestätigt bekommen haben“. Sauer schreibt, „wie der IM informierte, tritt dieser X in mehreren Orten des Kreises Suhl und darüber hinaus mit seiner Büttenrede auf.“ Außerdem werde von der Bevölkerung „diskutiert, wenn irgendwelche bunten Veranstaltungen in anderen Orten durchgeführt werden, daß die Conferenciers oder Ansager Dinge vorbringen, die manchmal bis an die Grenze des Erlaubten gehen, aber dort wird nicht eine solche Zensur oder ein Problem daraus gemacht.“ Bei diesem Gespräch sah der IM als Karnevalspräsident „einige Probleme auf sich zukommen“, um den Wasunger Karneval als „kulturpolitischen Höhepunkt der DDR aufrecht zu erhalten“. Wohl deshalb war der IM der Meinung, daß die ehemaligen aktiven Mitglieder wieder „zurückgewonnen werden“. Er kritisierte: Der Karneval sei „kein Frühlingsfest. Dort werden eben auch Probleme kritisch angesprochen, die aber meistens auf der Grundlage der Wahrheit beruhen“, notierte Sauer. Allerdings meinte der IM, „daß dieses nicht übertrieben werden darf und immer im Rahmen unserer Gesetzlichkeit bleiben muß“.

An diesem 3. Dezember 1986 wurde der IMS „Harty“ an den hauptamtlichen Führungs-IM (FIM) mit dem Decknamen „Finkler“ und dem Klarnamen Bohn übergeben. MfS-Major Sauer: „Beide sind sich aus gemeinsamer gesellschaftlicher Tätigkeit sowie aus der Ortsleitung Wasungen und vom Club der Werktätigen (Karneval) sehr gut bekannt und es entwickelte sich von Anfang an eine sachliche und aufgeschlossene Atmosphäre.“

Ganz so harmonisch gedieh die Zusammenarbeit zwischen FIM „Finkler“ und IMS „Harty“ dann doch nicht. Im Frühjahr 1987 verzeichnet der Treffbericht Probleme. Am 28. April notiert „Finkler“, der IMS wolle nicht mehr alles das uneingeschränkt ausführen, was ihm aufgetragen wird. „Harty“ will sich lediglich auf die „Absicherung der Vorbereitung und Durchführung des Wasunger Karnevals konzentrieren. Zur Lösung weiterer Aufgaben im Interesse des MfS gab der H. nicht seine Zustimmung“, sondern „zeigte gegenüber einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den Organgen des MfS eine grundsätzlich ablehnende Haltung. Auch an die Ehre des Genossen appelliert, führte dies zu keinem Erfolg“, berichtete „Finkler“ an seine Vorgesetzten. „Kurz vor Ende des Treffs konnte der H. noch dazu überredet werden, seine Prämie“ von 200 Mark „in Empfang zu nehmen“.

Doch die Probleme nahmen im Lauf der Zeit nicht ab, sondern zu. Vier Wochen nachdem IMS „Harty“ für einen Einsatz im Karneval aus den Händen des MfS die Summe von 537, 60 Mark erhalten hatte, brachte „Finkler“ seine Unzufriedenheit mit seinem Mitarbeiter in einem Informationsbericht zu Papier. Zunächst habe es den „Anschein, gehabt“, daß Köhler im „Interesse einer hohen Ordnung und Sicherheit während des Wasunger Karnevals für eine Zusammenarbeit mit den Organen bereit ist“. Doch als die Zusammenarbeit mit den „Organen des MfS forciert werden sollte und die Aufgaben immer konkreter wurden, konnte man bei H. schon bald eine Abneigung gegenüber dieser Arbeitsweise der Organe des MfS feststellen“. Alle Bemühungen dem „H. die politische Bedeutung einer aktiven Zusammenarbeit mit den Organen des MfS klarzumachen, schlugen fehl“. Beim letzten dieser Versuche habe auch der stellvertretende Leiter der MfS-Kreisdienststelle mit ihm geredet. Während des Gesprächs habe dieser betont, „die Zusammenarbeit mit dem MfS nur auf die Zeit der Vorbereitungsphase zu beschränken“. Eine „kontinuierliche und konstruktive Zusammenarbeit mit den Organen des MfS lehnte H. grundsätzlich ab“. Auch während der Vorbereitungsphase der Karnevalsaison 1987/88 sei die negative Haltung von Köhler gegenüber den Organen des MfS sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. „Alle Versuche, mit ihm regelmäßige Zusammenkünfte durchzuführen scheiterten. So erschien H. nur in einem Fall zum vereinbarten Treff.“ „Harty“ weigerte sich die „dringend benötigten Karten für die karnevalistischen Großveranstaltungen den Organen des MfS“ kostenlos zu Verfügung zu stellen. Eine wegen dieser Schwierigkeiten organisierte Zusammenkunft mit dem Leiter der MfS-Kreisdienststelle, Oberstleutnant Lang, ließ er zunächst platzen – „mit der Begründung keine Zeit dafür zu haben“. Dann erschien er doch, aber nur für ein paar Minuten. Unter anderem deshalb schlug „Finkler“ im April 1988 vor, „die von den Organen des MfS zur Verfügung gestellten Mikrophone nicht dem H. zu übergeben, sondern zur besonderen Verwendung dem Bürgermeister der Stadt Wasungen, Genossen Manfred Koch“. Der heutige Bürgermeister erschien Wasungens wichtigstem MfS-Mann damals für solch delikate Aufgaben offenbar zuverlässiger. Trotz seiner partiellen Widerborstigkeit erfüllte der überzeugte und treue Genosse Köhler seine ursprünglichen Aufgaben und half als IMS „Harty“ dem MfS bei der Vorbereitung, Durchführung und Sicherung des Wasunger Karnevals – und zwar bis einschließlich 1989.

Abwehr von Störversuchen

So widmete sich „Harty“ denn in der zweiten Hälfte der 80er Jahre während der fünften Jahreszeit der Aufgabe, die „Organe für Sicherheit“ bei der Abwehr von „Störversuchen gegen den friedlichen Aufbau des Sozialismus zu unterstützen“.

Zu Beginn des Jahres 1986 machte MfS-Major Sauer den gerade zum IM umregistrierten WCC-Präsidenten erstmals mit seinen künftigen Aufgaben vertraut. „Er wurde darauf hingewiesen, daß nur solche Personen und Gruppen am Karnevalsumzug teilnehmen, die bisher nicht negativ aufgefallen sind, alle Wagenbilder rechtzeitig bekannt sind und nur solche Büttenreden gehalten werden, die sich nicht gegen den Staat richten“, hielt Sauer in einer Gesprächsnotiz fest. Dem Sicherheitsorgan zuzuleiten hatte „Harty“ außerdem in gleich dreifacher Ausfertigung zum Beispiel: alle Büttenreden und Gesangsbeiträge, den Ablaufplan für Großveranstaltungen, die beabsichtigte Streckenführung der Umzüge sowie die Namen, Anschriften, Arbeitgeber, Themen und Standorte der Umzugsteilnehmer. Die Karnevalszeitung war zur Bestätigung vorzulegen. Außerdem verpflichtete sich IM „Harty“ über die Stimmen und Meinungen aus der Wasunger Bevölkerung und über angereiste Personen zu berichten.

Im Februar 1989 stellte sich Hartwig Köhler gegenüber einer Journalistin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung so dar: „Wenn Karneval kommt, ist man einfach anders. Da überkommt mich das Kribbeln“, sagte der Präsident des WCC.

Spitzel Köhler hatte beim Verrat der Karnevalisten und der Täuschung seiner Mitbürger stets viel zu tun. Denn Gegner der Arbeiter- und Bauernmacht witterte die Stasi überall. Jede Büttenrede, jeder Gesangsbeitrag, jedes Wagenbild des Umzugs könne vom Feind für „Störungen der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung mißbraucht werden“, heißt es in einer Stasi-Dienstanweisung.

„Zur vorbeugenden Verhinderung solcher Angriffe“ erhielt der WCC-Präsident deshalb von seinem Führungsoffizier den Auftrag, alle Beiträge und Pläne für den Umzug schriftlich bei ihm abzuliefern. Außerdem sollte Köhler zum Beispiel über die Reaktionen der Verfasser auf abgelehnte Beiträge berichten. Bei Schwierigkeiten sollte er ganz im Sinne seines obersten Dienstherrn Erich Mielke „offensiv seine Funktion als Vorsitzender wahrnehmen und vorbeugend bestimmte Dinge, die sich gegen die Gesellschaftsordnung richten, abfangen“, befahl Stasi-Major Sauer von der Kreisdienststelle Meiningen. Im Klartext: Der WCC-Präsident sollte dafür sorgen, daß die Linie der SED durchgesetzt wird und die ließ Kritik an der Obrigkeit nicht zu.

Daß Köhler dabei heftige Auseinandersetzungen über den närrischen Kurs zu bewältigen hatte, ist nicht anzunehmen. Denn die Karnevalisten kannten die Normen. Das meiste, das anecken konnte, fiel bereits der Selbstzensur zum Opfer. „Wir wußten, was in der Regel zugelassen war“, erzählt Gustav Reichardt, zu DDR-Zeiten verantwortlich für die Programmgestaltung des WCC. Dazu zählten laut Reichardt Ärger mit der Nachbarschaft, harmlose Funktionsstörungen der Planwirtschaft und politisch so weitgehend neutrale Themen wie Straßenbau, „kleiner Klimbim“ eben. „Nichts fürchteten unsere

Oberen so sehr wie lächerlich gemacht zu werden“, erzählt Reichardt. „Da waren sie sehr feinfühlig.“

Die Sensibelsten fanden sich denn auch in einem sozialistischen Zensur-Kollektiv zusammen. Ihm gehörten neben dem Bürgermeister ein Vertreter der Ortsparteileitung sowie ein Abgesandter der Kreisleitung an. Auch der WCC-Stasi-Präsident wirkte wieder mit.

Wer eine Büttenrede oder einen Gesangsbeitrag eingereicht hatte, mußte sich drei bis vier Wochen gedulden. „Dann wurde man normalerweise einzeln bestellt und dann gesagt, das geht nicht und das geht nicht“, berichtet ein ehemaliger Karnevalist. Und an diese Absprachen habe er sich gehalten. „Denn hätte ich das nicht getan, wäre das mein letzter Auftritt gewesen.“

Ergebnis: Was auf die Bühne oder in den Umzug kam, ähnelte mehr einer humoristischen Sättigungsbeilage als einem deftigen Spott-Gericht.

Entnervt vom ständigen Kampf gegen die Bevormundung legte 1986 der stellvertretende WCC-Präsident Heinrich Wey seine karnevalistischen Ämter nieder. Als „Ricke“ war er in Wasungen einst eine närrische Größe, wie in Mainz der „Bajazz“. Er sei „fast der einzige gewesen, der sich mal an politische Themen herangewagt hat“.

Doch einmal ging Wey zu weit. Bei der Verleihung des Lügenordens, einer närrischen Auszeichnung für den größten Aufschneider und Lügner am Ort, kam es 1986 zum Eklat. In seiner Einladung bat Wey die Lügenordenverleiher schriftlich darum, aus Anlaß des gleichzeitig stattfindenden XI. Parteitages der SED die „letzten größeren Lügen mitzubringen“. Da verstand die Arbeiter- und Bauernmacht keinen Spaß. Wenig später erhielt LPG-Abteilungsleiter Wey in seinem Büro einen Anruf von der Polizei: „Ich durfte den Raum nicht verlassen und es würde noch geprüft, was mit mir geschieht“. Erst nach einigen Stunden bangen Wartens sei ihm gesagt worden, wenn er sofort eine Stellungnahme abgebe, dann könne er nach Hause gehen. „Mit zitternden Händen saß ich da und legte ab sofort alle wichtigen Ämter beim WCC nieder.“ Bis heute ist er nicht mehr in die Bütt zurückgekehrt.

All diese totalitären Prozeduren taten ihre Wirkung. So konnte zum Beispiel 1988 der Leiter der Stasi-Bezirksverwaltung in Suhl, Generalmajor Lange, zufrieden feststellen: „Die 62 gestalteten Bilder der Karnevalsumzüge und die Büttenreden enthielten keine feindlich-negativen Aussagen.“ Ziel erreicht.

Und heute? Die Vergangenheit hinterließ auch im WCC, dem ältesten Karnevalsverein der Ex-DDR, ihre Spuren. Ob das karnevalistische Motto von 1998, „Mie lasse ons net verkohl“ (Wir lassen uns nicht verkohlen), auf den Kanzler der Einheit zielt? Das bestreitet WCC-Präsident Martin Krieg vehement. Erst nach dem dritten Nachfragen gibt Krieg zu: „Natürlich bezieht sich das auf Helmut Kohl.“ Da ist sie noch immer: die alte Angst vor der Obrigkeit. Als

nahezu unausrottbarer seelischer Reflex hat sie sich auch nach dem Ende der SED-Herrschaft erhalten.

Auch bei den Nachwuchs-Büttenrednern wirkt die Vergangenheit fort – als Abneigung gegen jedwede Gängelei. Wie Reichardt erzählt, weigerten sich einige strikt vor ihrem Auftritt ein Manuskript anzufertigen. Und auf die Frage, ob man einmal wissen dürfe, was sie auf der Bühne zum Besten geben wollen, antworteten die jungen Leute: „Wir sind doch nicht bei der Stasi!“

Ex-WCC-Präsident Köhler hat inzwischen ein neues Wirkungsfeld gefunden. Seiner alten Neigung zum Berichten hält der Lehrer (u. a. für Sozialkunde) an der Wasunger Regelschule jedoch die Treue. Seit einigen Jahren kommentiert Köhler für das MDR-Fernsehen die Life-Übertragung des Umzuges. Im Jahr 1997 blieb ihm allerdings kurzzeitig die Spucke weg. In diesem Moment zeigte die Kamera unter den Zuschauern einen Narren mit Januskopf. Auf einem Plakat, das er bei sich trug, stand: „IM Harty früher für das MfS und heute für den MDR“. Im Jahr 1999 durfte Spitzel Köhler die Life-Übertragung beim MDR nicht mehr kommentieren. Eine Specherin der Zentrale in Leipzig erklärte vor dem Hintergrund von Köhlers Stasi-Tätigkeit auf Anfrage: „Das machen unsere Leute jetzt selbst.“

Jugend im Visier der Stasi

Die „Negativ-dekadenten“ kommen

Aus allen Bezirken der rostigen Republik zog es Jugendliche nach Wasungen zum Karneval. Schon in ihren Heimatregionen gerieten sie deshalb ins Blickfeld der Staatsmacht. Anfang Dezember 1983 informierte ein IMS der Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam seinen Führungsoffizier über die Reiseabsichten von sieben Jugendlichen. Alle wurden namentlich erfaßt. Aufgefallen waren sie als sie in der Autovermietung Babelsberg fragten, ob es möglich sei, für die Karnevalszeit ein Auto oder einen B 1000-Bus zu mieten. Doch wurde ihnen keine Hoffnungen gemacht, jetzt noch ein Auto erhalten zu können. Wie die Stasi notierte, sei es Ziel „dieser Personen, mit dem Auto nach Wasungen zu fahren, um die Kontrollen der Volkspolizei umgehen zu können“. Erfaßt wurde auch, wer „aus diesem Personenkreis“ was für ein Auto besitzt: der X einen Polski Fiat, ein Unbekannter einen Trabant und der Vater des Y einen Moskwitsch.

Kampf gegen den politischen Untergrund

In einer Rede zum 25. Bestehen des MfS erklärte Mielke: „Mit dem Ministerium für Staatssicherheit entstand ein spezielles Organ der Diktatur des Proletariats, das in der Lage ist und über alle Mittel verfügt, unter der Führung der SED gemeinsam mit den anderen staatlichen Organen und bewaffneten Kräften in enger Verbundenheit mit den Werktätigen die Arbeiter- und Bauern-macht und die revolutionäre Entwicklung zuverlässig gegen jede konterrevolutionäre Tätigkeit äußerer und innerer Feinde der DDR zu schützen.“ Gemeint war damit die Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung „politisch-ideologischer Diversion“ (PID) sowie „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT). Dafür zuständig war die MfS-Hauptabteilung XX. Sie kontrollierte neben Kirchen und Medien auch Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Bereits kurz nach dem Mauerbau 1961 hatte man im MfS über den „politischen Untergrund“ begonnen nachzudenken. Erst Anfang der 70er Jahre wurde das Thema zum aktuellen Problem. Die Bezeichnung „politische Untergrundtätigkeit“ wurde nun auf die sich vorsichtig entwickelnde politische Opposition in der DDR bezogen. Und die sollte im Keim erstickt werden. Das war umso wichtiger als nach Ansicht der Tschekisten politische Untergrundtätigkeit immer vom Ausland gesteuert wurde. Die Opposition im SED-Staat war für das MfS generell eine von der Bundesrebublik aus inszenierte Störung des politischen Innenlebens der DDR.

Der Kampf gegen Zersetzung und politischen Untergrund nahm in den 80er Jahren immer mehr zu. Alles Abweichende und Mißliebige wurde vom MfS mit dem Schlüsselwort „politischer Untergrund“ erfaßt und als „feindlich-negativ“ gebrandmarkt. Wie ein MfS-General nach der Wende sagte, „erschwerte dies Einschätzungen mit Realitätssinn und wirkte sich insgesamt auf die Arbeit des MfS und das allgemeine Stimmungsbild negativ aus“.

Die Stasi sah in jedem Bürger der DDR eine potentielle Gefahr für die sozialistische Idee. Diese Vorsicht galt so lange, bis das Gegenteil bewiesen war. Der Normalbürger wurde von SED und MfS in seinen Denken und Handeln allein aus dem Blickwinkel des vorgeblich ständig fortschreitenden Sozialismus betrachtet. Als staatsgefährdend galt alles, was auch nur geringfügig von diesem Idealbild abwich oder sonst aus dem vorgegebenen sozialistischen Rahmen fiel. Dies konnte sich zum Beispiel so ausdrücken: als unerwünschte persönliche Vorlieben und Interessen, in Form von Westkontakten einschließlich der Verwandten, in Auffassungen über den Sozialismus, die nicht strikt den Vorgaben der SED entsprachen oder als Sehnsucht, ein Individuum zu sein, und nicht nur das Mitglied eines sozialistischen Kollektivs. Da half nur eines: vorbeugen. „Kuno“ war zur Stelle.

Wer denkt was wieso und warum?

Der Stasi-Präsident teilte seinem Führungsoffizier Schmidt mit, was wer so über die sogenannten negativ-dekadenten Jugendlichen und deren Auftreten beim Wasunger Karnval denkt, zum Beispiel der Elferrat. Laut dem Bericht von „Kuno“ verurteile dieser „das Auftreten der Gammler konsequent. Man bringt zum Ausdruck, wenn das so weitergeht, machen die uns den Karneval kaputt. Das Verhalten der Gammler, besonders während des Umzuges wird als eine Störung der Ordnung und Sicherheit bezeichnet. Diese Zustände dürften sich nicht wiederholen. Es wäre angebracht gewesen, daß jeder Umzugsteilnehmer einen Knüppel nimmt.“ Auch die Fernsehkameras des Klassenfeindes BRD waren offenbar vor Ort. Denn wie der GMS von einer 35jährigen Mitarbeiterin des Ministeriums für Kultur aus Berlin erfuhr, habe das Westfernsehen ausgerechnet jenes Bild gesendet, auf dem zu sehen war, wie die „Gammler vor der Tribüne den Umzug gestoppt haben“.

Daneben hatte „Kuno“ noch andere im Visier: „Bei der Person“ X, „circa 37 Jahre, wohnhaft in Wasungen, beschäftigt im Dachpappenwerk Wasungen als Angestellte, hält sich der BRD-Bürger“ Y „ circa 60 Jahre, zu Besuch auf.“ Der Mann sei „ehemaliger Wasunger und hat die DDR ungesetzlich verlassen. Beide hielten sich während der Prunksitzung in der Turnhalle auf.“

Außerdem gab „Kuno“ noch einen kurzen Zwischenbericht über die Szenerie in der Gaststätte „Hirsch“. Dort „befinden sich zur Zeit acht Gammler, die mit Gepäck ausgerüstet sind. Von einigen wurde die Frage gestellt, ob und wie sie heute Nacht übernachten können.“ Eine Einschätzung der Stimmung aus dem Volksmund lieferte der umtriebige Spitzel gleich nach. „Von Personen der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre wird zum Auftreten der Gammler zum Ausdruck gebracht, daß diese ´Freunde` den Karneval in Wasungen kaputt machen und man sich nicht mehr sicher fühlen würde.“ Aus ähnlichen Anlässen schwärmte auch „Harty“ in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in den Ort und in die Gaststätten, wo er die „negativ-dekadente“ Jugend in Augenschein nahm und anschließend zum Berichten ging.

Oberst Mangold ergreift Maßnahmen

Um beim Karneval nichts dem Zufall zu überlassen, hatte Stasi-Oberst Mangold, der Stellvertreter Operativ von der MfS-Bezirksverwaltung Suhl, Anfang Januar 1983 der örtlich zuständigen MfS-Kreisdiensstelle Meiningen einen Maßnahmeplan zugeleitet: „zur vorbeugenden Verhinderung und Bearbeitung

von Erscheinungen der politischen Untergrundtätigkeit in der Vorbereitung und Durchführung des 448. Wasunger Karnevals“ in der Zeit vom 9. bis 15. Februar.

Zum Ziel hatte der Plan die „vorbeugende Verhinderung des Mißbrauchs der Karnvalveranstaltungen durch feindliche und negative Kräfte für Provokationen, Demonstrativhandlungen, Hetze und andere öffentlichkeitswirksame Störhandlungen“. Zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sollte das MfS arbeitsteilig mit der Deutschen Volkspolizei sowie staatlichen und gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten. „Vorkommnisse, die von den Massenmedien des Gegners für Hetze und Verleumdung genutzt werden können“ sollen ausgeschaltet werden. Ein weiteres Ziel besteht in der „vorbeugenden Verhinderung von Rowdytum, Zusammenrottungen und anderen Störungen durch negativ-dekadente und kriminell gefährdete Einzelpersonen und Gruppierungen sowie der Verhinderung der Anreise derartiger Personenkreise aus anderen Kreisen und Bezirken in Zusammenarbeit mit der Abteilung XIX der Bezirksverwaltung“ des MfS und „im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei. Zu gewährleisten ist darüber hinaus die ständige Einschätzung der operativen Lage und Situation im Verantwortungsbereich durch den zielgerichteten und differenzierten Einsatz der IM/GMS“.

Für die Zeit vom 11. Bis 16. Februar wurde ein operativer Einsatzstab mit neun Hauptamtlichen Stasi-Leuten gebildet. Dieser sollte die „operativen Kräfte und Mittel zur Gewährleistung eines störungsfreien Ablaufes von Veranstaltungen und des Umzuges straff führen“. Für die „ständige Lageübersicht“ wurde eine sechsköpfige „operative Lagegruppe“ gebildet. Eine dreiköpfige „Einsatzgruppe“ kümmerte sich um die „Vorkommnisuntersuchung und Klärung von operativen Sachverhalten“. Ein sogenannter „Führungspunkt“ mit fünf Hauptamtlichen fand Unterkunft im Rat der Stadt. Dort hielt er ständige Verbindung zum Einsatzstab der MfS-Kreisdienststelle sowie zu den Stützpunkten in den Sicherungsbereichen. Operative Einsatzgruppen werden in den „Objekten Turnhalle POS Wasungen/Speisehalle POS Wasungen und in der HO-Gaststätte Paradies gebildet“. Zu diesen Sicherungsbereichen gehörten alle Gäststätten von Wasungen. Dort hatten die „Leiter der Einsatzgruppen, die Maßnahmen des Zusammenwirkens mit der Deutschen Volkspolizei und staatlichen Organen konsequent durchzusetzen“. Für die jeweiligen Veranstaltungshöhepunkte zum Beispiel dem Karnevalsumzug wurde für MfS-Mitarbeiter ein Bereitschafts- und Einsatzplan erarbeitet. Die Abteilung Nachrichten der MfS-Bezirksverwaltung hatte „operative Fernsprechleitungen von den Stützpunkten der Sicherungsbereiche zum Führungspunkt in Wasungen und von dort zum Einsatzstab“ der MfS-Kreisdienstelle Meiningen zu schalten. „Operativ-bedeutsame Handlungen, insbesondere während des Karnevalsumzuges“ wurde mit Hilfe „konspirativer Technik“, sprich Film- und Fotokameras, dokumentiert.

Das reichte offenbar nicht aus. Denn das MfS ergriff außerdem „Maßnahmen zur Aufklärung und Verhinderung der Pläne und Absichten sowie Mittel und Methoden feindlich-negativer Kräfte und der allseitigen Gewährleistung einer wirksamen operativ-vorbeugenden Arbeit“. Sein besonderes Augenmerk richtete das MfS auf Personen, die unter anderem wegen „Terror und anderer Gewaltverbrechen, politischer Untergrundtätigkeit und staatsfeindlicher Hetze, Rowdytum und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen und anonymen und pseudonymen Gewaltdrohungen vorbestraft sind bzw. bearbeitet werden“. Im Mittelpunkt standen dabei gleich acht Operative Vorgänge. Wegen der „hohen Konzentration von Jugendlichen und Jungerwachsenen“ ergriff die Stasi auch „Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze mit dem Ziel, Angriffe, Provokationen, ungesetzliche Grenzübertritte zu verhindern“.

Mit der Einleitung von „operativ-vorbeugenden Kontroll- und Bearbeitungsmaßnahmen zur Verhinderung des Auftretens und Wirksamwerdens von Demonstrativtätern, nationalistischen sowie rechts- und linksextremistischen (Originalschreibweise) Personenkreisen in Sicherungsgruppen. Schwerpunkt bilden die Antragsteller auf Übersiedlung in die BRD sowie Personen, die ihre Anträge zurückgenommen haben und als mögliche Demonstrativtäter in Erscheinung treten können. Dazu werden Maßnahmen mit der Deutschen Volkspolizei abgestimmt“. Unter besonderer Beobachtung standen auch Personen, die „Kontakte in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet unterhalten“.

Durch „zielgerichtete operative Kontrolle und Bearbeitung negativ-dekadenter Jugendlicher und Jungerwachsener des Verantwortungsbereiches“ soll erreicht werden, daß „Provokationen, Störungen, rowdyhafte Erscheinungen, Zusammenrottungen und andere öffentlichkeitswirksame Handlungen rechtzeitig“ erkannt und verhindert werden. Darüber hinaus sollen „weitere Verbindungen dieser Personenkreise in andere Kreise und Bezirke“ aufgeklärt werden.

„Vorbeugend“ gesichert wurden auch „akkreditierte Fernsehteams, Journalisten und Korrespondenten aus der BRD und dem übrigen Nichtsozialistischen Ausland“. Dabei sollte schon der Versuch erkannt werden, „gezielte Kontakte zu Bürgern des Verantwortungsbereiches herzustellen und diese für Provokationen zu mißbrauchen“. Dazu werde „vorrangig IMS Kuno eingesetzt“. Dieser habe zu gewährleisten, daß „Interviews grundsätzlich nur in seinem Beisein erfolgen“ und er „persönlich die Betreuung der Journalisten übernimmt“.

Über den „IMS `Kuno´ im Elferrat sowie IMS `Werrathal´ im Kreiskabinett für Kulturarbeit ist durchzusetzen, daß vor Erteilung der Druckgenehmigung für

Programme, Karnevalszeitungen sowie Ablaufplan für den Karnevalsumzug negativer und staatsverleumderischer Inhalt rechtzeitig erkannt und vorbeugend verhindert wird“. Weiterhin sollen diese IM dafür sorgen, daß alle am Karnevalsumzug Mitwirkenden „ihre Vorhaben zur Gestaltung des Umzuges schriftlich einreichen“ und nur „solche Personen und Gruppen am Karnevalsumzug teilnehmen, die bisher nicht negativ aufgefallen sind“.

FIM „Finkler“ war beim Umzug für den „Informationsfluß“ über „Lage und Situation“ zuständig. Für diesen Zweck standen ihm sechs IM/GMS zur Verfügung.

Andere IM/GMS sollten derweil herausfinden, wer anreisenden Karnevalbesuchern illegal Quartier gibt und wer solche Besucher aus anderen Kreisen und Bezirken eingeladen hat. „Dabei ist festzustellen, wer eingeladen wurde und wann die Einreise erfolgt.

Einige IM und GMS hatten die Aufgabe, die wichtigsten Veranstaltungen „fotodokumentarisch zu sichern“.

IMS „Kuno“ hatte nicht nur alle Büttenreden zu beschaffen, sondern auch die Listen von der Aufstellung aller Verantwortlichen für den Einlaß und Ordnungsdienst, die Namen aller Teilnehmer am Karnevalsumzug und deren konkrete Themenstellung sowie die Namen derer, die unmittelbar an den Veranstaltungen mitwirken.

In Absprache mit der Stasi hatte die Transportpolizei sich darum zu kümmern, daß auf allen drei nach Wasungen führenden Bahnstrecken verstärkt „Kontrollen zur Feststellung negativ-dekadenter und kriminell gefährdeter Personenkreise eingeleitet und diese an der Weiterreise nach Wasungen gehindert werden. Die angefallenen Personen sind zu identifizieren“. Und: „Der Bahnhof Wasungen ist während des Karnevals durch Kräfte der Transportpolizei durchgängig zu besetzen“. An den Zufahrtsstraßen sollten durch die Volkspolizei „Kontrollpunkte errichtet werden“, um eine „Anreise nach Wasungen über die Straße zu verhindern“.

„Über den Vorsitzenden des Rates des Kreises Meiningen ist die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für negativ-dekadente Personen zu veranlassen.“ Und zwar deshalb, weil dann diese Jugendlichen in dieser Unterkunft unter Kontrolle sind.

Beim Feststellen von Provokationen oder anderen Störungen hatten die IM/GMS „unter Wahrung der Konspiration“ die MfS-Kreisdienststelle Meiningen oder den Führungspunkt in Wasungen sofort zu informieren.

„Durch zielgerichteten Einsatz aller IM/GMS ist laufend der Stimmungsquerschnitt im Verantwortungsbereich zu erarbeiten“, unter besonderer Berücksichtigung operativ-interessanter Personenkreise.

„Lustiges Treiben sichtbar“

Über die Jugendlichen war die Stasi während der tollen Tage immer informiert. In einen Bericht vom 14. Februar 1983, den MfS-Hauptmann Schmidt nach den Informationen eines in den Akten der Gauck-Behörde nicht genau bezeichneten IM zusammengestellt hat, heißt es: „Die Stimmung in den Lokalitäten wie Speisehalle und Paradies hat entsprechend dem Charakter zugenommen. Es ist ein lustiges Treiben sichtbar und die Reserviertheit hat sich verloren.“ Die Anzahl der Jugendlichen habe in beiden Lokalen eine rückläufige Tendenz. Nach den Worten des IM befanden sich im „Hirsch“ 16 bis 20 Jugendliche, in der „Erholung“ ebenfalls 20 und im Unterkunftsobjekt 58 Negativ-dekadente. Aus Gesprächen mit den jungen Leuten wisse er, daß sie aus den Orten Leipzig, Freyburg und Dresden kommen, aus Berlin seien kaum noch Jugendliche anwesend. Beim Aushorchen eines jungen Mannes, den er als 28 bis 32 Jahre alt, 1,78 Meter groß und hellblond mit hellblondem Vollbart beschrieb, erfuhr der IM, wo der Jugendliche herkommt, was seine Eltern arbeiten, daß er in Eisenach studiert, sein Staatsexamen gemacht hat und ein kirchliches Amt anstrebt. Nachdem der IM Nähe zur Kirche vorgetäuscht hatte, verwickelte er den jungen Mann in ein Gespräch über die DDR-Friedensbewegung und deren Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“.
Ein paar Stunden später im „Paradies“ lauschte der IM kurz vor Mitternacht Gesprächen von Jugendlichen über einen Schlager von Udo Lindenberg, den Sonderzug nach Pankow. „Dieses Lied ist heute stark in der Diskussion vorhanden gewesen, aber immer nur in kleinen Gruppen.“ Dabei seien einzelne Textteile erläutert worden, die Melodie angesummt. „Beim Auftauchen anderer Personen verstummten die Gespräche.“ Der stellvertretende Bürgermeister von Wasungen habe ihm bestätigt, daß er diese „Problematik auch festgestellt habe“.

Im Abschlußbericht des Jahres 1983 über den „Sicherungseinsatz Wasunger Karneval“ zeigte sich die Stasi mit sich zufrieden. Die „Zielstellung“ sei erreicht worden. Während des Karnevals kam es „bei einer Teilnahme von 16000 Besuchern, darunter 600 Personen mit negativ-dekadentem Äußeren zu keinen Vorkommnissen mit staatsfeindlichem Charakter“. Besonders bewährt habe sich der zielgerichtete Einsatz von IM in Schlüsselpositionen. Dadurch sei es gelungen, negative Aussagen in den Büttenreden und den Wagenbildern „vorbeugend zu verhindern“.

Von den angereisten „Jugendlichen und Jungerwachsenen, einschließlich negativ-dekadenter, wurden insgesamt 922 namentlich identifiziert“. Davon seien 143 bereits in den Vorjahren beim Karneval gewesen, 30 in Dokumentationen erfaßt worden, 34 im Besitze einer PM 12“ (siehe Abkürzungen) „und zehn in der Liste der ZOS“ (vergleiche Abkürzungen) erfaßt gewesen. In dem vorbereiteten Unterkunftsobjekt hätten 546 Personen übernachtet. „Aufgeklärt wurden“ zahlreiche Unterkünfte bei Jugendlichen im Südthüringer Raum. „Es konnten 67 Quartiergeber namentlich identifiziert werden.“

Antreten zum Bekenntniszwang

Um eine jugendliche Clique an der Anreise zum Wasunger Karneval schon im Vorfeld zu hindern, griff die Stasi zu ihrer bekannten, die Menschen- und Grundrechte mißachtenden Kriminalisierungsstrategie. Wie sie dabei zu Werke ging, zeigt beispielsweise eine Aktennotiz aus dem „Operativen Vorgang ´Assi`“, der 1980 von der MfS-Bezirksverwaltung Suhl angelegt wurde. Da wurden dem Leiter der MfS-Bezirksverwaltung von der MfS-Abteilung XX, Arbeitsgruppe Jugend, folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

„1. Die Verdächtige“ Person „wird am 26. Februar 1981, 8.30 Uhr in das VPKA Suhl, Abteilung K durch die Abteilung XX zugeführt. Hier wird durch die Abteilung IX eine Verdächtigenbefragung zu den im OV erarbeiteten Tatbeständen durchgeführt. Schwerpunkt wird dabei auf die Klärung der Ursachen des feindlich-negativen Auftretens der“ Person „und auf die Klärung eventuell bereits getroffener Vorbereitungshandlungen gemäß § 213“ (Republikflucht) „gelegt. In Abhängigkeit von den Aussagen der Verdächtigen bzw. von Aussagen der weiteren zu Vorbeugungsgesprächen zugeführten Personen ist zu entscheiden, ob gegen die“ Person „ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, ein Strafbefehl erwirkt wird oder sie eindringlich verwarnt wird und ihr strafrechtlich Sanktionen bei Wiederholung ihrer Äußerungen im Sinne des § 220“ (Öffentliche Herabwürdigung) „angedroht werden. In diesem Fall erhält sie ebenfalls die Auflage, während des Wasunger Karnevals in Suhl zu bleiben.

2. Acht Jugendliche „werden am 26. Februar, ab 10 Uhr zu Vorbeugegesprächen in die Abteilung K zugeführt. Hierbei wird diesen Personen mit dem Ziel der Zersetzung und der Isolierung der“ X „deutlich gemacht, daß die“ X „Aussagen über ihr Vorhaben, den Wasunger Karneval zu besuchen, getätigt hat. Allen Personen wird die Auflage erteilt, den Besuch des Wasunger Karnevals 1981 zu unterlassen.“ Diese Gespräche, so der Vorschlag, sollten Mitarbeiter der Abteilung XX des MfS und eventuell der MfS-Kreisdienststelle Suhl führen.

Dazu sollten durch die MfS-Abteilung IX zwei bis drei Räume in der Abteilung K zur Verfügung gestellt werden.

„3. Zur weiteren Zersetzung und Verunsicherung wird die“ Person „ im Falle der Wiederfreilassung für den 27. und 28. Februar 1981 wieder bestellt bzw. eine Scheinwerbung realisiert.“ Und: „Wird aus den zu Vorbeugegesprächen zugeführten Personen eine weitere Person scheinbar angeworben.

4. Durch den IM `Nancy Hoffmann` wird die Reaktion der gehörten Personen auf die Maßnahmen kontrolliert.

5. In der Woche vom 2. bis 7. März 1981 wird eine Auswertung der Befragung der Verdächtigen in ihrem Arbeitskollektiv durchgeführt. Ziel: Inspirierung offensiver erzieherischer Maßnahmen im Arbeitskollektiv.“

Die psycho-terroristische Maßnahme hatte offenbar Erfolg. Der Aktennotiz angeheftet sind handschriftliche Erklärungen von Jugendlichen, die sich verpflichten nicht zum Wasunger Karneval zu gehen.

Dies ist ein Beispiel in den entsprechenden Akten der Abteilungen XX und VII sowie der berüchtigten Abteilung K 1 der Kriminalpolizei wie sie etwa Anfang der 70er Jahre zu sogenannten negativen, negativ-dekadenten, feindlich-negativen Jugendlichen und Jungerwachsenen angelegt wurden.

Zeitzeugen erinnern sich

„Kein Sozialist, aber staatsloyal“

Gespräch (vom Januar 1998) mit Gustav Reichardt, Jahrgang 1925. Reichardt war von 1951 bis 1991 verantwortlich für die Programme des WCC: Regie, Dramaturgie, Inhalt der Beiträge und die Karnevalszeitung. Er studierte Philosophie, Deutsch, Geschichte und Erdkunde, später Astronomie in Regensburg und Erlangen. Anschließend war er Lehrer und Walldorf, später in Wasungen bis zu seiner Pensionierung 1990.

„Ich war kein Sozialist, aber staatsloyal. Ich war ja Angestellter des Staates. Dieser Staat bot Sicherheit und Ordnung. Und er versprach, keinen Krieg zu beginnen. Ich war als ehemaliger Soldat der Wehrmacht, der schwer verwundet worden war, strikt gegen den Krieg. Ich lese zur Zeit Jürgen Kuczinski und bin

mit ihm der Meinung, daß dies noch nicht das letzte Stadium des Kapitalismus ist. So wie jetzt kann es aber nicht weitergehen mit der weltweiten Ungerechtigkeit zwischen arm und reich. Die Marktwirtschaft ist der Planwirtschaft aber eindeutig überlegen. Ich war LDPD-Mitglied. Ich war immer für die Freiheit.

Beim Karneval konnte man normalerweise alles glossieren: Ärger mit der Nachbarschaft, kleinen Klimbim, was wirtschaftlich nicht funktionierte, wenn´s keine Bananen gab, auch kommunalpolitisch, Straßenumbau, Schwimmbadbau (das gibt es ja bis heute noch nicht). Unsere Oberen waren aber immer sehr feinfühlig. Wir waren gewissermaßen ein feinfühliges Organ, auf das die Oberen geachtet haben, ein Seismograph. Die haben nichts so sehr gefürchtet, wie lächerlich gemacht zu werden. Da haben sie sauer regiert. Die Schwierigkeit für die Stasi-Fritzen war, herauszufinden, welche Leute dem Staat gegenüber feindlich gesonnen waren und welche etwas Positives bewegen wollten.

Sollte man unter diesen Bedingungen nun besser aufhören und Schluß machen? Oder das Brauchtum fortführen? Das hat mit Anpassung überhaupt nichts zu tun. Mir war es besonders wichtig, das Brauchtum zu bewahren. Unter diesem Gesichtspunkt mußten wir uns anpassen. Gleichzeitig haben wir versucht, kritisch einzuwirken auf die Gesellschaft.

Wir wußten natürlich, daß das System daran schuld war. Zum Beispiel: Warum gibt es keine Strümpfe? Antwort: Weil die Strumpffabrik abgebrannt ist (und nicht, weil die Planwirtschaft zu wenig Strümpfe hergestellt hat, wie jeder wußte).

Die Wasunger Karnevalszeitung war neben dem Eulenspiegel, der hieß damals noch ´frischer Wind´, die einzige humorvolle Zeitschrift, die 1950 genehmigt wurde. In der Frühphase der DDR war das einzigartig.

Mitte der 80er Jahre hat das Leitungsgremium des WCC, Wilhelm Kämpf, Frau Kämpf, Heinrich Wey und Heiner Kämpf, geschlossen aufgehört. Warum? Das weiß ich nicht. Als die alles hingeschmissen haben, war die Fortführung bedroht, und das in einer Zeit, in der man hätte zusammenstehen müssen. Das war eine Bedrohung der Existenz des Wasunger Karnevals.

In dieser Zeit hat die staatliche Leitung gemerkt, daß der Karneval nicht aufzuhalten war. Also haben sie damals beschlossen, ihn unter staatliche Fittiche zu nehmen. 1986 wurde dazu ein Gesetzblatt veröffentlicht und die Arbeit der Karnevalsgesellschaften offiziell anerkannt. Die praktische Konsequenz: Der Staat setzt sich ein, um den Karneval zu fördern; und damit verbunden war eine staatliche Leitungstätigkeit – ausgeübt vom Bürgermeister Manfred Koch. Das

heißt der Rat der Stadt hat uns viel Arbeit abgenommen. Da brauchten wir uns nicht um Straßensperren zu kümmern. Bei der Gestaltung des Karnevals haben wir keinen Bewegungsspielraum eingebüßt, da waren wir genauso frei und unfrei wie vorher. In einer überregionalen Westzeitung wurde damals kommentiert, jetzt wird auch der Karneval gleichgeschaltet.

Das Schlimme ist, daß dieses Spitzelsystem alles durchdrungen hat und jeder als potentieller Feind galt.

Grundsätzlich galt: Keine Schweinereien, nichts gegen die Staatsregierung und die Privatsphäre mußte gewahrt bleiben. Alles andere konnte man glossieren. Die Büttenreden wurden in Wasungen von einem Gremium überprüft von einem Gremium (Elferrat, wechselndes Personal, ich war immer dabei). Nach dieser Kontrolle gab es eine Generalprobe. Dabei war der Abteilungsleiter Kultur vom Rat des Kreises und als Vertreter der Stasi, Winfried Bohn. Die haben das Programm angeschaut und haben es beurteilt.

Man hat versucht, die bei der Generalprobe auszutricksen und doch wieder was Kritisches auf die Bühne zu bringen.

Die Karnevalszeitung wurde in sechs-wöchiger Prozedur genehmigt. Da lief das Manuskript folgendermaßen: Bürgermeister Wasungen und Ortsparteileitung, dann zum Rat des Kreises, Abteilung Kultur, und SED-Kreisleitung, dann ging es nach Suhl zur SED-Bezirksleitung. Dann mußten wir in Suhl antanzen und das Ding holen. Wenn es dann zurückkam, konnte man das drucken.

Gestrichen wurden zum Beispiel oft läppische Dinge: ein VEB-Betrieb hatte Fahrzeugteile in die Landschaft geworfen. Wir haben das geschrieben, das durfte nicht sein. Gestrichen wurde auch: Grüß Dich Gott Frau Stirnema, endlich sind die Schwizer da. Wieso? Das weiß ich nicht. Das sind unerschlossene Gründe. Heut´ lacht man drüber. Damals war es bitter Ernst.

Der Kuno Hofmann war ein lustiger Typ. Der hat gerne gelacht und war immer korrekt in seinem Verhalten, nicht so von hinten herum. Der hat einem gesagt, was er gedacht hat. Er hat als Präsident 1985 aufgehört, weil er gebaut hat, da hatte er Zeitprobleme wegen seiner Verpflichtungen im Betrieb. Er war ein guter Präsident.

Etwa 1987 haben die Jugendlichen Glasscherben auf die Straßen gestreut und die Hundestaffeln haben sich die Pfoten aufgeschnitten. Die Jugendlichen hatten keine Angst vor den Hunden und haben sich niedergekniet: Ach Du bist ein gutes Hundchen. Die Polizei war sehr zurückhaltend. Die haben dann ihre Sachen auch durchgeführt. Die haben die Jugendlichen etwa vor dem Hirsch

eingeladen, zwangsweise verladen. Einmal fluchte Hartwig Köhler: Jetzt haben sie meinen Schwiegersohn eingeladen. Der stand beim Hirsch, wollte tanzen. Da haben sie ihn gleich aufgeladen.

Die Jugendlichen kamen in den 80er Jahren verstärkt. Die Leute hatten zum Teil Angst wegen ihres Aussehens: lange Haare, riesige Bärte, grüne Kutten. Die hießen bloß die Grünen. Die sind in bewohnte und unbewohnte Häuser eingedrungen. Die hatten ja keine Übernachtungsmöglichkeiten.

Wir wollten in Ruhe Karneval feiern. Die wurden nicht als Karnevalisten betrachtet, sondern als Fremdkörper. Der Karnevalverein hat davon nicht profitiert, nur die Gastronomen haben riesige Umsätze gemacht.

In den 80er Jahren kamen immer mehr Jugendliche. Die Polizei und die Stasi hat das nicht in den Griff gekriegt.

MfS und Polizei arbeiteten Hand in Hand

Unterhaltung mit einem alten Karnevalisten, der in den 80er Jahren mit der Zensur in Konflikt geriet und danach dem Rückzug antrat. Der Name wird auf Wunsch nicht genannt.

„Kurz vor Beginn des Umzugs hat eine Kontrolle der Plakatierung und Beschilderung stattgefunden. So daß es oft passiert ist, daß noch Schilder kurz vor dem Umzug entfernt werden mußten. Ich habe das selbst ein paar mal erlebt, daß dann Umzugsgruppen gar nicht mitgelaufen sind, weil sie so verärgert waren. Veranlaßt wurde das durch eine Umzugsjury bestehend aus Vertretern der Parteileitung, dem Bürgermeister und einem Vertreter des Rates des Kreises Abteilung Kultur. Die begutachteten die Wagen und haben festgelegt, ob so gefahren werden kann oder nicht.

Es gab von Partei und Regierung eine Auflage, daß der Arbeiteranteil im Elferrat in einer Größenordnung zu bestehen hat. Das heißt, es sollten vorwiegend Genossen im Elferrat tätig sein. In der Leitung sah es etwas anders aus. Die bestand aus vier Personen, und da war nur der Präsident Genosse, die anderen waren in den Blockparteien oder parteilos.
Alle Mitwirkenden, die an einem Programm aktiv teilnehmen wollten, waren verpflichtet, ihre Beiträge abzugeben – zur Sichtung, um nicht das häßliche Wort Zensur zu sagen. Die Beiträge wurden bei dem Verantwortlichen oder dem Präsidenten abgeben und der mußte sie dann dem Bürgermeister übergeben. Beim Rat der Stadt gab es ein Gremium, das die Beiträge gesichtet hat. Zu dem

Gremium gehörte: der Parteisekretär, der Bürgermeister, jemand vom Rat des Kreises plus einigen Hinzugezogenen, die aus unterschiedlichen Funktionen kam. Das Gremium hat darüber entschieden, was geändert werden mußte und was nicht. Dem entsprechend wurden die Beiträge geändert oder ganz gestrichen. Herausgenommen wurden schädigende Beiträge. Mir hat man einmal vorgeworfen, ich würde Nestbeschmutzung betreiben. Ich habe damals einige Dinge kritisiert. Der Beitrag ist voll und ganz verschwunden.

1987 war ich Saalverantwortlicher. Da hatte ich die Säle zum Feierabend zu kontrollieren, daß überall geschlossen war. Da hat mir ein hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS gesagt, daß man mich schon längst hätte abservieren sollen, aber aufgrund meines großen Einsatzes für den Karneval hätte man mich verschont. Aber daß es so nicht weitergehen kann. Und wenn ich mich den Dingen nicht fügen würde, bringt er mich dorthin, wo ich hingehöre. Ich hatte damals Äußerungen getan, die nicht im Sinne von Partei und Regierung waren.

Im Amtshof saß für die gesamte Zeit des Karnevals der Einsatzstab, die Sicherheitskräfte. In einem Gebäude waren alle zusammen: MfS und Polizei einschließlich der Hundestaffeln. Etwa 30 Leute waren dort ständig präsent. Weitere Staffeln und Hundertschaften lagen im Dachpappenwerk, in der Schule und im Metallwerk. Die hat niemand gesehen, aber die waren da. Denn die haben befürchtet, daß es zu politischen Ausschreitungen kommen könnte. Einmal wurde von den Jugendlichen ein Haus besetzt, die haben auf dem Dach gesessen. Die Polizei hat dann das Haus geräumt und hat sie abtransportiert.

Die Jugendlichen waren mit grünen Kutten gekleidet. Die meisten haben sich auch noch geschminkt. So konnte man sie schwer identifizieren. Die sahen alle gleich aus. Das war schon eine Machtdemonstration.

Die Zugereisten unter den jungen Leuten haben sich sehr diszipliniert benommen und sind gekommen, um sich den Zug anzusehen. Die Jugendlichen aus dem Umfeld von Wasungen haben eher zu Randale geneigt. Es gab fast keine einheimischen Jugendlichen beim Karneval. Die haben fast alle beim Zug mitgemacht. Typisch waren die Alkoholexzesse, aber die gab es auch bei den normalen Narren. Was typisch war, war daß es unheimlich viele Scherben gab. Aber das hatte einen Grund. Ich kann mich daran erinnern, daß die ganzen Hundestaffeln eingezogen wurden, weil sich die Hunde die Pfoten aufgeschnitten hatten. Da lag alles voller Scherben auf der Straße. Es ist unheimlich viel Glas zerschmissen worden.
Die Haltung zu den Jugendlichen war unterschiedlich. Als aktiver Karnevalist muß ich sagen: ein Umzug lebt von der Resonanz. Und der Umzug lebt auch davon, daß Leute am Rande steh‘n. Den Menschen ist suggeriert worden, daß die Jugendlichen zum Randalieren kommen. Aber das war nur eine Minderheit.

Die Majorität kam hierher, um zu feiern. Ich sehe es als was Positives an, was die jungen Leute gemacht haben. Die haben dazu beigetragen, an dem Regime Kritik zu üben, ohne daß sie gefaßt wurden, weil sie in der anonymen Masse untergegangen sind. Wenn einmal was Kritisches beim Umzug passiert ist oder gezeigt wurde, haben sie besonders heftig geklatscht oder gejohlt.

Man muß davon ausgehen, daß sich der Verein finanzieren muß. Hat man viele Besucher, hat man viele Einnahmen. Die Jugendlichen waren ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Die paar negativen Tendenzen, die hochgespielt wurden, gibt es überall. Die meisten dieser jungen Leute haben sich wie normale Menschen benommen. Ich sehe das als echte Bereicherung für den Karneval an, zur damaligen Zeit auf alle Fälle.

Meiner Meinung nach haben MfS und Partei dem Karneval nicht geschadet. Im Gegenteil: Es war für jeden ein persönliches Erlebnis einmal in Wasungen zu sein. Für viele Jugendliche war es ein Aushängeschild in Wasungen gewesen zu sein. Die anderen wollten das doch auch mal erleben, gefangen zu werden oder abgeschoben zu werden. Es gab Leute, die sich rühmten, mehrmals durchgekommen zu sein.

Jeder Karnevalist hat gewußt, daß er zensiert wird. Jeder, der es trotzdem geschafft hat, einen politischen Lacher zu bringen, hatte doch sofort einen Bonus. Heute, da man alles sagen kann, ist es weit schwieriger etwas zu bringen.

Ein Schlitzohr blickt zurück

Gespräch mit Heinrich Wey, der als „Ricke“ einen nahezu legendären Ruf genoß, mit der Staatsmacht in Konflikt geriet, seine Ämter niederlegte und ein Herz für „negativ-dekadente“ Jugendliche hatte. Das Gespräch fand Anfang 1998 statt, damals war Wey 56 Jahre alt.

„Ich bin ein alter Karnevalist kann man sagen. Bis 1986 war ich auf der Bühne gewesen, von 1963 an. Ich war 23 Jahre lang Büttenredner und zwölf Jahre lang stellvertretender Präsident des WCC, Präsident war damals Kuno Hofmann. Die Büttenreden habe ich selbst verfaßt. Darüber hinaus habe ich aktiv am Umzug teilgenommen, habe eigene Wagen gestaltet.
An die Gepflogenheiten eines Büttenredners von damals kann ich mich noch gut erinnern. Man mußte drei bis vier Wochen vor dem Auftritt die Büttenreden abgegeben haben. Im Rathaus war damals ein Gremium bestehend aus dem Bürgermeister (Manfred Koch), dem Parteisekretär, einem bis zwei Vertretern der Abteilung Kultur vom Rat des Kreises in Meiningen. Auch der Kuno

Hofmann war immer dabei. Unsere Büttenreden haben wir dort zunächst abgegeben. Wichtig war, daß das pünktlich geschah, weil noch andere Gremien die noch mal zerlegt haben. Welche Gremien das waren, weiß ich nicht. Nach einer gewissen Zeit sind die Reden dann wieder zurückgekommen. Wir haben darauf gedrängt, daß das möglichst schnell geschieht, damit man noch ein paar Tage Zeit hatte zum umarbeiten. Die Zensur hat auch Vorschläge gemacht wie man das umzuschreiben hat.
Klar war, daß man die Regierung der DDR auf gar keinen Fall lächerlich machen durfte. Man durfte nur ganz eingeschränkt wirtschaftliche Probleme ansprechen von denen es ja damals sehr viele gab. Was man erwähnen durfte war harmlos, zum Beispiel, daß es keinen Kaffee gab oder dieses oder jenes.
Es war so, daß die sich in ihren SED-Heimen manchen frecheren Witz erzählt haben, als ich ihn auf die Bühne bringen durfte.
Wenn die Büttenreden zurückkamen, wurde man in der Regel einzeln bestellt und dann wurde gesagt, das geht nicht und dieses geht nicht. Die anderen Redner sprachen fast keine politischen Dinge an und die kamen auch glimpflich weg. Ich war damals fast der einzige der sich an politische Themen herangewagt hat. Die anderen haben halt mehr was aus dem Ort gebracht oder allgemeine Dinge angeschnitten. Ein Freund von mir, ein Fleischermeister hat auch noch politische Probleme gebracht wie ich, später hat er aber deshalb aufgehört. Außer uns hat sonst fast niemand politische Themen angefaßt.
Wegen der Zensur habe ich mir eine politische Strategie zurecht gelegt. Ich wußte, daß die mich von der Bühne nicht ganz verschwinden lassen können, weil darauf ja alles immer gewartet hatte. Denn das hätte ja Unruhe geschürt. Die haben ja auch ein Ventil gehabt durch mich. Das war schon so gewollt.
Natürlich war ich ärgerlich, daß mich immer wieder hinsetzen mußte und die Büttenrede überarbeiten. Die Änderungen wurden genau abgesprochen. Daran habe ich mich weitestgehend gehalten. Denn hätte ich das nicht getan, wäre das mein letzter Auftritt gewesen.

Eine Journalistin aus dem Westen, die von mir begeistert war, fragte einmal: Werden denn Ihre Büttenreden zensiert? Ich wußte natürlich, daß die auch diese Kölner Zeitung in die Finger bekommen, für die die Journalistin schrieb und dachte, was sagst Du nun? Ich antwortetet, nein, wir werden nicht zensiert. Die Journalistin zitierte das und schrieb darunter: Das war sein bester Witz des Tages.

Auf der Bühne habe ich manchmal Späße eingeflochten. Ich hatte Westverwandtschaft zu Besuch und der ganze Saal brüllte Zugabe! Zugabe! Ich sah in den Saal. Ganz vorne saß die politische Prominenz, bisweilen auch der SED-Bezirkschef Hans Albrecht. Die haben so ungefähr 30 Plätze belegt.

Ich fing so an: Da hinten sitzt mein Cousin Hans Georg Enzian aus Paderborn. Der hat mich heute abend gefragt, wie ist das denn bei euch mit der politischen Zensur. Dürft ihr denn alles sagen, was Ihr wollt. Bei uns zum Beispiel in Köln kann man sagen, daß Strauß ein Depp ist und daß der Kohl ein Blindgänger ist, und da passiert mir überhaupt nichts. Wie ist das denn bei euch? rief ich in den Saal und ich merkte, wie die da vorne unruhig wurden (insgesamt waren etwa 1000 Menschen da). – Da habe ich zu meinem Cousin gesagt: Ja bei uns ist es ähnlich. Da kann da unten das halbe Zentralkomitee sitzen – und da rutschten die schon wieder unruhig herum – und da hat keiner was dagegen, wenn ich den Strauß einen Depp und den Kohl einen Blindgänger nenne.
Da hatte ich die Lacher wieder auf meiner Seite. Die Leute wußten, was ich sagen wollte, und die konnten mir nichts anhaben.

In dieser Zeit haben wir regelmäßig den Lügensack gekürt, den größten Aufschneider des Ortes. 1986 war ich der Initiator der Veranstaltung, insgesamt waren wir so ungefähr 20. Etwa vier Wochen nach dem Ende der tollen Tage habe ich zu der Veranstaltung eingeladen.

Ich war in der Agrargesellschaft Herpf beschäftigt und habe in Melkers in meinem Büro gesessen und einen Anruf bekommen von der Polizei: Ich dürfte den Raum nicht verlassen. Es würde heute noch geprüft, was mit mir geschieht, welche Konsequenzen das hat. Natürlich habe ich da das Flattern bekommen. Ich saß dann einige Stunden allein. Dann wurde mir gesagt, wenn ich sofort eine Stellungnahme abgebe, dann wäre die Sache vorerst aufgehoben und ich könnte nach Hause gehen. Ich saß da mit zitternden Händen und habe eine Stellungnahme geschrieben.

Die Stellungnahmen wurde dann noch am selben Abend von Mitarbeitern der SED-Kreisleitung abgeholt. Ich durfte wieder heim. Dann mußte ich zum WCC-Präsident Hartwig Köhler, zum Rat der Stadt, zur Polizei. Und jeder hatte diese Einladung vor sich liegen und fragte: Wie kommen Sie dazu ... ? Das Verhör bei der Polizei dauerte zwei Stunden. Als Mitglied der Bauernpartei wurde ich auch dort eingeladen und habe noch einmal die richtige Richtung gezeigt bekommen. Mein Chef Dr. Winter wurde später noch zur SED-Kreisleitung bestellt. Wie er mir berichtete, habe er gesagt, hört doch mal auf mit dem Unsinn. Und zu mir sagte er: Du bist doch ein Schlitzohr, Du weißt doch genau, was Du geschrieben hast. Aber er hat doch versucht, mich rauszuhauen.

Danach bin ich sozusagen unter Protest aus dem Karneval ausgeschieden. Das hat sich schon lange zusammengebraut. Je ohnmächtiger der Staat wurde, umso gereizter hat er reagiert. Die waren schon am Ende und das wußte sie. Deshalb habe sie so überzogen reagiert.

Beim Wagenbauen ging es mitunter so zu: Wir haben zwei Wagen gehabt und zwar hintereinander. Zu sehen war eine Oma allein auf einem Riesenwagen und guckte die ´Aktuelle Kamera`, dahinter war ein Wagen mit sehr viel Publikum und das guckte die ´Biene Maja`. Wie die Wagen gestaltet wurden, war allerdings noch nicht in die SED-Kreise eingedrungen, und die waren ja schon sehr ängstlich, wenn schon ein bißchen was war. Mittags bekam ich dann vom SED-Parteisekretär einen Anruf. Ich sollte doch den Wagen stoppen. Der würde doch bei mir gebaut und das Fahrzeug, das den Wagen zieht, wäre doch ein LPG-Fahrzeug, das nicht genehmigt wäre. Man wollte den Leuten nicht deutlich sagen, ihr dürft nicht fahren. Aber wir entziehen den Traktor, weil er nicht ordnungsgemäß beantragt worden ist. Da habe ich gesagt, das mache ich nicht, schließlich habe ich das den Jungs versprochen. Da bekam der LPG-Vorsitzende Dr. Winter einen Anruf, er solle sofort nach Wasungen und den Wagen herausholen. Dr. Winter ist dann auch erschienen, der fand das genauso lächerlich wie wir. Und wir hatten unsere Leute schon entsprechend instruiert. Dr. Winter wurde nun von den Verantwortlichen überall hingeschickt, nur nicht zu dem bestimmten Wagen und der ist dann letzten Ende auch gelaufen.

Lügenordenverleihung zum XI. Parteitag

Aus Anlaß der Lügenordenverleihung kam es Ende März 1986 zum Eklat. „Ricke“, Heinrich Wey, hatte eine Einladung mit folgendem Wortlaut verfaßt:

„Am Sonnabend, dem 22. März, 1986 findet auf der Maienluft ab 19.30 Uhr für alle Lügensäcke mit Ehepartner (aus Platzmangel bitte nur die eigene Frau mitbringen), ein gemütliches Beisammensein statt. Dazu lade ich Dich herzlichst ein. Mitzubringen sind außer guter Laune noch die letzten größeren Lügen. Da diese Feier gleichzeitig Auftakt für die neue Saison ist und unmittelbar vor dem XI. Parteitag stattfindet, bitten wir darum, daß jeder einzelne v o l l z ä h l i g (Gesperrt im Original, der Verf.) erscheint.“ Unterzeichnet mit „Ricke“, Vorsitzender der Lügensackgewerkschaft.

Die SED-Oberen, die davon erfahren hatten, haben den mehrdeutigen Text offenbar so verstanden wie er gemeint war. Sie reagierten hart. Heinrich Wey erhielt einen Anruf. Er mußte Stellung nehmen. Schlitzohrig formulierte er: „Ich muß mein Unverständnis darüber äußern, daß Sie in meine gutgemeinte Formulierung etwas hineinlegen, was von mir auf keinen Fall beabsichtigt war. (...) In einer kurzen Ansprach war geplant, auf die nicht nur weltpolitische, sondern auch auf die kulturpolitische Bedeutung des XI. Parteitages einzugehen. (...) Diese geforderte Stellungnahme betrachte ich als eine Mißachtung meiner bisher auf dem Gebiet der Kultur (Karnevalsgestaltung) geleisteten gesellschaftlichen Tätigkeit. Diese Mißachtung drückt sich auch darin aus, daß

ich in den beiden vergangenen Jahren betreffs meiner Büttenreden mit dem örtlichen Organ Schwierigkeiten bekam. (...) Schlußfolgernd mache ich darauf aufmerksam, daß ich ab sofort meine ehrenamtliche gesellschaftliche Tätigkeit als Verantwortlicher für die Veranstaltungen beim Wasunger Karneval sowohl als Büttenredner und Initiator der Veranstaltung „Lügensack“ hiermit niederlege.“

„Die Freiheit ist rübergeschwappt“

Heinrich Wey: „Die vielen Jugendlichen kamen seit Mitte der 70er Jahre zum Wasunger Karneval. Die haben irgendwo ein Ventil gesucht, weil die Freiheit auch rübergeschwappt ist aus dem Westfernsehen. Die Jugendlichen haben sich gegängelt und bevormundet gefühlt. Die wußten ja, daß sie nicht gern gesehen sind. Das drückt sich in diesem SED-Jargon aus, der Bezeichnung ´negativ-dekadent´.

In einer Nacht hat die Volkspolizei 75 Jugendliche aufgeladen und weggefahren. Die haben meine Scheune leergemacht. Das war Ende der 70er Jahre. Die Jugendlichen lagen da im Heu und ich habe denen warmes Wasser gemacht. Um einen Vorwand für ihre Aktion zu haben, hat die Polizei den Spieß umgedreht. Sie wären auf einem Privatgrundstück hat die Polizei zu den Jugendlichen gesagt. Ich mußte dann in den Amtshof, wo die Sicherheitskräfte ihr Hauptquartier hatten. Dort wurde ich gefragt, wie ich dazu käme, so vielen Leuten Quartier zu geben und mußte eine Stellungnahme abgeben. Dazu muß man wissen, wer von den Jugendlichen ein Quartier nachweisen konnte, durfte nach Wasungen einreisen. Die Jugendlichen haben mich dann angeschrieben und darum gebeten, ihnen Einladungen zu schicken.

Einmal Anfang der 80er Jahre, so gegen halb vier Uhr morgens, war Hundegekläff auf meinen Hof zu hören. Als ich rausschaue, kommt ein Lastwagen rückwärts in die Einfahrt runtergefahren, links und rechts steht ein Polizist mit Hund. Und von hinten wurde die Scheune umstellt, von Polizisten mit Hunden. Dann gingen vielleicht sechs oder sieben Polizisten in die Scheune. Die Jugendlichen haben friedlich geschlafen. Die wurden dann runtergetrieben wie Vieh. Wenn ich zum Schlachthof Schweine geliefert habe, dann bin ich besser mit denen umgegangen als die Polizei mit den Jugendlichen. Die haben draufgeschlagen. Ein Mädchen sagte: Warum schlagen Sie mich? Ich habe Ihnen doch gar nichts getan. Darauf erhielt sie die Antwort. Halten Sie die Schnauze, sonst kriegen Sie noch eine drauf. Einige sagten, ein Staat, der so mit seiner Jugend umgeht, der kann sich nicht ewig halten, den gibt´s nicht mehr lange. So ist es dann ja auch gekommen.

Die Jugendlichen sahen nicht so aus wie die Jugendlichen, die in das von der SED erwünschte Bild gepaßt haben. Die hatten aus Protest lange Haare, zerfetzte Jeans und Parkas. Schlägereien und Dreschereien gab es fast gar nicht. Und nur wenige tranken bewußt bis zum Umfallen. Nur einige wenigen haben störend auf den Karneval gewirkt oder wollten etwas kaputt machen.

Was nun nicht schön war, daß sie sich haben total vollaufen lassen – die meisten. Die HO hat das auch mitgemacht. Die sind dann irgendwann umgefallen, in die Scherben. Da hatten die Ärzte zu tun. Die, die bei mir waren, die waren ordentlich, über die kann ich mich nicht beschweren.

Mit wem hatte die Stasi, wenn sie sich ihr Urteil bildete, eigentlich Kontakt? Mit ihresgleichen wie mit der SED. Auch ein Kuno Hofmann hat gesagt, wenn die Jugendlichen nicht mehr kommen, dann ist der Wasunger Karneval nicht mehr halb so lukrativ. Allein für die sogenannte Suppenschüssel, die ja dann abgebrannt ist, haben wir 1200 Eintrittskarten verkauft, und an die Jugendlichen im `Paradies´ etwa 1400 Karten. Die haben uns finanziell wahnsinnig viel gebracht. Das hat der Kuno auch immer gesagt. Wir müssen mit denen leben. Die HO hat den Jugendlichen einen Schweinestall vorgesetzt und dann haben die sich auch benommen wie die Schweine. Das war auch die Meinung von Kuno Hofmann. Wir haben uns mit der HO auseinandergesetzt und haben gesagt, dann stellt doch ein paar Stühle rein.

Viele von den Jugendlichen, die in Wasungen ankamen, waren hungrig und erschöpft. Die haben den ganzen Tag auf der Bahn gelegen. Dann sind sie gekommen und haben gesoffen und wußten nicht, wo sie schlafen sollen. Und dann haben sie irgendwo in der Ecke gelegen. Die konnten sich nicht setzen. Irgendwann sind sie halt umgefallen oder sie haben sich einfach hingesetzt auf den Boden, weil die HO gar keine Vorsorge getroffen hat, daß mal eine Bank dagewesen wäre oder so was. Die von der HO haben das Ding ausgeräumt und sich gesagt, wenn die auch so stehn, dann kriegen wir noch mehr rein und wir bekommen noch mehr Umsatz.

Einige von den Jugendlichen waren damals noch Studenten und wurden später zum Beispiel Tierärzte. Einig haben schon viel kaputt gemacht. Die sind wirklich negativ aufgefallen. Da gab es Bevölkerungsschichten, die gesagt haben, wie schön war es früher als die noch nicht da waren. Die hatten aber auch wenig mit der wirtschaftlichen Seite zu tun. Zu einem Polizisten habe ich gesagt, ich habe keine Probleme mit den Leuten, das sind meine Gäste. Darauf erwiderte der: So viele Gäste kann man doch nicht haben.

„Keine Macht für niemand“

Gespräch mit Hans Pfaff (Name geändert). Pfaff, Jahrgang 1963, lebt bei Untermaßfeld. Er gehörte in den 80er Jahren zu den sogenannten negativ-dekadenten Jugendlichen, die beim Karneval ins Visier der Stasi geraten waren. Zu DDR-Zeiten war er Erzieher, heute arbeitet der Familienvater als Korbflechter.

„Ich hatte damals so einen Spruch auf meiner Jacke: `Keine Macht für niemand`, und ich hatte einen Fotoapparat, was verdächtig war. Einmal habe ich so getan, als ob ich den Sitz des Sicherheitsstabs fotografiere. Zwei Vopos liefen mir vor die Kamera und haben spaßig posiert. Plötzlich kam von hinten die Aufforderung von einem Mann in Zivil, sicher von der Stasi, mich zu greifen. `Bringen Sie den Mann her`, befahl er. Und die beiden Polizisten führten mich ab, sozusagen in die Wartehalle im Amtshof, wo schon mehrere saßen und auf ihre Vernehmung warteten. Der Fotoapparat wurde mir in dem Moment, in dem die mich gegriffen hatten, gleich weggenommen. Das Warten auf die Vernehmung hat sich länger hingezogen. Der Umzug war jedenfalls danach vorbei, von dem habe ich nichts mehr mitgekriegt. Bei der Vernehmung haben die wissen wollen, wer mich aufgefordert hat, diese Jacke zu tragen und ob ich von dem Spruch überzeugt bin, ob ich den Staat umstürzen will mit meiner politischen Überzeugung und so weiter. Dann haben sie die Personalien aufgenommen. Sie wollten wissen, wer ich bin, wo ich arbeite, was ich mache. Aber das wichtigste war die Frage, wer mich aufgefordert hat, zu fotografieren. Die wollten wissen, ob nun der Westen dahinter steckt und ob das was mit Spionage zu tun hat. Die konnten das nicht verstehen, daß das ganze nur spaßeshalber passiert war. Nach zwei bis drei Stunden bin ich dann entlassen worden, mit der Aufforderung, die Jacke beiseite zu schaffen. Den Film haben sie aus dem Fotoapparat auch noch rausgeholt. Nach dem Ganzen war ich nicht mehr ganz so gut drauf. Das war schon ganz schön unangenehm. Schwierigkeiten am Arbeitsplatz hatte ich nicht, ich habe ja nicht studiert oder so was.

Dem DDR-Staat stand ich ablehnend gegenüber wie ich schon auf der Jacke geschrieben habe. Was die Jugendlichen, die nach Wasungen kamen verbunden hat, war nicht unbedingt politisch. Das war mehr das Gefühl der persönlichen Freiheit, die Festivalatmosphäre, die dort herrschte. Das war ja etwas, was es überhaupt nicht gab, in der ganzen DDR nicht. Festivalmäßig konnte man nirgendwo hingehen. Beim Karneval war fast ganz Wasungen voll mit Langhaarigen. 90 Prozent hatten lange Haare, schulterlang oder länger.

Seit Anfang der 80er Jahre bin ich da jedes Jahr wieder hingefahren. Überall gab es Kontrollen. Kontrolliert wurden die Autos und die Züge. Da ging die

Bahnpolizei durch und hat die mit langen Haaren abkassiert und aussteigen lassen. Einmal bin ich mit einem Bekannten von Leipzig aus runtergefahren. Da hat die Bahnpolizei meinen Ausweis kontrolliert – ich hatte ja den Wohnsitz hier unten – und den Ausweis von meinem Kumpel aus Chemnitz. Den hat der Polizist dann gefragt, was er hier unten will und wo er schläft. Er mußte nun genau sagen, hier bei diesem Mann. Ich saß gegenüber. Und der Polizist wollte es trotzdem genau wissen, ob das auch stimmt. Wenn man den Beginn der 80er Jahre mit dem Ende der 80er Jahre vergleicht, dann kann man trotzdem sagen, das sind immer mehr Jugendliche geworden – trotz der Kontrollen. Die Staatsmacht hat ihr Ziel, der Zurückdrängung der Jugendlichen letztendlich nicht erreicht, weil da nichts passiert ist, wenn man abgefangen wurde. Die Leute haben sich keine großen Gedanken gemacht. Das war eher ein bißchen Abenteuer. Nach dem Motto: Wie komme ich da durch."

„Mal die Sau raus lassen und so"

Peter Müller (Name geändert) , negativ-dekadenter Jugendlicher. Müller, Jahrgang 1962, war in den Jahren, in denen er zum Karneval nach Wasungen fuhr, Lehrling in der Landwirtschaft in Barchfeld. Er stammt aus Pfersdorf bei Vacha: „Aus einem SED-Elternhaus, mein Vater war Lehrer und Mitglied der SED." Später studierte Müller Tiermedizin. Seit seiner Republikflucht 1988 lebt er als Tierarzt in Osthessen.

„Ich in von 1978 bis 90/91 nach Wasungen zum Karneval gefahren – außer 1982, und 1989 war ich nicht da, weil ich 1988 abgehauen bin. Früher war der Karneval so. Da sind wir dienstags hingefahren und mittwochs wieder heimgefahren, später bin ich donnerstags hingefahren und dienstags wieder heimgefahren. Nach Wasungen sind wir gekommen, weil dort Gruppen gespielt haben, `Mex´ zum Beispiel. Ich bin auch zum Karneval gegangen. Da bin ich durch den Heinrich (gemeint ist Heinrich Wey) hingekommen. Ich habe mir immer das Büttenprogramm angeschaut. Ich bin aber nicht wegen diesem Programm da hingegangen, sondern um mal die Sau rauszulassen oder so. Man hat eben auf Etikette keine Rücksicht genommen. Am Anfang haben wir irgendwo im Hausflur übernachtet, später bin ich dann nach Breitungen zu einem Freund gefahren, habe dort ein paar Stunden geschlafen und bin dann mit dem Zug wieder zurückgefahren. Da waren oft so zehn bis 15 Leute zusammen.

Mit der Stasi und der Volkspolizei gab es Probleme ohne Ende. Die Veranstaltungen waren um drei bis vier Uhr zu Ende. Und um fünf Uhr fuhr dann der Zug. An bestimmte Vorfälle kann ich mich nicht mehr erinnern, aber man hat immer versucht, sich abzuseilen, um nicht mit denen in Konflikt zu kommen, sonst war der Karneval gehalten. Die haben einen fortgefahren oder

zwei Tage eingesperrt. Man ist der ganzen Sache soweit es nur möglich war aus dem Weg gegangen. Und wenn man wieder nach Wasungen gefahren ist, dann hat man für den Zug keine Karte nach Wasungen gekauft, sondern nach Meiningen oder sonstwo hin, weil die eben kontrolliert haben. Man ist zum Beispiel von Bad Salzungen nach Meiningen gefahren. Das haben die schon durchschaut. Aber was wollten die denn machen. Wer von weiter weg war, mußte eine Einladung aus Wasungen haben. Und das sind viele Bekannte gekommen die eine Adresse gesucht haben. Denen habe ich die Adresse von Heinrich Wey gegeben. Das ist denen (den Sicherheitskräften, der Autor) dann natürlich aufgestoßen. Die mußten keine Einladung von Wey haben, sondern die mußten nur die Adresse angeben.

In Erfurt waren die ersten Kontrollen. Die Leute sind in Erfurt rausgezogen worden und im nächsten Zug wieder zurückgeschickt worden – mit der Begründung, dies geschieht zur ihrer eigenen Sicherheit. Wasungen ist voll. Oder sie sind rausgeholt und aufgeladen und nach Oberhof gefahren worden. Im Oberhof vom Lkw runter und auf Wiedersehn. Seht zu wie ihr wieder wegkommt. In Oberhof fuhr keine Bahn und nüscht. Aber zwei Stunden später waren die Leute wieder in Wasungen. Abenteuerlust war nicht dabei. Da war keiner darauf erpicht, diese Touren mitzumachen. Die Leute sind 300 Kilometer gefahren und noch weiter und wollten sich doch nicht 50 Kilometer vor dem Ziel von den blöden Bullen abfangen lassen. Die haben zwei Tage Urlaub eingereicht, um nach Wasungen zu kommen und um da eine anständige Fete zu machen.
In Wasungen gab es 13 Kneipen damals. Da ging man früh um neun Uhr in die Kneipe und hat dann ne Tour gemacht. Dann waren Veranstaltungen, der Umzug und abends ist man von einem Saal zu anderen gezogen oder man ist zum Jugendtanz. Am Anfang ging es ins Paradies oder in den Hirsch und in den 80er Jahren in die Suppenschüssel“ (der Speisesaal der Schule). „Und dort sind ja extreme Sachen passiert. Ich habe zum Beispiel in der Suppenschüssel mal erlebt, daß sämtliche Scheiben rausgeflogen sind – mit einem Schlag. Die Jugendlichen haben die Scheiben rausgeschlagen. Denn das Ding war so voll, das ist aus allen Nähten geplatzt. Die Leute konnten sich nicht mehr bewegen. Mit einem Schlag haben die eine ganze Reihe Fenster eingeschlagen, weil es einfach nicht mehr ging. Es wollten immer mehr Leute von draußen rein. Das Ding mit einer Grundfläche von 20 mal 30 oder 20 mal 40 Metern war zum Platzen voll. Da waren vielleicht 500 bis 800 Leute drin. Die Polizei hätte da gar nichts machen können.

In 88 war mal `ne Hausbesetzung. In der Nähe der Kreuzung, gegenüber ist der Thüringer Hof. Da stand ein Haus das war zum Abriß vorbereitet. Da waren sämtliche Dachziegeln runter. Und ich hab schon gesagt, wenn die Bullen nicht das Ding sichern, das geht in die Hose, und das war auch so. Das war dann eine totale Bullenschlacht gewesen. Zum Umzug wollte jeder den besten Platz haben.

Die Wasunger haben dort gewohnt. Die Kunden haben die Hütte gesehen und sind eingestiegen. Die saßen wie die Hühner auf der Stange auf den Dachlatten. Auf jeder Dachlatte saßen Leute. Da waren vielleicht 100 Leute in dem Haus drin. Einer ist durchgebrochen, der konnte sich gerade so mit den Armen festhalten. Unten saßen zwei bis drei Leute vorm Haus. Die haben ein Sofa hingestellt und geschlafen. Und von oben haben sie alte Federbetten aufgeschnitten und haben sie einschneien lassen. Und gegenüber hat die Stasi ihre Filmkamera stehen gehabt. Als es der Polizei zu bunt wurde – es hätte ja Verletzte geben können – wollte sie eingreifen und die Leute raustreiben. Einer oder zwei Polizisten gingen rein und holten Leute raus. Da sagte ein Mädchen: He! Was willst denn Du? Und hat ihm die Mütze runtergehauen und die Ärmel runtergezuselt. Da war natürlich das Ding gehalten. Ruckzuck kam Verstärkung. Da haben die das Haus geräumt. Genügend Polzei gab es, die haben in der Schule gelagert, die ganze Bereitschaftspolizei von Meiningen. Die haben dann volle Pulle mit Knüppeln geräumt. Anschließend haben die Kunden die Polizei vor dem Umzug durch Wasungen durchgejagt. Wenn so was war, dann mußte die Polizei schon in der ganz großen Mehrheit sein. Die da bei der Bereitschaftspolizei waren, das waren ganz normale Soldaten, die anderthalb Jahre gedient haben. Ein Jahr vorher waren sie vielleicht sogar selber in Meiningen. Von denen konnte die Polizei nicht allzu viel erwarten. Mir ist es oft passiert, daß ich unter denen Bekannte getroffen habe. Die haben selber `ne lange Nase gehabt, daß sie nicht fortkonnten. Die mußten eben alles nach Vorschrift machen und wir haben gefetet.“

Zu der von Heinrich Wey geschilderten Räumung der Scheune, die nach der Erinnerung von Peter Müller 1985 war, sagt er: „Wir sind beim Heinrich schlafen gegangen, so um eins bis halb zwei Uhr rum. Und etwa um halb drei Uhr war die Polizei da: Licht angemacht und die Hunde reingejagt

Geschlafen haben wir in der Waschküsche, auf der Treppe, im ausgeräumten Kohlenkeller, in der Scheune. Überall haben beim Heinrich immer Leute gelegen. Ich habe viele bei ihm reingebracht. Die meisten Leute, die ich dahin gebracht habe, kamen von Karl-Marx-Stadt. Und ich kannte welche von Dessau, die da hingekommen sind, auch aus Berlin und Rostock. Da gab es ein großes Hallo – und die Frage, wo ist das nächste Ding? Das waren zum Beispiel bestimmte Veranstaltungen in Potsdam oben. In Wasungen war sozusagen die Jahreseröffnung und nirgendwo war es so extrem, das heißt, nirgendwo waren so viele und so weit gereiste. Verbunden hat einen, nicht im FDJ-Hemd und nicht linientreu zu sein. Im FDJ-Hemd und immer Hurra und zum FDJ-Treffen zu fahren, sondern einfach so ohne Etikette die Sau rauszulassen.

Es waren schon welche dabei, die hingefahren sind, um Ärger mit der Polizei zu suchen. Im großen und ganzen wollten die Leute aber einfach nur ihr Ding

machen. Die wollten sich nicht bevormunden lassen, in Zweier-Reihen marschieren und um zehn Uhr ist Feierabend und kein Alkohol und FDJ-Hemd anziehn und Hurra schreien. Es waren auch viele junge Frauen dabei. Es hatten nicht alle Kutten oder Parkas an, sondern manche waren auch bunt gekleidet. Die langen Haare waren im Prinzip eine Opposition. Damit hat man sich immer durchkämpfen müssen. Es gab auch Probleme am Arbeitsplatz ohne Ende. Ich habe immer lange Haare gehabt. Ich war in unserem Studienjahr der einzige mit langen Haaren.

Als die Hausbesetzung war, haben die Jugendlichen die Polizei durch ganz Wasungen gejagt. `Lieber ein Rocker als ein dummes Bullenschwein´ haben die Jugendlichen gerufen. Die haben der Polizei die Scheibe vom Auto eingeschlagen und sie durch ganz Wasungen durchgejagt. Da sind vielleicht 200 bis 300 Jugendliche hinter einem Polizeiauto her und haben die Polizei mit Biergläsern beworfen und solche Sachen.

Als ich Anfang der 80er Jahre nach Wasungen gegangen bin, kamen die meisten Jugendlichen, die zum Karneval gingen, noch aus dieser Gegend. Das wurde dann immer schlimmer. Die haben dann später die Schule ausgeräumt. Da haben die Leute in der Schule geschlafen, haben eine zentrale Garderobe eingerichtet, wo die Leute ihre Rucksäcke hingebracht haben. Ende der 80er Jahren sind vielleicht 1000 Mann nach Wasungen gereist. Jeder, der zum Beispiel von Schwallungen nach Wasungen gefahren ist, hatte mit Schwierigkeiten zu rechnen. Die haben Straßensperren errichtet und alle Autos, in denen Langhaarige saßen, rausgefischt, Ausweiskontrolle und zurück geschickt. Ich habe mir dann einen Schleichweg gesucht und bin hinten über Kaltensundheim gefahren. Da hat keiner gestanden. In Wasungen überall an den Brennpunkten, zum Beispiel vor der Suppenschüssel, waren gegenüber, wo sie einen guten Einblick hatten im Fenster bei Privatpersonen Video-Kameras. Wenn irgendwas aufgefallen ist, konnten die das aufnehmen. Nachdem das eskaliert war, ´88, haben die dann alles verboten. Da war dann in der Suppe keine Jugendveranstaltung mehr. Die Säle und die Kneipen waren brechend voll und in die ganzen Nachtveranstaltungen ist man kaum reingekommen. Dann sind die Leute halt nicht mehr gekommen, da war Wasungen gestorben. Es gab noch Veranstaltungen, aber in diesem ganz großen Stil wie in der Suppe, das war nicht mehr. Auch 1990 gab´s diese Veranstaltungen nicht mehr. Da hat man nur noch diese Kneipentouren gemacht und das war dann auch nicht mehr das Non-plus-ultra. Jetzt (1998) fahren viele Leute, die früher nach Wasungen gefahren sind, nach Apolda. Das geht von Freitag bis Sonntag – ganz friedlich.

In Wasungen waren die ganzen Langhaarigen akzeptiert. Ich habe da mal mit einer 83jährigen Oma gesprochen vorne vorm Paradies. Die sagte: `Ach Jung, mir warn früher genauso´. Das war für mich dermaßen beeindruckend. Wir

waren von der Normalbevölkerung akzeptiert. Es gab bestimmt auch welche, die dagegen waren. Aber der Großteil der hat doch gelebt von denen. Die haben doch Kohle mitgebracht. 95 bis 97 Prozent waren friedlich. Die haben richtig Stimmung gemacht und sind nach zwei bis drei Tagen wieder heimgefahren. Den Älteren, für die eine Welt zusammengebrochen ist nach der Wende, waren diese Leute nicht ganz geheuer. Mein Vater mußte mich so akzeptieren wie ich bin. Mein Vater war in der Partei und er war Lehrer und ich hatten trotzdem lange Haare gehabt. Ich hab´ immer so argumentiert: Die meisten Kurzhaarigen sitzen im Knast. Wir, die Langhaarigen, werden wie Aussätzige behandelt. Aber die meisten davon gehen einer geregelten Arbeit nach oder haben studiert. Den Grund für die Observierung erkläre ich mir so: Weil die sich nicht so benommen haben, weil sie eben drei Tage gesoffen haben oder in der Ecke gelegen und gepennt. Das war eben nicht das vom sozialistischen Bürger. Die meisten von den Jugendlichen stammten aus kultivierten gehobenen Verhältnissen: der Vater war Polizist, Schuldirektor oder Arzt, die eigentlich linientreue waren – und die Kinder waren daneben, waren nicht ganz so geraten.

Wenn sie die Leute in Ruhe gelassen hätten, dann wäre überhaupt nichts gewesen. Oder wenn sie die Sache rigoros unterbunden hätten, dann wären sie der Sache auch aus dem Weg gegangen. Sie haben es halt oftmals nicht richtig angefaßt.

Ein Täter, der das Opfer mimt

24. Februar 1998. An diesem Tag erschien der Artikel des Autors „Feindliche Stützpunkte in der Bütt“ in der Süddeutschen Zeitung – mit großem Medienecho. Noch am selben Tag verbreiten unter anderem Deutschlandfunk, Antenne Thüringen, Landeswelle Thüringen, MDR Radio 1 und das Thüringen Journal (und die Schwestersendungen in Sachsen-Anhalt und Sachsen) die Nachricht, daß der ehemaliger Wasunger Karnevalspräsident Hartwig Köhler unter dem Decknamen „Harty“ der DDR-Staatssicherheit als Inoffizieller Mitarbeiter gedient hat.

Gegen 16.30 Uhr erreicht den Autor ein Anruf. „Hier ist Hartwig Köhler aus Wasungen. Sind Sie der Journalist Föller?“

Autor: „Ja, ich bin es.“

Anrufer: „Sie haben meinen Ruf geschädigt. Wie kommen Sie dazu, so etwas zu verbreiten. Ich habe nie mit der Stasi zusammengearbeitet. Ich habe auch nie die Büttenreden oder andere Beiträge zensiert. Das hat die Arbeitsgruppe Karneval getan.“ Zugleich bestätigt der Anfrufer, der sich als Hartwig Köhler vorgestellt hat, daß er die Büttenreden und Gesangsbeiträge etc. zu diesem

Ausschuß gebracht habe und gibt damit das zu, was in den Akten der Gauck-Behörde steht. Er bestreitet jedoch, daß er das im Auftrag der Stasi getan hat.

Autor: „Wer ist denn nun IM Harty, wenn Sie es nicht sind?“. Darauf kommt langes Schweigen.

Anrufer: „Ich werde meinem Rechtsanwalt Bescheid geben und Sie verklagen lassen.“

Autor: „Nur Mut. Dem sehe ich gelassen entgegen.“ (Bis zum heutigen Tag, Stand Oktober 1999, hat der Rechtsanwalt sich nicht bei mir (H.-J.F.) gemeldet)

Zum Schluß erzählt der Anrufer, daß er im Kultusministerium in Erfurt vor einem Ausschuß ausgesagt habe. Dort habe er erläutert, daß er im Karneval mit dafür gesorgt hat, daß die Linie der Partei durchgesetzt wird. Er sei dort geprüft und anschließend weiter beschäftigt worden. Womit der Anrufer sagen wollte: Somit sei es bewiesen, daß er kein Stasi-Spitzel sein könne.

In einem Brief vom 26. März 1998 hat der Verfasser das Kultusminsterium um Aufklärung gebeten. Das Schreiben war an den Leiter des Ministerbüros, Herrn Hloucal, gerichtet.

Darin heißt es unter anderem:

Aus der Tatsache, daß Köhler noch immer im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, wird von nicht wenigen Menschen der Schluß gezogen, daß er kein IM gewesen sein könne. Bemerkenswerterweise tut das auch die Schulleiterin von Köhler, Birgit Gundelwein. So heißt es unter anderem in der Freies-Wort-Lokalausgabe für den Kreis Schmalkalden-Meiningen am 25. Februar 1998 auf Seite 15: „... Zudem sei er (zitiert wird Köhler) als Lehrer überprüft. Das bestätigte auch Birigit Gundelwein, Direktorin der Wasunger Regelschule. Wie bei anderen Kollegen habe sich bei Hartwig Köhler kein Verdacht auf eine IM-Tätigkeit ergeben .....“

Das, was Frau Gundelwein hier verkündet, ist offensichtlich falsch. Und Spitzel Köhler verbreitet die Legende, er könne ja kein IM gewesen sein, schließlich sei er vom Kultusministerium überprüft worden.

Ich bitte Sie, diese Sachverhalte richtig zu stellen. Bitten geben Sie mir schriftlich Auskunft über die Fragen: Ist Hartwig Köhler überprüft worden? Was kam dabei heraus? Welches Gremium mit welchen Mitgliedern entschied, ihn weiter zu beschäftigen? Nach welchen Kriterien hat das Gremium entschieden? Folgt aus der Tatsache, daß jemand überprüft ist, auch, daß er nicht belastet ist?

Oder ist es auch möglich, daß sein Arbeitgeber, das Land, lediglich geringe Chancen sieht, denjenigen erfolgreich los zu werden?
Darauf erhielt der Verfasser am 15. April 1998 folgende Antwort, die nach Auskunft eines Mitarbeiters des Kultusministeriums mit dem Kultusminister Dieter Althaus (CDU) abgestimmt worden war:

„... Aus Gründen des Datenschutzes (Vertraulichkeit des Inhalts von Personalakten; vgl. § 97 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Beamtengesetz) vermag ich Ihnen zu Ihrer Anfrage lediglich folgendes mitzuteilen: Wie alle anderen Landesbediensteten aus dem Geschäftsbereich des Thüringer Kultusministeriums wurde auch Herr Köhler durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR überprüft. Das Überprüfungsverfahren ist abgeschlossen und Herr Köhler wird weiterbeschäftigt. Nähere Einzelheiten zu diesem konkreten Fall, insbesondere welche Gründe hier für oder gegen eine Weiterbeschäftigung bzw. Kündigung gesprochen haben könnten, vermag ich Ihnen aus den genannten Datenschutzgründen nicht mitzuteilen. Ich bitte hierfür um Verständnis. Mit freundlichen Grüßen. Im Auftrag (Unterschrift) Schwarte.“

In der Verfassung des Freistaats Thüringen heißt es im Artikel 22:

Absatz 1: Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, selbständiges Denken und Handeln, Achtung vor der Würde des Menschen und Toleranz gegenüber der Überzeugung anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit (...) zu fördern.

Absatz 2: Der Geschichtsunterricht muß auf eine unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein.

Und im Artikel 96 heißt es:

Absatz 2: Die Eignung zur Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst fehlt grundsätzlich jeder Person, die mit dem früheren Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit zusammengearbeitet hat.

Hier klafft offenbar zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit eine Lücke. Wie ist die Beschäftigung eines treuen Realsozialisten, ehemaligen SED-Parteisekretärs und eifrigen Stasi-Spitzels wie Hartwig Köhler heute in der Regelschule Wasungen ausgerechnet als Sozialkundelehrer möglich?

Tatsächlich sieht es so aus: Wie die Verfassungsnorm umzusetzen ist, regelt ein Gesetz. In diesem Fall das Thüringer Beamtengesetz (Analoges gilt für Angestellte des Landes wie Köhler). Das Beamtengesetz läßt die Einzelprüfung

von belasteten Personen wie Köhler zu. Wenn der Arbeitgeber, das Land, in dieser Einzelfallprüfung zum Ergebnis kommt, daß einer Weiterbeschäftigung nichts im Wege steht – und offenbar ist das bei Köhler der Fall – dann kann er weiterhin auf Schüler seine Wirkung entfalten.
Viele hundert politisch oder durch die Zusammenarbeit mit der DDR-Staatssicherheit belastete Lehrer werden in Thüringen (ebenso wie in den anderen neuen Ländern) weiterhin im Schuldienst beschäftigt. Sie bilden zusammen eine Kette von einzelnen Fällen, die zusammengenommen die Verfassungsnorm des Artikels 96 ausgehöhlt haben.
Im Schlußbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ heißt es auf Seite 192 mit Blick auf die Überprüfung des Lehrpersonals auf persönliche Eignung und MfS-Tätigkeit: „Mit der Durchführung (der Prüfung) wurden in der Regel von den Schulämtern auf Kreisebene eingerichtete Personalkommissionen betraut. Von den 220 000 überprüften Personen erhielten 19 500 die Kündigung, davon aber nur reichlich 10 Prozent wegen MfS-Verstrickungen. Eine nicht unerhebliche Zahl dieser Kündigungen mußten jedoch wieder zurückgenommen werden oder mündeten in einen Vergleich. Dies hat zur Folge, daß die Mehrheit der belasteten Lehrer bis heute an den Schulen der neuen Bundesländer weiterbeschäftigt wird.“
Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 26. Mai 1999 (Seite 13) fand das Thüringer Kultusministerium eine Belastungsquote von 3,2 Prozent und entließ 21 Prozent der laut Aktenlage Verstrickten. Anders ausgedrückt: Es beschäftigt fast 80 Prozent der Belasteten weiter. Zum Vergleich: Das Thüringer Finanzministerium fand drei Prozent seiner Mitarbeiter stasibelastet und verfuhr in etwa umgekehrt wie das Kultusministerium: es entließ 80 Prozent.

Der IM als Legendenweber

Hartwig Köhler beteuert: „Ich habe nie jemandem durch meine Arbeit als Präsident und nachher als Mitglied des WCC geschadet – im Gegenteil, alles, was ich tat, diente dem Wohle des Karnevals.“ (Meininger Tageblatt, 25.2.´98). Das Gegenteil ist wahr. Wie die Akten eindeutig belegen, hat Köhler bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, zu der auch der unzensierte Witz gehört, an entscheidender Stelle mitgeholfen. Als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit führte er ein Doppelleben und hat er seine Karnevalsfreunde über seine wahren Absichten getäuscht. Er hat die Angst- und Terrormaschine Staatssicherheit mit Munition versorgt, unbekümmert darüber, welche Verwendung sie damit machen würde. Dadurch hat er seinen Mitmenschen und dem Karneval geschadet – und nicht zuletzt sich selbst. Bis heute hat er keine Verantwortung für seine Taten übernommen. Er zog es vor, sich hinter Lügen zu verbergen und der Gefangene seiner Vergangenheit zu bleiben, anstatt ein ehrliches Wort zu wagen.

Abkürzungen

AG I	-	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei – seit 1964 Bezeichnung Des Bereichs der Kriminalpolizei, der mit inoffiziellen Kräften (vergleiche IMK) arbeitete; dazu auch AR I, KAG I
BV	-	Bezirksverwaltung
BVfS	-	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CFS	-	chiffriertes Fernschreiben
DVP	-	Deutsche Volkspolizei
EV	-	Ermittlungsverfahren
EV . H.	-	Ermittlungsverfahren mit Haft
EV o.H.	-	Ermittlungsverfahren ohne Haft
FIM	-	Führungs-IM – mit Richtlinie 1/68 vom Januar 1968 eingeführte Kategorie eines inoffiziellen Mitarbeiters, der sich „politisch bewährt, Erfahrungen in der operativen Arbeit haben und die Eignung und Befähigung besitzen“ mußte, im Auftrag des MfS und unter der Anleitung und Kontrolle eines operativen Mitarbeiters „inoffizielle Mitarbeiter oder Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit zu führen“; mit Richtlinie 1/79 vom 8.12.1979 wird die Kategorie präziser definiert als „IM zur Führung anderer IM und GMS“ unter Einbeziehung von IMK; deren Einsatz erfolgt „vorrangig zur komplexen politisch-operativen Sicherung von Bereichen, Territorien, Objekten und Personenkreisen“, Vorläuferkategorie GHI
GMS	-	Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit – eingeführt im Januar 1968 mit Richtlinie 1/68; GMS wurden in der Regel nicht „zur direkten Bearbeitung feindlich-negativer Personen und Personenkreise“ genutzt. GMS-Vorgänge waren erst seit 1980 (nach Erlaß der Richtlinie 1/79 und der 1. Durchführungs vom Dezember 1979) registrierpflichtig; Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit – Erfassungsart für Personen gemäß Richtlinie 1/79 (aktive Erfassung auf der

Grundlage eines registrierten Vorgangs). GMS gehören laut Stasi-Unterlagengesetz zu den inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern.

IMK - Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und Des Verbindungswesens – mit Richtlinie 1/68 vom Januar 1968 eingeführt Kategorie eines inoffiziellen Mitarbeiters mit verschiedenen Funktionen: a) als Besitzer oder Verwalter konspirativer Wohnungen, b) als Deckadresse oder Decktelefon, c) als Mitarbeiter zur Sicherung und Konspiration anderer inoffizieller Mitarbeiter bzw. bei bestimmten „politisch-operativen Aufgaben“. Mit Richtlinie 1/79 vom 8.12. 1979 erfolgte eine weitere Differenzierung der Funktion; vergleiche: IMK/KW, IMK/KO, IMK/DA, IMK/DT, IMK/S

IMS - Inoffizieller Mitarbeiter Sicherheit, der mit der Sicherung Eines gesellschaftlichen Bereiches oder Objektes beauftragt Ist – 1968 mit Richtlinie 1/68 vom Januar 1968 einführte Kategorie; 1979 wie folgt definiert: Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches. Nachfolger der Kategorie GI

KAGI - Kriminalpolizei Arbeitsgebiet I – seit Mai 1987 eingeführte, Auf Initiative der K I vorgenommene aktive Erfassung von Personen, die von der K I entweder operativ bearbeitet oder inoffiziell genutzt wurden; AG I, K I

LPG - Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

MfS - Ministerium für Staatssicherheit der DDR

OPK - Operativen Personenkontrolle – Erfassungsart gemäß Richtlinie 1/81 (aktive Erfassung auf der Grundlage einer registrierten Akte)

OV - Operativer Vorgang- Erfassungsart gemäß Richtlinie 1/76 (aktive Erfassung auf der Grundlage eines registrierten Vorganges)

PA - Personalausweis

PM 12	-	Ausweiskarte einer aus dem paß- und visafreien Reiseverkehr ausgeschlossenen Person (war in der Regel verbunden mit der Auflage, sich regelmäßig bei der Volkspolizei zu melden, Personen mit einer PM 12 durften noch nicht einmal innerhalb der DDR frei reisen, ihr Aktionsradius war zumeist auf den Heimatkreis oder –bezirk beschränkt)
POS	-	Polytechnische Oberschule
StGB	-	Strafgesetzbuch der DDR in der Fassung vom 12.1.1968
StGB (alt)	-	Strafgesetzbuch in der Fassung vom 15.5.1871
TPA	-	Transportpolizeiamt
Trapo	-	Transportpolizei
VPKA	-	Volkspolizeikreisamt
VPKÄ	-	Volkspolizeikreisämter
VTA	-	Voucher/Visum für einen Tagesaufenthalt (in Ost-Berlin)
ZOS	-	Zentraler Operativstab- selbständige DE im MfS zur Sicherstellung zentraler Maßnahmen und der Koordinierung bei der Vorbereitung und Realisierung zentraler Aktionen und von Sicherungseinsätzen

Auszug aus dem Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik – StGB und angrenzende Bestimmungen. Hrsg: Ministerium für Justiz. Berlin 1969

§ 116

Schwere Körperverletzung

(1) wer durch die vorsätzliche Körperverletzung eine lebensgefährliche Gesundheitsschädigung, eine nachhaltige Störung wichtiger körperlicher Funktionrn oder eine erhebliche oder dauernde Entstellung des Verletzten fahrlässig verursacht,wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft.
(2) Wer eine der genannten Folgen vorsätzlich verursacht, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu acht Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 137

Beleidigung

Eine Beleidigung begeht, wer die persönliche Würde eines Menschen durch Beschimpfungen, Tätlichkeiten, unsittliche Belästigungen oder andere Handlungen grob mißachtet oder das Andenken eines Verstorbenen grob verletzt.

§ 138

Verleumdung

Eine Verleumdung begeht, wer wider besseres Wissen Unwahrheiten oder leichtfertig nicht beweisbare Behauptungen vorbringt oder verbreitet, die geeignet sind, das gesellschaftliche Ansehen eines Menschen oder eines Kollektivs herabzusetzen.

§ 213

Ungesetzlicher Grenzübertritt

(1) Wer widerrechtlich in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eindringt oder sich darin widerrechtlich aufhält, die gesetzlichen Bestimmungen oder auferlegte Beschränkungen über Ein- und Ausreise, Reisewege und Fristen oder den aufenthalt nicht einhält oder wer durch falsche Angaben für sich oder einen anderen eine Gehnehmigung zum Betreten oder Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik erschleicht oder ohne staatliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt oder in dieses nicht zurückkehrt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder öffentlichem Tdel bestraft.

(2) In Schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn

1. die Tat durch Beschädigung von Grenzsicherungsanlagen oder Mitführern dazu geeigneter Werkzeuge oder Geräte oder Mitführen von Waffen oder durch die Anwendung gefährlicher Mittel oder Methoden durchgeführt wird;
2. die Tat durch Mißbrauch oder Fälschung von Ausweisen oder Grenzübertrittsdokumenten, durch Anwendung falscher derartiger Dokumente oder unter Ausnutzung eines Verstecks erfolgt;
3. die Tat von einer Gruppe begangen wird;
4. der Täter mehrfach die Tat begangen oder im Grenzgebiet verursacht hat oder wegen ungesetzlichen Grenzübertritts bereits bestraft ist.

(3) Vorbereitung und Versuch sind strafbar.

A n m e r k u n g : Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen oder auferlegte Beschränkungen über Ein- und Ausreise oder Aufenthalt können in leichten Fällen als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.[14]

§ 214

Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit

(1) wer gegen Bürger wegen ihrer staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit mit Tätlichkeiten vorgeht oder solche androht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tdel bestraft.

[14] Vgl. §8 des Paß-Gesetzes der DDR vom 15.9.1954 (GBl. S. 786) i. d.F. des ÄndGes. Vom 11.12.1957 (GBl. I S. 650) und des Anpassungsgesetzes (Anl. Ziff. 11) vom 11.6.1968 (GBl. I S. 242; Ber. II S. 827).

(2) Wer sich an einer Gruppe beteiligt, die Gewalttätigkeiten gegen Bürger wegen ihrer staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit verübt oder androht,wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

2. ABSCHNITT

Straftaten gegen die staatliche und offentliche Ordnung

§ 212

Widerstand gegen staatliche Maßnahmen

(1) Wer einen Angehörigen eines staatlichen Organs durch Gewaltanwendung oder Bedrohung mit Gewalt oder einem anderen erheblichen Nachteil an der pflichtgemäßen Durchführung der ihm übertragenen staatlichen Aufgaben zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit hindert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft.
(2) Ebenso wird bestraft, wer die Tat gegen einen Bürger begeht, der in staatlichem Auftrag bei der Durchführung von aufgaben zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit mitwirkt.
(3) Der Versuch ist strafbar.

§ 215

Rowdytum

(1) Wer sich an einer Gruppe beteiligt, die aus Mißachtung der öffentlichen Ordnung oder der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens Gewalttätigkeiten, Drohungen oder grobe Belästigungen gegenüber Personen oder böswillige Beschädigungen von Sachen oder Einrichtungen begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Haftstrafe bestraft.
(2) Ist die Tatbeteiligung von untergeordneter Bedeutung oder ist die Tat ohne Beteiligung an einer Gruppe begangen, kann der Täter mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Verurteilung auf Bewährung, mit Haftstrafe oder mit Geldstrafe bestraft werden.
(3) Der Versuch ist strafbar
A n m e r k u n g : Andere, die öffentliche Ordnung störende Handlungen können als Ordnungswidrigkeiten verfolgt werden.

§ 225

Unterlassung der Anzeige

(1) Wer von dem Vorhaben, der Vorbereitung oder der Ausführung
1. eines Verbrechens gegen den Frieden und die Menschlichkeit (§§ 85 bis 89, 91 bis 93);
2. eines Verbrechens gegen die Deutsche Demokratische Republik (§§ 96 bis 105, § 106 Absatz 2, §§ 107, 108, 110);
3. eines Verbrechens gegen das Leben (§§ 112, 113);
4. eines Verbrechens oder Vergehens gegen die allgemeine sicherheit oder gegen die staatliche Ordnung (§§ 185,186, 190, 198, 213 Absatz 2 Ziffern 1 bis 4);
5. eines Vergehens oder Verbrechens des Mißbrauchs von Waffen oder Sprengmitteln (§§ 206, 207);
6. eines Verbrechens oder Vergehens der Fahnenflucht (§ 254) vor dessen Beendigung glaubwürdig Kenntnis erlangt und dies nicht unverzüglich zur Anzeige bringt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer glaubwürdig Kenntnis von einem Waffenversteck erlangt und dies nicht unverzüglich zur anzeige bring.

(3) In besonderen schweren Fällen ist auf Freiheitsstrafe von zwei Jahren bis zehn Jahren zu erkennen.

(4) Die Anzeige ist bei einer Dienststelle der Sicherheitsorgane oder der Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu erstatten. Die Anzeige kann erforderlichenfalls auch bei einem andern staatlichen Organ erstattet werden.

Angaben zum Autor

Hans-Joachim Föller: geboren 1958 in Schlüchtern, aufgewachsen in Hessen; nach dem Gymnasium Lehre als Industriekaufmann, Studium von Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Duisburg und Essen mit Diplomabschluß als Sozialwissenschaftler; journalistische Tätigkeit für verschiedene Tageszeitungen in Hessen, seit Sommer 1992 als Redakteur in Thüringen (Südthüringer Zeitung und Freies Wort); ab 1998 als freier Journalist, Beiträge zu Themen der Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur unter anderem für Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Deutschlandfunk, „Gerbergasse 18“ und „Horch und Guck“.

Dokumente

Dokument 13

Lagefilm vom 03.02.89. 04.00 Uhr bis 04.02.89, 04.00 Uhr

Lfd.Nr

Zufül	178		
Davor	89		
	89		
ÜP Oberhof	59		
" Meiningen	32		
" Bad Salzungen	51		
" Arnstadt	4		
" Wasungen	32		
Rückweisungsgründe:			
- ohne PA	5		
- ungültiger PA	2		
- PM 12	1		
- Dokument. R	6		
- neg.dek.	59		
- erneute Anreise	10		
- zu illeg.Quartiergebern	6		
- OSV	10		
- Ordnungsgeld	1		
- Straftaten	-		
Bezirke:			
Frankfurt/Od.	13		
Berlin	20		
Suhl	3		
Halle	22		
Rostock	14		
Potsdam	15		
Dresden	4		
Cottbus	17		
Schwerin	11		
Gera	18		
Leipzig	8		
Magdeburg	28		
K.-M.-Stadt	3		
Erfurt	2		

BStU 000163

KOPIE

Dokument 3

BSU
000102

Allmingen den, 18.9.54

1

4

Verpflichtung

Es ist mir bekannt, daß die westlichen Spionageorganisationen in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus alles versuchen unseren Aufbau in der DDR zu hemmen und unsere Staatsmacht zu schwächen. Ich bin deshalb bereit das S.f.S. in der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Ich verpflichte mich deshalb alle mir zur Kenntnis gelangenden Anzeigen über geplanten Verbrechen als Gerüchte sowie alle Angriffe gegen die DDR dem Offizier des S.f.S. schriftlichen Bericht zu erstatten. Ich verpflichte mich ferner gegenüber jeder Person auch gegenüber meiner nächsten Angehörigen und Vorgesetzten über die Zusammenarbeit mit dem S.f.S. strengstes Stillschweigen zu wahren. Mir ist bekannt daß ich bei Bruch dieser Schweigepflichtung nach den bestehenden Gesetzen zur Verantwortung gezogen werde. Meine Berichte unterschreibe ich mit dem Decknamen „Finkler"

Bohn Alb.

5a

BStU
000157

Hünnigen, 23. 9. 1970

Verpflichtung!

74

Aus der Überzeugung heraus, das das Ministerium für Staatssicherheit jede Unterstützung für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht, verpflichte ich mich dazu im Rahmen meiner Möglichkeiten zu unterstützen.
Aus diesem Grunde sorge ich für die Zuverfügungstellung eines Raumes und trage durch Informationen über Feindtätigkeit in meinen Aufgabengebiet bei.
Ich bin informiert das ich über die Zusammenarbeit mit dem MFS niemand einweihen darf, selbst meine nächsten Angehörigen nicht.
Für die Zusammenarbeit wähle ich mir das Pseudonym: Werner Thal.

Kurt Petzold

5 d

KD Meiningen

BStU
000155

Meiningen, den 22. 2. 84

Beurteilung

IMS „Werratal" Reg. Nr. XI 162/70

Der IMS wird zur Bearbeitung des kulturellen Bereiches im Kreis eingesetzt. Er zeigte bisher in jeder Situation eine hohe Einsatzbereitschaft, Disziplin und Verantwortungsbewußtsein. Er ist ehrlich und zuverlässig. Seine Berichterstattung ist durch Objektivität gekennzeichnet.
Alle bisher erteilten Aufträge wurden konsequent erfüllt.
In Diskussionen mit Künstlern und anderen Kulturschaffenden des Kreises vertritt er stets einen festen Klassenstandpunkt.
Die Regeln der Konspiration und Geheimhaltung werden konsequent eingehalten.

Siegel
Oberst.

Dokument 5

000093

Suhl, 24.02.1981

Erklärung

Mir wurde am heutigen Tage von M-Organen der § 225 StGB zur Kenntnis gegeben und vorgelesen. Ich habe das Anliegen des Paragraphen verstanden. Von Dritten bzw. Handlungen, für die nach § 225 StGB Anzeigepflicht besteht, habe ich keine Kenntnis. Ich weiß auch, daß ich mich bei Unterlassen der Anzeige strafbar mache.

Ich wurde heute ebenfalls vom M-Organ aufgefordert, dieses Jahr nicht nach Norwegen zu fahren, um dort an den Feierlichkeiten zur Erschießung Stauffenbergs teilzunehmen. Ich habe diese Aufforderung zur Kenntnis genommen und erkläre hiermit, daß ich diese Aufforderung auch nachkommen werde.

[redacted]

FOTO BSTU

64

000067

Szczz 25.2.8.

Erklärung!

Mit Erkläre ich, das ich zur Tageszeit nicht
ich Wasungen gehen werde, oder in Suhl zu irgend
einer Veranstaltung.

KOPIE

[redacted]

Dokument 6

DKK ____ PKK ____
E ____ VSH 2x L ____
am 27.3.84 Sign. Ni

BS:U
000006

Meiningen, den 28.o2.1984

I n f o r m a t i o n

zum gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des 449. Wasunger Karnevals.

Veranstaltungen:

Die in den Programmen festgelegte Generalprobe im Zusammenhang einer Rentnerveranstaltung hat am Sonntag, den 26.o2.1984 14.oo Uhr in der Turnhalle der POS Wasungen stattgefunden.
Alle vorgebrachten Beiträge entsprechen den zur Einsichtnahme vorgelegten Manuskripten und die Veranstaltung verlief diszipliniert und in einer sachlichen Atmosphäre.
Allerdings gab es in der Auswertung dieser Veranstaltung erhebliche Probleme mit dem Mitwirkenden

[redacted], [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
Mitglied der LDPD

bezüglich der Ablehnung der Bütte seiner Schwester [redacted], [redacted].
Dieses verschlechterte jedoch die Atmosphäre der anderen Mitwirkenden untereinander derart, daß es noch zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist.
Wie seitens des Bürgermeisters Gen. Alfred K o c h in diesem Zusammenhang angedeutet wurde, kam es auch während der durchgeführten Aussprache mit dem ●. am Freitag, den 24.o2.1984 zu heftigen Auseinandersetzungen und zu negativen Ausfällen des ●. Dieses Gespräch konnte mit dem Bürgermeister jedoch noch nicht ausgewertet werden, da dazu noch keine Gelegenheit vorhanden war.

In der am Dienstag, den 28.o2.1984 stattgefundenen Sicherheitsberatung beim Rat der Stadt Wasungen berichtete der Gen. Koch erneut über weitere negative Verhaltensweisen seitens des ●. So versucht der ●. Druck auf das örtliche Organ auszuüben, indem er Arbeiten in Vorbereitung des Karnevals ablehnt, die bisher unter der Regie seines Betriebes ausgeführt wurden. So u.a. den Bühnenaufbau auf den Platz der Jugend in Wasungen. Wie in der Sicherheitsberatung eingeschätzt wurde, sind weitere derartige Reaktionen seitens des ●. zu erwarten.
Von der Arbeitsgruppe Karnevals beim Rat der Stadt Wasungen wurden sofort Maßnahmen festgelegt, um die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Umzugskonzeption:

Zu den bisher herausgearbeiteten Schwerpunkten hat sich folgender Stand entwickelt:

Nach Aussage des Umzugsverantwortlichen Gen. [redacted] bilden die Umzugsteilnehmer

[redacted], [redacted]

und [redacted], [redacted]

keinen Schwerpunkt, da ihre dargestellten Bilder angeblich keine politische Aussage beinhalten. Im Gegensatz dazu bildet der Umzugsteilnehmer [redacted], [redacted] nach wie vor noch einen Schwerpunkt. Eine Aussprache mit dem ●. hat folgendes Ergebnis ergeben:

- 2 -

BStU
000007

Zu Beginn der Aussprache brachte der ●. zunächst zum Ausdruck, daß er mit dem Kommen eines Verantwortlichen des Elferrates gerechnet habe und auch darauf vorbereitet wäre.
●. legte dann auch sofort ein von ihm ausgearbeitetes Manuskript der Gestaltung seines Umzugsbildes einschließlich der Teilnehmer dem ●. zur Einsichtnahme vor.
Als Teilnehmer wurden von ●. folgende Personen genannt:

[redacted] , [redacted]
Leiter dieser Gruppe

[redacted] , [redacted]
Teilnehmer

[redacted] , [redacted]
Teilnehmer

sowie die Ehefrauen und Kinder dieser Personen.

● Bei der Gestaltung berief sich ●. auf einen Artikel der Zeitschrift " Eulenspiegel " Heft 52/83. Diesen Artikel legte er der Konzeption bei.

In diesem Artikel wird ein Horoskop dargestellt und der Text lautet wie folgt:

" Krebs "
22.06.-22.07.

" Auch wenn Sie den Blick immer sehr nach vorngerichtet haben, wird es auf die Dauer nicht unbemerkt bleiben, daß Sie sich ständig rückwärts bewegen. Machen Sie diesen Mangel der Natur durch vorwärtsweisende Diskussionsbeiträge und durch ununterbrochene Bereitschaft zu Lehrgangsbesuch wett. Wenn Sie im Rehabilitationswesen arbeiten, kann Ihnen Ihr Rückwärtsgang allerdings nützlich werden. "

Links neben dem Text ist eine Karikatur als eine rückwärtslaufende Person dargestellt die ein Schild in der Hand trägt mit der Aufschrift

" Vorwärts zu neuen Taten "

● Die Teilnehmer dieses Umzugsbildes laufen alle rückwärts mit dem Schild in der Hand " Vorwärts zu neuen Taten. "

Weitere Hinweise zur Umzugskonzeption gibt es noch nicht.

F i n k l e r

KOPIE BStU

Dokument 7

cfs 393

BStU
000151

flugzeug

12 Feb 88

mfs berlin, zos
bv suhl , odh

sicherungseinsatz wasunger karneval 1988

in ergaenzung der mir erfolgten vorausmeldung teile ich
innen folgenden sachverhalt mit:

in einem unter denkmalschutz stehenden einstoeckigen fachwerk-
haus, welches 1987 ausbrannte und wieder aufgebaut werden
soll, ordentlich gesichert durch verschlaege, wurde zur
nutzung fuer eine bessere sicht des karnevalsumzuges gegen
15.00 uhr durch aufbrechen der tuer eingedrungen.
ca 30 bis 35 negativ-dekadente jugendliche kletterten auf
das dach und nielten sich dort waehrend des umzuges auf.
der aufforderung der dvp nach beendigung des umzuges, das
objekt zu verlassen, wurde nachgekommen.
nach auflosung der absperrung durch zivile kraefte der dvp
und des mfs wurde eine kaum sichtbare aufschrift ''hafenstrasse,
raf'' an der hausmauer festgestellt.
die urheber dieser schmiererei sowie weitere 17 personen
wurden zugefuehrt und werden gegenwaertig vernommen.

die ordnung und sicherheit ist gewaehrleistet.

bv suhl - kd meiningen
stellv. operativ - gen. oberst mangold
einsatzstab wasungen

KOPIE BStU

000052

Bezirksverwaltung Suhl - Leiter

Suhl 22. 2. 88

PA: 806/88

26/ 88

E 724

KOPIE BStU

dem Wasunger Karneval 1988

Der diesjährige 453. Wasunger Karneval fand in der Zeit vom 7. 2. bis 16. 2. 1988 statt. Mit dem traditionellen Karnevalsumzug am 13. 2. 1988, dem Rosenmontagsumzug, den Großveranstaltungen in der Turnhalle und weiteren Veranstaltungen in Wasungen war der 453. Karneval ein kulturpolitischer Höhepunkt im Territorium.

Die 62 gestalteten Bilder der Karnevalsumzüge und die Büttenreden enthielten keine feindlich-negativen Aussagen. Ihr Inhalt war auf die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt Wasungen ausgerichtet. Kritisch und sachlich wurden kommunalpolitische Probleme zum Schwimmbad, zur Kaufhalle und Fragen der Versorgung angesprochen.

Alle Veranstaltungen verliefen planmäßig und störungsfrei. Am Festumzug nahmen 1300 Mitwirkende und ca. 20 000 Besucher teil. Die Abendveranstaltungen am 12., 13. und 14. 2. wurden von etwa 2000 bis 2500 Personen, überwiegend aus Wasungen und den umliegenden Ortschaften, besucht. Das entsprach etwa den Besucherzahlen der Vorjahre.

BStU
000053

Das positive Gesamtbild des 453. Wasunger Karnevals wurde, wie in den Vorjahren, durch den Aufenthalt von insgesamt etw 700 jugendlichen Personen mit negativ-dekadentem Äußeren beeinträchtigt, die überwiegend vom 10. 2. bis 13. 2. 1988 an- und ab 14. 2. 1988 wieder abreisten. Diese Personenkategorie kam aus allen Bezirken der DDR. Schwerpunkte waren Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, und aus den Bezirken Potsdam, Halle, Magdeburg und Leipzig.

Etwa 70 bis 75 % der negativ-dekadenten Personen reisten erstmals an. Die Gesamtzahl und der Anteil dieser Personen ist zum Vorjahr gleichbleibend.

Unter den negativ-dekadenten befand sich ein größerer Anteil kriminell gefährdeter Personen als in den Vorjahren. Der überwiegende Teil der Negativ-dekadenten reiste ohne nachgewiesene Übernachtungsmöglichkeit an und versuchte, in unverschlossenen Objekten, Scheunen, Ställen, Hauseingängen und in der Gärtne zu übernachten. Mehrere Jugendliche übernachteten bei Verbindungspersonen in Wasungen und umliegenden Orten, in mitgeführ PKW sowie im Freien.

Während der Abendveranstaltungen konzentrierten sie sich in der Speisehalle der Oberschule, die fast nur durch diese Pe sonenkategorie besucht wurde, und zum Teil in der HOG "Para wo sie durch ein völlig unkultiviertes Verhalten auffielen.

Besonders abstoßend wirkten das unästhetische, unsaubere Äu der negativ-dekadenten Personen, ihre gleichgelagerten Verhaltensweisen, indem sie selbst ihre Notdurft innerhalb der Sp halle verrichteten, geleerte Flaschen umherwarfen, so daß in der Speisehalle chaotische Zustände herrschten. Diese und ähnliche Verhaltensweisen zeigten sie auch außerhalb der Veranstaltungsobjekte.

KOPIE BStU

70

BStU
000054

Begünstigend wirkte sich die Überlastung der beiden genannten Objekte aus, insbesondere am 13. 2., wo sich etwa 900 - 1000 Personen in der Speisehalle und etwa 350 - 400 Personen in der HOG "Paradies" aufhielten. Diese Objekte sind aber entsprechend einer Auflage des Leiters des VPKA nur für 600 bzw. 250 Personen zugelassen.

Auch das ausschließliche Spielen von Rockmusik in der Speisehalle, unzureichende Toilettenanlagen, die Nichteinhaltung von Auflagen zum Verbot des Flaschenverkaufs durch die Handelseinrichtungen und Gaststätten und fehlende Ordner waren Ursachen für desolate Zustände.

Insgesamt widersprachen die Veranstaltungen und Erscheinungen in der Speisehalle und zum Teil in der HOG "Paradies" völlig dem Charakter von Karnevalsveranstaltungen und den Auffassungen sozialistischer Kultur und Moral.

Durch die Schutz- und Sicherheitsorgane wurden im Zusammenwirken mit den örtlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften zielgerichtete Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit realisiert. Ein Mißbrauch der Karnevalsveranstaltungen zu feindlich-negativen Handlungen wurde nicht zugelassen. Über die örtlichen Organe wurden Maßnahmen zur Zurückdrängung von Quartiergebern für negativ-dekadente Jugendliche eingeleitet, Auflagen erteilt und Empfehlungen gegeben, die jedoch vor allem aufgrund überbetonter ökonomischer Interessen der Veranstalter nicht in vollem Umfang realisiert wurden.

Obwohl durch die DVP und Trapo im Vergleich zum Vorjahr insgesamt mehr Zuführungen und Zurückweisungen erfolgten, war der Anteil der Zurückweisungen im Zusammenhang mit der Anreise geringer als 1987. Durch die DVP wurden 319 Personen zugeführt und 315 zurückgewiesen, darunter 29 Zurückweisungen durch die

KOPIE BStU

BStU
000055

zur vorbeugenden Verhinderung der Anreise eingerichteten Kontrollpunkte. Die Trapo führte 199 Personen dazu und wies 70 zurück.

Gegen 6 Personen wurde Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß §§ 212, 215, 139 und 1[illegible]6 StGB eingeleitet und gegen 12 Personen Ordnungsstrafverfahren wegen Störungen des sozialistischen Zusammenlebens, Beleidigungen und Tätlichkeiten durchgeführt. 36 Personen fielen wegen Ordnungswidrigkeiten an.

Diese Maßnahmen erwiesen sich als wirksam. Die Maßnahmen der Sicherungskräfte zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung wurden von den Bürgern aus Wasungen akzeptiert und als notwendig erachtet.

Der überwiegende Teil der Einwohner lehnte und lehnt die Anwesenheit überörtlich angereister negativ-dekadenter Personen entschieden ab. Meinungsäußerungen in dieser Richtung beinhalten

- Die Anreise solcher Personen müßte grundsätzlich unterbunden werden.

- Es müßte noch energischer seitens der Schutz- und Sicherheitsorgane gegen solche Personenkreise vorgegangen werden, um die eigentliche Tradition des Wasunger Karnevals wieder herzustellen.

- Das Auftreten und Verhalten dieser Personenkreise steht mit Auffassungen der sozialistischen Kultur, Moral und Ethik nicht im Einklang.

- Man traut sich während der Karnevalszeit nicht auf die Straße, da man befürchten muß, belästigt oder verletzt zu werden.

KOPIE BStU

72

BStU
000056

- Die Zurverfügungstellung der Speisehalle (Schulspeisungsobjekt) ausschließlich für Veranstaltungen für überörtlich angereiste negativ-dekadente Personen und deren Verhalten in diesem Objekt ist aus hygienischen und ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr länger vertretbar.

- Bedienungspersonal und Ordner lehnen es ab, in der Speisehalle eingesetzt zu werden, weil sie sich durch die negativ-dekadenten Personen bedroht fühlen und die Arbeitsbedingungen dort für sie unzumutbar seien.

- Angehörige des Medizinischen Zentrums Wasungen wollen zukünftig die Betreuung verletzter negativ-dekadenter Personen während der Karnevalsveranstaltungen nicht mehr durchführen.

Im Zusammenhang mit dem Eindringen überörtlich angereister Personen am 13. 2. 1988 in das leerstehende Wohnhaus, Wasungen, Hauptstraße 2, und den dazu durchgeführten Maßnahmen der Sicherungskräfte gibt es durch einen Großteil der Wasunger Bürger folgende Stimmungen und Meinungen:

- Die Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit sind richtig. Sie waren eine notwendige Konsequenz; denn derartige Erscheinungen können nicht geduldet werden.

- Diesen Personen müßte noch mehr gezeigt werden, "wer die Macht bei uns ausübt". Die Schutz- und Sicherheitsorgane lassen sich offensichtlich zu viel bieten.

- Unsere Gesetzlichkeit ist in bezug auf solche Bürger zu human; es müßte noch entschiedener und mit aller Konsequenz vorgegangen werden.

KOPIE BStU

BStU
000057

Während der Karnevalsveranstaltungen wurden keine journalistischen Aktivitäten westlicher Medien durchgeführt. Insgesamt hielten sich 23 BRD-Bürger, darunter 13, die Verwandte/Bekannte besuchten, in Wasungen auf. Feindlich-negative Aktivitäten dieser BRD-Bürger wurden nicht festgestellt.

Es wird empfohlen, über den Rat des Bezirkes Einfluß zu nehmen,

- daß die für die Vorbereitung und Durchführung verantwortlichen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte, wie Rat des Kreises, Rat der Stadt, Karnevalsklub und gesellschaftliche Kräfte, ihre Verantwortung für die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in vollem Umfange wahrnehmen und ein hohes Niveau der Veranstaltungen sichern;

- daß nur solche Musikformationen vertraglich gebunden werden, deren Repertoire dem Charakter des Karnevals entspricht, die traditionelle Tanzmusik anbieten und damit wesentlichen Einfluß auf den kulturellen Inhalt der Veranstaltungen nehmen können;

- daß der Ausschank und der Verkauf von Alkohol insbesondere durch die radikale Einschränkung des Flaschenverkaufes kultiviert wird;

- daß der Kartenverkauf exakt gesteuert und kontrolliert wird und sich streng im Rahmen des zulässigen Fassungsvermögens der geschlossenen Objekte entsprechend der polizeilichen Auflagen bewegt;

- daß durch die Schaffung von Grundvoraussetzungen, z. B. ausreichende öffentliche Toiletten, die Einhaltung der Hygiene und Sauberkeit sowohl in den Objekten als auch im Stadtgebiet gewährleistet wird.

Lange
Generalmajor

KOPIE BSL

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Suhl
Stellvertreter Operativ

Suhl, 24. Febr. 1988

BStU
000058

→ ZOS

A b s c h l u ß b e r i c h t

zum Sicherungseinsatz des 453. Wasunger Karnevals
in der Zeit vom 22. 02. bis 17. 02. 1988

Die Durchsetzung der Maßnahmen zur Sicherung des Wasunger Karnevals erfolgte auf der Grundlage der DA 1/85 und 2/85 des Genossen Minister und des von mir bestätigten Maßnahmeplanes des Leiters der KD Meiningen.

Das Ziel bestand in der

- vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs der Karnevalsveranstaltungen durch feindliche und negative Kräfte für Provokationen, Demonstrativhandlungen, Hetze und andere öffentlichkeitswirksame Störungen;
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Zusammenwirken mit der DVP sowie staatlichen und gesellschaftlichen Kräften;
- Ausschaltung von Vorkommnissen, die den Massenmedien des Gegners für Hetze und Verleumdung genutzt werden können;
- vorbeugenden Verhinderung von Rowdytum, Zusammenrottungen und anderen Aktivitäten durch negativ-dekadente und kriminell-gefährdete Einzelpersonen und Personengruppen sowie Unterbindung der Anreise derartiger Personenkreise aus anderen Kreisen und Bezirken in Zusammenarbeit mit der Abt. XIX der BV Suhl und im Zusammenwirken mit der DVP;
- Gewährleistung der ständigen Einschätzung der operativen Lage und Situation im Verantwortungsbereich durch den zielgerichteten und differenzierten Einsatz der IM/GMS, unter besonderer Beachtung der karnevalistischen Großveranstaltungen vom 11. 02. bis 17. 02. 1988.

Bewährt hat sich wiederum die

- langfristige Vorbereitung aller Maßnahmen durch die KD Meiningen in Verbindung mit der Abteilung XIX der BV Suhl;
- einheitliche und straffe Führung der eingesetzten Kräfte und Mittel des MfS unter Verantwortung des Leiters der KD Meiningen;

KOPIE BStU

BStU
000059

- Durchführung von Kontrollmaßnahmen durch die Transportpolizei auf den betreffenden Strecken der Deutschen Reichsbahn und durch die DVP an den Zufahrtsstraßen;

- tägliche Einschätzung der Lage und Situation durch die Leiter und Kommandeure der zusammenwirkenden Organe, einschließlich Stellvertreter Inneres des Rates des Kreises.

Während der Durchführung des Sicherungseinsatzes wurden keine Pläne und Absichten feindlich-negativer Kräfte zur Begehung staatsfeindlicher Handlungen und zur Störung von Veranstaltungen herausgearbeitet. Es kam in Wasungen zu keinen operativ bedeutsamen Vorkommnissen.

In Vorbereitung der Veranstaltungen, insbesondere des Karnevalsumzuges und der Bütt[illegible]reden, konnten rechtzeitig negative Aussagen erkannt und deren Wirksamwerden vorbeugend verhindert werden.

Die in OV und OPK sowie Überwachten erfaßten Personenkreise des Verantwortungsbereiches sind nicht negativ in Erscheinung getreten.

Der zielgerichtete und differenzierte Einsatz der bilanzierten IM/GMS der KD Meiningen und Schmalkalden, der Abteilungen XIX und XX der BV Suhl sowie der inoffiziellen Kräfte der AR I der Abt. K des VPKA Meiningen gewährleistete eine ständige Lageeinschätzung. Es wurden durchgängig aussagefähige Informationen zur Situation sowie zum Auftreten und Verhalten der Personen mit negativ-dekadentem Äußeren erarbeitet.

Die gezielt eingeleitete Einreisefahndung durch die Abt. VI der BV Suhl garantierte einen aktuellen Überblick über eingereiste BRD-Bürger, so daß differenzierte Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden konnten.

Zum besuchsweisen Aufenthalt bei Verwandten und Bekannten bzw. zur Teilnahme an Veranstaltungen reisten während des Karnevals 23 BRD-Bürger, davon 18 im VTA, nach Wasungen ein.
Von 13 Eingereisten werden stabile Verbindungen in den Kreis Meiningen unterhalten.
Die BRD-Bürger nahmen an Veranstaltungen in Wasungen teil, traten aber nicht negativ in Erscheinung.

Journalisten und Korrespondenten von NSA-Massenmedien waren in Wasungen nicht anwesend.

Die in Vorbereitung des Karnevals durch die DVP und das örtliche Organ mit ausgewählten Personenkreisen durchgeführten Vorbeugeaussprachen waren zweckmäßig.

Durch das VPKA Meiningen wurden im Sicherungszeitraum

- EV mit Haft gem. §§ 212, 215 StGB gegen 4 Personen,
- EV mit Haft gem. §§ 137, 139 (3) StGB gegen 1 Person,
- EV mit Haft gem. § 116 StGB gegen 1 Person

KOPIE BStU

BStU
000060

und durch das TPA Suhl

- EV ohne Haft gem. §§ 212, 139 (3) StGB gegen 1 Person,
- EV ohne Haft gem. §§ 137, 139 (3) StGB gegen 1 Person

eingeleitet.

Prüfungshandlungen gem. § 213 StGB sind 8 Personen unterzogen worden, die sich jedoch nicht bestätigten.

Es wurden 16 Ordnungsstrafverfahren durchgeführt, davon

- 14 vom VPKA Meiningen wegen Störung des sozialistischen Zusammenlebens, Beleidigung, Sachbeschädigung und Tätlichkeiten,
- 2 vom TPA Suhl wegen ungebührlichen Verhaltens und Nichteinhaltung der erteilten Auflage der Zurückweisung.

36 Personen fielen wegen Ordnungswidrigkeiten an.

KOPIE BStU

Am 13. 02. 1988, gegen 14.00 Uhr, drangen 30 bis 35 angetrunkene negativ-dekadente Personen in das unter Denkmalschutz stehende, unbewohnte Wohnhaus in Wasungen, Hauptstraße 2, welches ordentlich durch Verschläge gesichert war, ein und begaben sich auf das einsturzgefährdete Dach. Dieses Gebäude befindet sich unmittelbar an der Streckenführung des großen Karnevalsumzuges, der um 14.30 Uhr begann.
Das Verhalten dieser Personen stellte eine Gefährdung sowohl für die Beteiligten als auch eine mögliche Störung für die Teilnehmer des Wasunger Karnevalsumzuges und der sich in diesem Bereich aufhaltenden mehrere Hundert Besucher dar.
Bei der Räumung des Hauses wurden die Einsatzkräfte durch einzelne Personen belästigt, die Maßnahmen der DVP durch Rufe verächtlich gemacht und die Frontscheibe des vor dem Objekt abgestellten Mannschaftstransportwagens der DVP zerschlagen.
Noch vor Beginn des Karnevalsumzuges wurde die Ordnung und Sicherheit am Ereignisort wieder hergestellt.
Nach Auflösung der Absperrung durch zivile Kräfte der DVP und des MfS wurde an der Hausmauer dieses Objektes eine mit weißer Schlemmkreide (Schlemmkreide und Pinsel befanden sich im genannten Gebäude) angebrachte Aufschrift "Hafenstraße, RAF" festgestellt.
Die Rädelsführer wurden festgenommen.
Gegen 4 Personen wurden EV mit Haft eingeleitet und gegen weitere 4 Personen ein Ordnungsstrafverfahren durchgeführt.

Durch Kräfte der Transportpolizei und des VPKA wurden während des Sicherungseinsatzes insgesamt 375 Personen zurückgewiesen, davon 97 Personen im Rahmen der Filtrierungsmaßnahmen bei der Anreise nach Wasungen.

Von den angereisten Personen, einschließlich der mit negativ-dekadentem Äußeren, konnten 365 namentlich identifiziert werden.

BStU
000061

Diese schlüsseln sich nach Geschlecht und Alter wie folgt auf:

- männlich 316
- weiblich 49

- bis 18 Jahre 8
- 18 - 25 Jahre 284
- über 25 Jahre 73

Unter diesem Personenkreis befanden sich

- 93 bereits in Vorjahren zum Karneval Erfaßte,
- 10 die im Besitz einer PM 12 sind,
- 9 mit Registrierung in der Dokumentation "R",
- 8 Übersiedlungsersuchende in die BRD.

Der Anteil der angeführten Personenkategorien liegt 1988 höher als im vergangenen Jahr.

Anreisen erfolgten aus allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt Berlin, wobei die Bezirke Potsdam, Halle, Magdeburg und Leipzig sowie Berlin den Schwerpunkt bilden (siehe Anlage 1).

An den Tagen Freitag bis Montag nahmen ca. 2500 Personen an den Abendveranstaltungen teil, darunter ca. 700 mit negativ-dekadentem Äußeren.

Die Anreisen nach Wasungen begannen am 10. 02. 1988 und nahmen am 12. und 13. 02. 1988 enorm zu. Sie erfolgten vorwiegend mit der Deutschen Reichsbahn, jedoch auch mittels PKW und zu Fuß, unter Benutzung von Nebenstraßen und Wegen.

Von den 365 personifizierten Jugendlichen/Jungerwachsenen sind 272 (74 %) erstmals nach Wasungen angereist, was in der Gesamtzahl und dem Anteil dieser Personen im Vergleich zum Vorjahr eine gleichbleibende Tendenz aufweist.

Die Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Zurückweisung durch die Transportpolizei und DVP führten zu keinen Ausschreitungen oder anderen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdenden Vorkommnissen.

Als zweckmäßig hat sich auch diesmal die Nichtöffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für angereiste Personen erwiesen, da nach vorliegenden Erkenntnissen eine noch höhere Konzentration angereister negativ-dekadenter Personenkreise aus anderen Bezirken zu verzeichnen gewesen wäre.
Die Mehrzahl der Jugendlichen/Jungerwachsenen war somit gezwungen, außerhalb zu übernachten und am nächsten Tag erneut anzureisen. Dies hatte zur Folge, daß ein Teil der Angereisten Wasungen vorzeitig verließ.
Übernachtungen erfolgten bei Jugendlichen in Orten der Kreise Meiningen, Suhl, Schmalkalden und Bad Salzungen/Bezirk Suhl sowie Eisenach/Bezirk Erfurt.

Es konnten 31 Quartiergeber namentlich identifiziert werden.

KOPIE BStU

78

BStU
000062

Unter den Negativ-dekadenten befand sich auch ein größerer Anteil kriminell gefährdeter Personen als in den Vorjahren.

Der überwiegende Teil dieser Personen reiste ohne nachgewiesene Übernachtungsmöglichkeit an und versuchte, in leerstehenden Objekten, Scheunen, Stallanlagen der LPG, Hauseingängen, in der Gärtnerei, in mitgeführten PKW sowie im Freien zu übernachten.

Als Konzentrationspunkte der angereisten Personen mit negativ-dekadenten Äußeren kristallisierte sich, wie bereits in den Vorjahren, die Speischalle der POS und die HOG "Paradies" heraus, wo sie durch ein völlig unkultiviertes Verhalten auffielen. Besonders abstoßend wirkten das unästhetische, unsaubere Äußere, ihre gleichgelagerten Verhaltensweisen, indem sie geleerte Flaschen und Gläser umherwarfen, so daß in der Speischalle chaotische Zustände herrschten. Diese und ähnliche Verhaltensweisen zeigten sie auch außerhalb der Veranstaltungsobjekte.
Insgesamt widersprechen die Veranstaltungen und Erscheinungen in der Speischalle und zum Teil in der HOG "Paradies" völlig dem Charakter von Karnevalsveranstaltungen und den Auffassungen sozialistischer Kultur und Moral.

Infolge Platz- und Schnittwunden mußten 40 der anwesenden Jugendlichen/Jungerwachsenen ärztlich behandelt werden. Einer erlitt bei Tätlichkeiten so schwere Verletzungen, daß ihm ein Auge operativ entfernt werden mußte.

Das positive Gesamtbild des 453. Wasunger Karnevals wurde, wie in den Vorjahren, durch den Aufenthalt von ca. 700 jugendlichen Personen mit negativ-dekadenten Äußeren beeinträchtigt, die überwiegend vom 10. 02. bis 13. 02. 1988 an- und ab 14. 02. 1988 wieder abreisten.

Hauptinhalt der beim Karnevalsumzug gestalteten Bilder war eine positive Darstellung der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Stadt Wasungen mit klarer politischer Aussage. Kritisch und sachlich wurden die schon seit Jahren bekannten kommunalpolitischen Probleme zum Schwimmbad, zur Kaufhalle und Fragen der Versorgung angesprochen.

Die Mehrzahl der Wasunger Bürger lehnt die Anwesenheit der angereisten negativ-dekadenten Personen entschieden ab. Meinungsäußerungen beinhalten:

- Die Anreise solcher Personen müßte grundsätzlich unterbunden werden.
- Es müßte noch energischer seitens der Schutz- und Sicherheitsorgane gegen solche Personenkreise vorgegangen werden, um die eigentliche Tradition des Wasunger Karnevals wieder herzustellen.
- Das Auftreten und Verhalten dieser Personenkreise steht mit Auffassungen der sozialistischen Kultur, Moral und Ethik nicht im Einklang.
- Man traut sich während des Karnevals nicht auf die Straße, da man befürchten muß, belästigt oder verletzt zu werden.

KOPIE BStU

BStU
000063

- Die Zurverfügungstellung der Speisehalle (Schulspeisungsobjekt) ausschließlich für Veranstaltungen für überörtlich angereiste negativ-dekadente Personen und durch Verhalten in diesem Objekt ist aus hygienischen und ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr länger vertretbar.

- Bedienungspersonal und Ordner lehnen es ab, in der Speisehalle eingesetzt zu werden, weil sie sich durch die negativ-dekadenten Personen bedroht fühlen und die Arbeitsbedingungen dort für sie unzumutbar seien.

- Angehörige des Medizinischen Zentrums Wasungen wollen zukünftig die Betreuung verletzter negativ-dekadenter Personen während der Karnevalsveranstaltungen nicht mehr durchführen.

KOPIE BStU

Im Zusammenhang mit dem Eindringen überörtlich angereister Personen am 13. 02. 1988 [illegible] das leerstehende Wohnhaus in Wasungen und den dazu durchgeführten Maßnahmen der Sicherungskräfte gibt es durch einen Großteil der Wasunger Bürger folgende Stimmungen und Meinungen:

- Die Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit sind richtig. Sie waren eine notwendige Konsequenz, denn derartige Erscheinungen können nicht geduldet werden.

- Diesen Personen müßte noch mehr gezeigt werden, "wer die Macht bei uns ausübt". Die Schutz- und Sicherheitsorgane lassen sich offensichtlich zu viel bieten.

- Unsere Gesetzlichkeit ist in bezug auf solche Bürger zu human, es müßte noch entschiedener und mit aller Konsequenz vorgegangen werden.

- Für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch die Schutz- und Sicherheitsorgane werden Kräfte gebunden, die für andere Aufgaben dringender gebraucht würden.

Insgesamt wurden die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen durch die Mehrzahl der Wasunger Bürger akzeptiert und als notwendig erachtet.

Die Zusammenarbeit mit den beteiligten Diensteinheiten und das Zusammenwirken mit der DVP, der Transportpolizei und den staatlichen Organen, einschließlich dem WCC, erfolgte auf der Grundlage der DA 1/85 des Genossen Minister und des von mir bestätigten Maßnahmeplanes des Leiters der KD Meiningen.

Im Rahmen des Zusammenwirkens erfolgte täglich durch die Leiter und Kommandeure, unter Einbeziehung des Stellvertreters des Vorsitzenden für Inneres, die Einschätzung der Lage und Situation, in deren Ergebnis für jedes Organ differenzierte Maßnahmen für den Folgetag festgelegt bzw. präzisiert wurden.

Alle eingesetzten Kräfte der zusammenwirkenden Organe zeigten eine hohe Einsatzbereitschaft und Disziplin.

BStU
000064

Schlußfolgerungen

- Der Wasunger Karneval ist weiterhin entsprechend der DA 1/85 und 2/85 des Genossen Minister abzusichern und die einheitliche und straffe Führung konsequent durchzusetzen.
  Dazu ist unter den gegenwärtigen Lagebedingungen das IM-Netz, vor allem auch unter Berücksichtigung der Zunahme von Quartiergebern, weiter zu profilieren und längerfristig auf die rechtzeitige Aufklärung der Pläne und Absichten dieser Personenkreise auszurichten.

- Mit Unterstützung der ZOS und der Hauptabteilung XX sind aufgrund der hohen Konzentration von angereisten negativ-dekadenten Personen aus allen Bezirken der DDR geeignete Maßnahmen durchzusetzen, um die Anreise nach Wasungen konsequent zurückzudrängen. Dabei sind die Schwerpunktbezirke einschließlich der Hauptstadt Berlin vorrangig zu beachten.

- Über die Lage und Situation sowie zum Auftreten und Verhalten dieser Personenkreise während des Wasunger Karnevals 1988 erfolgen Einzelinformationen an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED und den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Suhl (Anlage).

- Für den Karneval 1989 ist für angereiste negativ-dekadente Personen wiederum keine Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung zu stellen, um eine noch höhere Konzentration derartiger Personenkreise in der Stadt Wasungen zu verhindern.
  Diese Maßnahme ist rechtzeitig durch den Veranstalter zu publizieren und während der Veranstaltungen erneut bekanntzugeben, mit dem Hinweis, daß zur Abreise die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen sind.

- Die Listen mit den personifizierten Jugendlichen/Jungerwachsenen werden an die jeweiligen Bezirksverwaltungen zur Einleitung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen übersandt.
  Es hat sich auch 1988 wiederum gezeigt, daß die Unterbindung von Anreisen zu diesem bedeutsamen Treffpunkt negativ-dekadenter Kräfte unterschätzt wird.

- In Vorbereitung und Durchführung des Wasunger Karnevals haben die verantwortlichen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte einschließlich des Karnevalsklubs ihre Verantwortung für die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in noch größerem Umfang wahrzunehmen und ein hohes Niveau der Veranstaltungen zu sichern.

Anlage 1

Mangold
Oberst

KOPIE BStU

Anlage 1

Übersicht der namentlich identifizierten Personen

Bezirk	Gesamt-zahl	männl. Pers.	weibl. Pers.	Zurück-weisung	in Vorjahren in Wasungen	ÜSE	PH 12	Dok. "R"
Potsdam	54	4[illegible]	7	12	17	1	4	1
Berlin	49	43	6	15	16	2	1	2
Suhl	46	43	[illegible]	7	10	-	-	-
Halle	39	36	[illegible]	13	9	1	1	1
Magdeburg	39	32	7	8	2	-	-	-
Leipzig	29	24	5	[illegible]	13	-	1	1
Dresden	21	20	1	[illegible]	-	1	-	-
Erfurt	20	12	8	8	3	1	2	1
Frankfurt/O.	20	19	1	1	4	-	-	-
Karl-Marx-Stadt	16	13	3	4	10	-	-	-
Rostock	15	11	4	3	5	-	-	1
Cottbus	7	7	-	2	2	1	1	2
Gera	6	6	-	-	1	1	-	-
Neubrandenburg	2	1	1	-	-	-	-	-
Schwerin	2	2	-	-	1	-	-	-
Insgesamt:	365	316	49	97	93	8	10	9

KOPIE BStU

BStU 000065

Dokument 10

BStU
000087

BDVP Suhl
Abt. Operativ

Suhl, den 22. 4. 1988

Grundsatzgedanken in Vorbereitung und Durchführung der Beratung beim Rat des Bezirkes zur weiteren Qualifizierung des Wasunger Karnevals am 26. 4. 1988

1. Mögliche Ausgangslage

Es ist davon auszugehen, daß durch den Veranstalter eine Wertung zur Durchführung des Wasunger Karnevals 1988 vorgenommen wird.
Dabei ist nicht auszuschließen, daß diese Einschätzung eine absolut positive Wertung durch den Veranstalter erfährt.
Das kann durch folgende Fakten bewiesen werden (immer aus der Sicht des Veranstalters):

- die geplanten Veranstaltungen wurden vollinhaltlich REALISIERT
- eingeteilte Arbeitsgruppen haben ihre Aufgaben erfüllt
- schöpferische Mitarbeit und Aktivität aller Beteiligten
- gestellte Thematik des Karnevals wurde in allen Programmpunkten realisiert
- die gebrachte Eigenleistung ermöglichte die Finanzierung aller Veranstaltungen.

Möglicherweise trifft man auch eine positive Wertung zur Ordnung und Sicherheit. Dabei werden jedoch vermutlich keine kausalen Zusammenhänge sichtbar gemacht, daß niveauvoll durchgeführte Veranstaltungen und Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit eine untrennbare Einheit bilden.

2. Taktik des Vorgehens

2 - 3 Mitglieder der Arbeitsgruppe zur aufgeworfenen Problematik sprechen lassen. Ist zweckmäßig, um zu erkennen, welche Position beziehen die anderen Genossen.

BStU
000092

in der Etappe der Vorbereitung und Durchführung des 454. Karnevals zur Lösung der aufgeworfenen Probleme tätig werden.

Ausführungen Oberstltn. Lutherdt

- Allgemeine Tendenz zur Entwicklung von Veranstaltungen im Republikmaßstab, daß Veranstaltungen mit Massencharakter zum immer breiteren Betätigungsfeld gegnerischer Elemente werden.

- Es ist nicht auszuschließen, daß sich ähnliche Tendenzen in Wasungen entwickeln können, zumal Personen aus der gesamten Repbulik den Wasungen Karneval besuchen.

- In Wasungen selbst wurden 1988 319 Zuführungen und davon 315 Zurückweisungen getätigt.

	Zuführungen	Zurückweisungen
Dokumentation R	4	4
ohne PA	4	4
PM 12	5	7
Störg.öO/S	38	33
neget.dek.Verhaltensweisen	255	261
Verdacht einer Straftat	13	6

- Bei der Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung wurde gegen 7 Personen ein E-Verfahren eingeleitet und vom Kreisgericht Meiningen gegen 6 Personen Haftbefehl erlassen.
  Gegen einen Bürger wurde Strafbefehl erlassen.
  Die Grundlage der E-Verfahren bilden im einzelnen die §§ 116, 212, 215 und 217 StGB

KOPIE BStU

Dokument 11

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl
Abteilung XV/2

Suhl, 28. November 1988
schm,f.-schn /88

BStU
000002

Information

zu Diskussionen unter der Wasunger Bevölkerung zum bevorstehenden Karneval 1989

Inoffiziell wurde bekannt, daß unter den Reinigungs- und Küchenfrauen des Internates Wasungen der Kommunalen Berufsschule Meiningen diskutiert wurde, daß sich große Teile der Bevölkerung Wasungens im Hinblick auf den Karneval 1989 (Februar) Sorgen machen bezüglich der Sicherheit ihrer Wohnhäuser und Anwesen.
Ausgangspunkt dieser Sorge sind die Ereignisse der Hausbesetzung im Februar 1988 durch negativ-dekadente Jugendliche.

Von Bürgern, die entlang der Hauptstraße wohnen, wird erzählt, daß diese ihre Häuser "verbarrikadieren" wollen, da die "Assis" im letzten Februar in viele Häuser eingedrungen waren, um sich nachts und in den Morgenstunden aufzuwärmen bzw. zu schlafen.

Allgemein wird sich in der Bevölkerung negativ ausgesprochen zu der Anwesenheit dieser negativ-dekadenten Personenkreise zum Karneval.
Sicherlich fände großen Anklang, wenn eine Anreise dieser Personen im Vorfeld des Karnevals verhindert werden könnte. Es wird davon gesprochen, daß die Transportpolizei diese Leute aus den Zügen filtern müßte, die keine genauen Angaben zu ihrem Reiseziel machen können. Dadurch könnte eine Anreise verhindert werden.

Die Information ist nicht überprüft, die Quelle ist glaubhaft.

Schmidt
Oberleutnant

Verteiler
Abt. XX
KD Mgn.
Ablage

KOPIE BStU

BSKU
000315

Meiningen, den 19.01.1989

Informationsbericht

Betr.:
Erarbeitung von Informationen zum gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des 454. " Wasunger Karneval."

Am Mittwoch, den 18.01.1989 13.00 Uhr fand beim Rat der Stadt Wasungen eine Ratssitzung statt, die sich erneut mit dem Stand der Vorbereitung des 454. Wasunger Karneval beschäftigte.
Teilnahmen waren neben einigen Mitgliedern der Leitung des WCC auch Vertreter der Handelsbetriebe Konsum-Kreisverband sowie VE Einzelhandel HO Meiningen.

Während der Berichterstattung vor dem Rat wurden alle Bereiche, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des 454. Wasunger Karnevals stehen behandelt.

So berichteten die Vertreter der Handelsbetriebe über ihre Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Versorgungsgrades während der Zeit der Durchführung des Karnevals, wobei keine nennenswerten Schwerpunkte festgestellt werden konnten.
Bezüglich einer niveauvollen Ausgestaltung aller Gaststätten und Veranstaltungsobjekte, gibt es inzwischen eine einheitliche Auffassung und entspricht den getroffenen Festlegungen. Auch zur Einhaltung der Platzkapazitäten wurde eine einheitliche Meinung erarbeitet.

In diesem Zusammenhang wurde gleichzeitig die Situation im Bereich der Konsum-Gaststätte " Zum Hirsch " behandelt. Dazu wurde seitens des Vertreters des Konsum-Kreisverbandes Meiningen, Gen. [redacted], berichtet, daß dieses Objekt bis zum Beginn des Karnevals funktionstüchtig gemacht werden kann, wenn alle eingeleiteten Maßnahmen planmäßig durchgesetzt werden.
Der Konsum-Kreisverband Meiningen hat auch die Verantwortung während der Durchführung der karnevalistischen Veranstaltungen für dieses Objekt übernommen und wird entsprechende Ordnungskräfte sowie Servierkräfte zum Einsatz bringen.
Immer noch nicht geklärt ist der Einsatz einer Kapelle für dieses Objekt. Seitens des Bürgermeisters der Stadt Wasungen, Gen. Manfred K o c h wurde berichtet, daß damit das Ratsmitglied für Kultur beim Rat des Kreises Meiningen, Gen, Werner Hennig, beauftragt wurde.
Über den Leiter des Kreiskulturkabinett Meiningen, Gen. [redacted], konnte in Erfahrung gebracht werden, daß bisher noch keine Kapelle vertraglich gebunden werden konnte und es auch sehr schwer sein wird eine Kapelle noch kurzfristig zu binden.

Als positiv kann der bisherige Stand des Kartenvorverkaufs gewertet werden. Nach Aussagen von Vertretern des WCC sind für das Objekt HOG " Paradies " bereits alle Eintrittskarten im Vorverkauf abgesetzt In den anderen Objekten einschließlich " Zum Hirsch " steht der Kartenvorverkauf vor seinem Abschluß und wird sich während des öffentlichen Vorverkaufs am 20., 21. und 27.01.1989 endgültig klären.

Positiv [illegible] bezüglich haben sich während einer durchgeführten karnevalistischen Veranstaltung (Tanzball) am Sonnabend, den [illegible].01.1989 in der HOG " Paradies " praktisch nicht

BStU
000316

bewährt. Nach Aussagen des dort tätigen Gaststättenleiters, befanden sich angeblich weit über 3oo Personen im Saal dieses Objektes, da der Ordnungsdienst des WCC seinen Aufgaben in keiner Weise gerecht wurde. Der Ordnungsdienst habe schon nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit den Einlaß nicht mehr kontrolliert und es wurde dadurch völlig die Übersicht verloren.
Eine solche Praxis während der Veranstaltungen zum Karnevals, würde sich äußerst negativ auf die Durchsetzung der geplanten Maßnahmen auswirken.
Im Anschluß an die Ratssitzung wurden diese Unzulänglichkeiten noch einmal mit dem Gen. Koch ausgewertet mit dem Ziel, entsprechende Maßnahmen über den Vors. des WCC, Gen. Hartwig K ö h l e r , einzuleiten.

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung berichteten Vertreter des WCC grob über die Vorbereitung der geplanten karnevalistischen Großveranstaltungen.

Karnevalistische Großveranstaltungen Turnhalle POS:

31.o1.1989 19.11 Uhr	Generalprobe/Rentnerveranstaltung
o1.o2.1989 2o.11 Uhr	Offizielle Großveranstaltung
o2.o2.1989 2o.11 Uhr	dto.
o3.o2.1989 2o.11 Uhr	dto.

Zur Ausgestaltung dieser Veranstaltungen sind

6 Tanzbeiträge
3 Gesangsbeiträge
6 Wortbeiträge
sowie der Auftritt einer Umzugstruppe

konzipiert.
Die Wortbeiträge werden am Sonntag, den 22.o1.1989 14.oo Uhr gemeinsam zwischen Unterzeichnenden und dem Gen. Koch beraten und Maßnahmen über evtl. Veränderungen festgelegt.
Am Montag, den 23.o1.1989 findet zwischen dem Gen. Koch und den Mitwirkenden der Großveranstaltung eine Aussprache statt, wo gemeinsam mit diesem Personenkreis über evtl. Veränderungen einzelner Wortbeiträge beraten wird.
Die Wortbeiträge und deren möglicher Veränderungen wird der KD Meiningen in der kommenden Woche sofort zugearbeitet.

Die Veranstaltung zur Verleihung des " Lügeorden " wurde noch nicht konzipiert. Maßnahmen zur Realisierung müssen diesbezüglich unverzüglich eingeleitet werden.

Umzugskonzeption:

Die Umzugskonzeption ist dem Informationsbericht als Anlage beigefügt. Ausgehend von dieser Konzeption nehmen am Umzug

66 Gruppen einschließlich Kapellen teil. Der Umzug wird von ca.

[illegible]

ohne Kapellen ausgestaltet. Über den Inhalt der einzelnen Exponate kann noch keine Wertung vorgenommen werden, da dazu noch die notwendigen Informationen fehlen.

- 3 -

KOPIE BStU

BStU
000317

Nach Aussage der Direktorin der POS Wasungen, Gen. [redacted], ist auch der Schülerumzug im wesentlichen konzipiert und die Konzeption wird gegenwärtig erarbeitet. Auch darüber wird in einem der nächsten Informationsberichte eingehend informiert.

Wie bereits angedeutet, fand im Anschluß der Ratssitzung eine interne Beratung mit dem Gen. Koch statt.
Der Gen. Koch verwies in diesem Zusammenhang auf eine Beratung zwischen ihm und dem Gen. Major der VP F r i t z , Stabschef des VPKA Meiningen am 18.01.1989 in der Zeit von 08.00-11.00 Uhr in Wasungen stattgefunden hat. Daran ist auch ein Vertreter des Stabes der BdVP Suhl teilgenommen. Der Name dieses Genossen war dem Gen. Koch jedoch nicht bekannt.
Das Ziel dieser Beratung war, alle geplanten Maßnahmen noch einmal vor Ort zu konzipieren, um im Zusammenhang mit den örtlichen Organen diese wirksam durchsetzen zu können.
Damit im Zusammenhang stand auch die Erarbeitung von Varianten zur Absicherung der kleineren Gaststättenkomplexe. Dazu wurden dem Gen. Major Fritz entsprechende Vorschläge unterbreitet, die bei der Dislozierung der Kräfte sowie deren Einsatz Berücksichtigung finden könnten.
Im Ergebnis der Beratung wurde dazu jedoch noch kein Entschluß gefaßt.
Am 27.01.1989 ab 19.00 Uhr werden die erarbeiteten Varianten zur Absicherung der Gaststättenkomplexe einzeln mit den jeweiligen Gaststätte nleitern beraten und abgesprochen. Dieses erfolgt unter der Verantwortung des Gen. Major Fritz bzw. eines Vetreters des Stabes des VPKA Meiningen.

Entsprechende Varianten werden auch zur Absicherung gefährdeter Objekte im Bereich der Stadt Wasungen erarbeitet.

Einbezogen in diese Beratung wurde auch der vorgesehene Zuführungspunkt " Alte Schule " Dazu gab es zwischen dem Vertreter der BdVP Suhl, dem Gen. Major Fritz sowie dem Gen. Koch noch keine einheitliche Auffassung. In Erwägung gezogen wurde noch das Objekt " Alte Wäscherei ", welches sich aus bautechnischen Gründen nicht sonderlich dazu eignet.
Die Zuführung zur Alten Schule beim Transport von Personen muß nicht unbedingt über den Platz der Jugend erfolgen, sondern ist auch vom Führungspunkt der VP auskommend über eine schmale Gasse, die zur F 19 führt, möglich. Hier muß lediglich die F 19 in Höhe der Oberen Hauptstraße überquert werden.

Zum Abschluß der Beratung zwischen dem Unterzeichnenden und dem Gen. Koch wurde noch einmal auf die Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit im gesamten Bereich der Stadt Wasungen verwiesen. Dieses bezog sich vor allen auf mögliche Gefahrenquellen, die sich bei der Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen negativ auswirken könnten. So u.a. die Ablagerung fester Baumaterialien im Stadtkern von Wasungen u.a.D. mehr.
Wie seitens des Gen. Koch berichtet wurde, ist bereits damit begonnen werden derartige Gefahrenquellen zu beseitigen. Eine Stadtbegehung zur Kontrolle der Durchsetzung dieser Maßnahmen ist für die kommende Woche vorgesehen.
Im folgenden Informationsbericht wird noch einmal auf diese Problematik [illegible] sein.

[illegible]r

KOPIE BStU

Anhang zum Informationsbericht " Stand Vorbereitung Karneval." 241

Betr.:
Mögliche illegale Quartiergeber.

BStU
000318

[redacted] , [redacted] und [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen,
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted],
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- Aussprache wurde geführt, hat Bereitschaftserklärung nicht unterschrieben. Erwartet während des Karnevals ihre Schwester mit 3 weiteren Personen aus Leipzig. Die [redacted] bewohnt die Wohnung ihrer Schwester, die noch mit Hauptwohnung in Wasungen polizeilich gemeldet ist;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- Aussprache wurde geführt, Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen liegt vor. Erwartet lediglich ihren Freund
[redacted] , [redacted]

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- Aussprache wurde geführt, erwarten lediglich 3 Personen aus Berlin. Es handelt sich dabei um eine Person
[redacted] , [redacted], Berlin, [redacted], der mit 2 weitere n Personen nach Wasungen anreisen möchte;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Aussprache wurde geführt, erwarten keinen Besuch und sind auch nicht bereit Personen aufzunehmen;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted]
- Aussprache wurde geführt, erwartet außer ihren Freund [redacted], [redacted] aus K[illegible]nz K[illegible] [illegible];

KOPIE BStU

BStU
000319

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- [redacted]. ist nicht zur Aussprache erschienen und lehnt es auch ab zu einer Aussprache zu erscheinen;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- [redacted]. ist nicht zur Aussprache erschienen und war angeblich arbeitsmäßig verhindert;
[redacted]. soll sich jedoch geäußert haben, keine Personen zur Übernachtung aufzunehmen;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- [redacted]. ist nicht zur Aussprache erschienen, die Gründe dafür sind nicht bekannt;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
am 21.11.89 eingeholt
- [redacted]. ist noch nicht zur Aussprache erschienen, die Gründe dafür sind nicht bekannt;
[redacted]. hat für die Veranstaltungen in der Konsum-Gaststätte " Zum Hirsch" lo Kartenvorbestellungen pro Veranstaltungen vorgenommen; Die Kartenvorbestellung erfolgte über den " Jugendklub " der Stadt Wasungen;

Aussprachen mit kriminellgefährdeten Personen:

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen, liegt vor;

KOPIE BStU

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- [redacted]. verwies während der Aussprache auf zwei Personen aus Berlin, die seit Jahren in ihrer Wohnung übernachten. Name und Andresse dieser Personen sind ihr jedoch nicht bekannt;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]
- Aussprache wurde geführt, [redacted]. gab jedoch keine Garantie für mögliche Übernachtungen ab;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- Bereitschaftserklärung keine Personen aufzunehmen, liegt vor;

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted]

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr. [redacted]

[redacted] , [redacted]
Wasungen, [redacted], Nr.
- mit diesen Personen konnten noch keine Aussprachen geführt werden;

Fischer

Dokument 12

BSTU
000313

Meiningen, den 16.01.1989

bestätigt: [redacted]

Wochenarbeitsplan

vom 16.01.1989 bis 20.01.1989

1. Zielstellung der Woche:

- Absicherung der Treffdurchführung;
- Erarbeitung von Berichten entsprechend der Treffdurchführung;
- Erarbeitung Info.-Bericht Einsch. Stand der Vorber. Karneval;
- KMK Überprüfungen;

2. Politisch-operative Kräftebilanz

Montag: 16.01.1989
Treffdurchführung: " H. Becker " 15.30 Uhr;
- Erarbeitung vomn Berichten zu Max, Hans, Georg, Kurt, Sepp, Kuno

Dienstag: 17.01.1989
- Schriftliche Erarbeitung Jahresarbeitsplan 1989

Mittwoch: 18.01.1989
- Schriftliche Erarbeitung Jahresarbeitsplan 1989
- 13.00 Uhr Rat der Stadt Wasungen/Ratssitzung;
- 16.30 Uhr Gen. Koch, Absprache Stand Vorbereitung Karneval;

Donnerstag: 19.01.1989
Erarbeitung Bericht zu H. Becker
- Erarbeitung Info.-Bericht Einsch. des Standes Vorbereitung 454. Wasunger Karneval;

Freitag: 20.01.1989
Treffdurchführung: " A. Kern " 09.30 Uhr
- 13.00 Uhr Gen. Schmidt KD Meiningen/Arbeitsberatung;

Sonnabend:

Sonntag:
-

VD - X 16 0

KOPIE BStU

91

3. Mit dem Dienstvorgesetzten zu klärende Fragen:

BStU
000314

4. Nächste Woche (Termin und Probleme)

5. Bemerkungen des Leiters:

6. Operative Ergebnisse / Treffstatistik / Vorwoche:

KOPIE BStU

Anzahl der Treffs _____ davon in [redacted] KW _____

schriftliche Berichte ges. _____ davon: [redacted] durch Quelle, [redacted] selbst geschrieben _____

PI _____

EI _____

[redacted] verteilte Berichte

davon op. bedeutsame Berichte _____

zur Realisierung von Planaufgaben _____

zum SPB/SP

[redacted] VW/LW

[redacted] Grenze

[redacted] HVB, KP

PUT, P.D

Anzahl der Treffs ohne Ergebnis

Benachrichtigungen gesamt

Reaktion _____

Jugend _____

Kirche _____

Reisen _____

NSW-Bürger _____

AT _____

[redacted] Unterschrift